

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 16. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein russischer Korruptionsfonds.

Aus der Aktenmappe des Herrn v. Plehwe.

Die russische Finanzlage ist bekanntlich überaus schwierig. In den Etats der letzten Jahre wurde viel Eifer darauf verwandt, allerlei Ersparnisse zusammenzutragen, um die Schwierigkeiten einigermaßen zu mildern. Die großen Anforderungen, die aus dem ostasiatischen Kriege erwachsen und die sich voraussichtlich fortdauernd steigern werden, zwingen noch mehr zur Einschränkung an allen andern Auswendungen. Dennoch giebt es ein Gebiet, auf dem seitens der russischen Regierung Ersparnisse abgelehnt und größere Ausgaben denn je zuvor bewilligt werden.

Der russische Minister des Innern Herr v. Plehwe hat jüngst erst die Zemstvos (Verwaltungskörperschaften) eindringlichst angewiesen, möglichst sparsam mit den Staatsgeldern zu wirtschaften. Er hat gefordert, daß selbst an denjenigen Mitteln gespart werden müsse, die zur Unterstützung der nothleidenden, hungernden Bauern sowie für Schulbauten u. dergl. bestimmt sind. Und thatsächlich ist man allenthalben im Werke, diesen Besorgungen zu folgen. Schulbauten werden sistiert oder verlangsamt, Bauern verkrüppeln zu Zehntausenden, — aber es muß gespart werden!

Nur ein Fonds bleibt unberührt. Für ihn giebt es keinerlei Sparmaßnahmsmöglichkeit. Er wird, inmitten alles Finanzjammers, doppelt reichlich gemästet.

Die Kommission aus den verschiedenen Ministerien, welche zusammenberufen worden war, um die Ersparnisse der einzelnen Ressorts festzustellen und dem Staatsrat geeignete Vorschläge zu machen, hatte den Gedanken aufgeworfen, daß auch das Ministerium des Innern an den Ausgaben des Polizeidepartements und speziell an den Geheimfonds der politischen Polizei Ersparnisse machen müge. Die Stellungnahme des Ministers v. Plehwe zu dieser Anregung ist von europäischem Interesse!

Das uns aus Rußland zugeflossene interessante Dokument, in dem Herr v. Plehwe sich gegenüber dem Staatsrat über die Geheimfonds der politischen Polizei äußert, hat diesen Inhalt:

Seit dem Jahre 1883 wurden für die geheimen Ausgaben der Staatspolizei im Etat des Ministeriums für innere Angelegenheiten jährlich 952 712 Rubel eingestellt. Bis zum Jahre 1896 war dieser Kredit mehr als genügend; es konnten sogar beträchtliche Ersparnisse gemacht werden, die auf allerhöchsten Befehl zur Bildung eines „Besonderen Kapitals“ für außergewöhnliche Bedürfnisse der Verwaltung der Staatspolizei verwendet wurden. Allein im Jahre 1898 hat die Ersparnis 298 000 Rubel betragen. Aber seit dem Jahre 1898 haben die Entwicklungen der regierungsfeindlichen Vereinigungen und die Unruhen innerhalb der studierenden Jugend, der Arbeiterklasse und des Bauernums es notwendig gemacht, die Beobachtungs- und Untersuchungs-Agenturen im Reiche selbst und im Auslande zu erweitern, so daß die Ausgaben für die Agenturen sehr bedeutend gewachsen sind; sie betragen

innerhalb des Reiches: 330 000 Rubel im Jahre 1894 und 1 424 737 Rubel im Jahre 1903;
 im Auslande: 64 000 Rubel im Jahre 1894 und 178 665 Rubel im Jahre 1903.

Neben dem mußten in derselben Zeit die Ausgaben der Polizeidepartements und des Gendarmecorps von 170 000 Rubel jährlich auf 454 636 Rubel erhöht werden. Zur Deckung dieser großen Ausgaben reichte der regelmäßige Kredit der Geheimfonds nicht mehr aus, es bildeten sich große Defizite, die von Jahr zu Jahr stiegen. Im Jahre 1896 betrug das Defizit 82 596 Rubel, im Jahre 1903 betrug es 1 197 154 Rubel. Diese Defizite wurden aus den Mitteln des „Besonderen Kapitals“ gedeckt, das durch die Ersparnisse der Jahre 1883 bis 1896 gebildet wurde; demselben „Kapital“ sind noch 1 143 446 Rubel entnommen worden für ganz außerordentliche Ausgaben, so daß am 1. Januar dieses Jahres nur noch 66 897 Rubel von diesem Kapital übrig geblieben sind. Es mußte daher nun der ordentliche Etat der Geheimfonds erhöht werden. Es ist seitens des Ministers beim Jaren durch einen Bericht vom 4. Dezember 1903 die Erhöhung dieses Etats um 1 182 477 Rubel erwirkt worden. Davon sollen 115 000 Rubel jährlich zur Einrichtung neuer Agenturen an der Grenze verwendet werden. Eine Verkürzung dieser Ausgaben ist gänzlich unmöglich.

In früheren Jahren — sagt das Dokument wörtlich — wurde im Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung eine strenge Sparsamkeit beobachtet, man hatte gehofft, die regierungsfeindliche Bewegung ohne bedeutende Geldopfer unterdrücken zu können. Aber diese Sparsamkeit hat es den regierungsfeindlichen Elementen ermöglicht, sich zu einer imponierenden Macht zu organisieren, mit der das Ministerium nun rechnen muß.

Das Dokument ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Einmal beweist es durch Zuständigkeits von allernachgebendster Stelle, daß die oppositionelle freiheitliche Volksbewegung in Rußland gewaltig erstarkt ist. Herr v. Plehwe bekundet, daß die Polizeimittel bisher nicht genügt haben, daß die „regierungsfeindlichen Elemente“ zu einer imponierenden Macht angewachsen sind. Wenn er meint, daß diese Macht nur mit vermehrten Polizeimitteln bekämpft und unterdrückt werden kann, so bekundet er lediglich die politische Einsichtslosigkeit, die freilich mancher seiner westeuropäischen Ministerkollegen mit ihm teilt.

Für das „Ausland“, insbesondere für Deutschland hat jedoch das Dokument des Herrn v. Plehwe noch besondere Wichtigkeit. Es deckt ein wenig die unterirdisch geheimen Gänge

auf, in denen der russische Rubel durch die Lande rollt.

Bis zum Jahre 1894 verausgabte die russische Regierung, abgesehen von allen andern offiziell bekannten Polizeiausgaben im Auslande, für geheime Polizeizwecke jährlich die Summe von 64 000 Rubel = 188 240 M. Bis 1903 aber ist diese Auswendung auf nicht weniger als 178 665 Rubel = 885 916 M. gestiegen. Dazu kommen die Geheimausgaben für die Agenturen an der Grenze — d. h. zum weitaus größten Teil an der Grenze des Deutschen Reiches —, die zwecks Errichtung neuer Agenturen jährlich um die weitere Summe von 115 000 Rubel = 248 400 M. erhöht werden sollen.

Das sind die Fonds, aus denen alle die schädigen und schmachlichen Streiche bezahlt worden sind, die gerade in den letzten Jahren die deutsche Öffentlichkeit mehr und mehr erregt haben. Aus diesen Mitteln soll weiterhin und in vermehrtem Maße das russische Spiegeltwesen im Auslande und insbesondere in Deutschland gespeist werden. Ein Korruptionsfonds sondergleichen!

So wühlt Rußland in hinterhältig geheimen Umtrieben durch das Ausland. So werden zahlreiche Spigel gedungen. So werden deutsche Bürger zu Verrat an der Kultur und Humanität bestochen. So versucht man deutsche Beamte zur Untreue zu verführen. So verachtet man die Presse zu heinführen. Ueberallhin trägt der russische Polizeirubel die Korruption. Alles zur Sicherung und zum Gedeihen der russischen Gewaltherrschaft!

Es erwachen zu grimmigster Wahrheit Platens Geißelstropfen:

Der Rubel reißt im deutschen Land,
 Der frommen Leuten frommt,
 Und jeder öffnet schnell die Hand,
 Sobald der Rubel kommt.

Ich speichert selbst der Pietist
 Und giebt den Armen mehr;
 Seit außer Kurs die Tugend ist,
 Stürzt der Rubel sehr.

Der Zügel wird bloß Rußm zu teil,
 Es ist ein hohler Schall;
 Doch wem die Welt um Rubel feil,
 Dem klingt ein rein Metall!

Da wird die Nacht geschollten Tag,
 Der Teufel wird so gut!
 Was nicht ein heller Klang vermag,
 Was nicht ein Rubel thut!

Des Nordens Sternbild wird bekränzt
 Vom Sängerkhor der Zeit;
 Es ist der Rubel, der so glänzt,
 Der so das Aug' erkreist!

Wohl ist er ein an jedem Strand
 Sich angegrünster Gast;
 Verlaufe nur dein Vaterland,
 Wofern du eines hast!

Der Rubel kört, der Rubel fällt,
 Was ist der Mensch? Ein Schuff!
 Und wenn die Welt dir nicht gefällt,
 So steig in deine Gruff!

Erst gab's nur einen Koyebur,
 Jetzt giebt's ein ganzes Schod;
 Und schüttelst Du das Haupt dazu,
 So leg' es auf den Bod!

Der Teufel steigt, der Gott verliert,
 Der blaue Rubel reißt;
 So ward von je die Welt regiert,
 So lang die Sonne kreist.

Jedes gestittete Land, das sich nicht völlig zur russischen Extrapie erniedrigen will, muß sich gegen die Vergiftung seiner Bevölkerung und seiner politischen Zustände durch den Rubel der russischen Verführung voll Empörung verwahren. Nicht allein im Interesse der verfolgten russischen Freiheitskämpfer, im Interesse nationaler Reinlichkeit ist dafür zu sorgen, daß der russische Polizeiminister v. Plehwe in die Möglichkeit gelangt, die traurige Finanzlage seines Landes durch Ersparnisse an den Spigelfonds zu verbessern!

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ueber das Seegefecht bei Port Arthur

wird aus Tokio unterm 14. März noch gemeldet:
 Die Verwundeten, die in Sasebo vom Gefecht bei Port Arthur am 10. März angekommen sind, rühmen einstimmig das zweifelte und heroische Vorgehen der Russen. Sie erzählen, als die Japaner handgemein wurden mit dem russischen Torpedobootzerstörer „Stregusch“, sprang ein japanischer Matrose an Bord und traf auf den russischen Kommandanten, der gerade aus seiner Kajüte herauskam. Sie gingen auf einander los, und der Japaner schlug dem Russen mit seinem Entermesser so über den Kopf, daß dieser zu Boden fiel. Der Kommandant versuchte, sich wieder zu erheben, aber der Japaner stieß ihn über Bord. Die Japaner berichten, daß auf zwei der russischen Torpedobootzerstörer 20 Tote waren.

Port Arthur nicht geräumt.

London, 15. Dezember. Der Kriegsberichterstatler der „Daily Mail“ drahtet aus Rinschwang aus russischer Quelle, daß die Russen eine Anzahl alter Dampfer bei der Einfahrt zum Hafen von Port Arthur versenkt und nur einen schmalen Kanal freigelassen hätten, wahrscheinlich zu dem Zweck, um die japanischen Torpedobootzerstörer zu verhindern, in den Hafen zu gelangen.

Gleichzeitig habe die russische Flotte in Port Arthur den Befehl erhalten, außerhalb des Hafens mit geheizten Maschinen zu bleiben. Daraus wird gefolgert, daß Makarow beabsichtige, den Japanern eine Schlaucht zu liefern.

Tokio, 15. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die sich hartnäckig erhaltenden Gerüchte, daß die russische Flotte Port Arthur nach dem Gefecht am 10. März verlassen habe mit der Absicht, Wladiwostok zu erreichen und eine Vereinigung mit dem Panzer-Kreuzergeschwader zu bewirken, sind gänzlich unbestätigt, obgleich durch Acknowledgierung in der Nachrichtenagentur von Port Arthur die Anwesenheit der russischen Schiffe nicht bemerkt werden konnte.

Ein neues Flottengefecht?

Rinschwang, 15. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein aus Port Arthur hier angekommenen Fremder berichtet, daß bei einem kurzen Gefecht am Sonntag der russische Kreuzer „Diana“ die feindlichen Flotten beschädigt habe; sie hätten 20 bis 30 Granaten gewechselt.

Der Kaiserinsel-Prozess vor dem Reichsgericht.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Freiherrn v. Bülow über die Revision der Angeklagten Genossen Leid und Kallisti in dem Kaiserinsel-Prozess. Gegen Leid war wegen Majestätsbeleidigung auf neun Monate Gefängnis und auf Verlust seiner aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte (Stadtverordneten-Mandat), gegen Kallisti wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha auf vier Monate Gefängnis erkannt. Beide Angeklagten hatten Revision eingelegt. Referent war der Reichsgerichtsrat Kauffmann, als Vertreter der Ober-Rechtsanwaltschaft fungierte Dr. Treutler, als Verteidiger plädierte Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht.

Die von den Anwälten Haase und Liebkecht eingereichten Revisionsrechtfertigungsschriften rügen eine Reihe prozessualer und materieller Verstöße, von denen wir die wichtigsten hervorheben.

Auswärtlich des Sitzungsprotokolls hat der Verteidiger an dem Jungen Graf von Hülßen-Häfelers die Frage richten wollen, ob er, abgesehen von dem angeblichen Kaiserinsel-Prozess, von Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf die Familie und Person des Kaisers, die in einer anderweiten Annäherung des Gardecorps beständen, etwas wisse. Diese Frage ist durch Gerichtsbeschluss „als nicht zur Sache gehörig“ zurückgewiesen worden, da Gegenstand der Verhandlung des Kaiserinsel-Prozess in seiner Gesamtheit, nicht aber die Einzelheiten losgelöst von dem Plane“ seien. Der Verteidiger hebt hervor, daß ja aus den verschiedenen von verschiedenen Jungen zu bekundenden Einzelheiten sich ein Gesamtplan zusammensetze und daß das Urteil bei der Strafmaßbestimmung besonderes Gewicht darauf lege, daß die Nachricht des „Vorwärts“ keinerlei thatsächlichen Untergrund habe. Hierüber hätte doch erst entschieden werden können, wenn die Fragen zugelassen und etwa verneint worden wären. Der Reichsanwalt hält diese Frage für unerheblich, denn es sei in einem Majestätsbeleidigungs-Prozess der Wahrheitsbeweis unzulässig. Uebrigens habe das Reichsgericht nicht nachzuprüfen, ob die Frage einen Bestandteil des Kaiserinsel-Prozesses bilde. Denn dies sei eine thatsächliche Frage, die der Beurteilung des Revisionsorgans nicht unterliege.

In mehreren Stellen des Urteils stellt dies „als allgemein bekannt“ etwas hin, was nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht ist, und folgert aus dieser vermeintlichen allgemeinen Bekanntheit, daß durch den Artikel die Person des Kaisers habe getroffen werden sollen. So behauptet das Urteil, es sei „allgemein bekannt, daß der Kaiser dem Projekt der Döberitzer Heerstraße großes Interesse entgegengebracht habe“; an einer andern Stelle wird in ähnlicher Weise die angebliche Tendenz des „Vorwärts“, die in durchaus unzutreffender Weise charakterisiert wird, herangezogen. Das ist nach Darlegung der Angeklagten ein Verstoß gegen das Prinzip der mündlichen Verhandlung und beeinträchtigt ihre Verteidigung. Der Reichsanwalt giebt zu, daß das Protokoll nichts darüber erkennen lasse, ob über diese Dinge in der mündlichen Verhandlung verhandelt sei. Aber das sei nicht erforderlich, überdies seien auch diese Rügen thatsächlicher Natur und deshalb der Nachprüfung entzogen.

Ein weiterer Punkt der Revision betrifft folgende Mängel: Die Anklageschrift und der Eröffnungsbeschluss gegen Leid beschuldigen diesen der Majestätsbeleidigung, begangen durch Veröffentlichung der drei Artikel (in Nr. 190, 191 und 192 des „Vorwärts“). Das Urteil verurteilt aber den Angeklagten wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch fünf Artikel (Nr. 190, 191, 192, 194 und 195), und erkennt auch auf Unbrauchbarmachung der Platten dieser nicht unter Anklage gestellten Nummern. Der Angeklagte ist ausweislich des Urteils und Protokolls auf diese Verurteilung wegen einer andern That nicht hingewiesen, noch hat er oder die Staatsanwaltschaft beantragt, daß diese andre That zum Gegenstand der Verurteilung gemacht werde. Das Urteil nimmt an, es liege in den fünf Artikeln eine fortgesetzte Handlung. Der Angeklagte habe „ohne Weiteres“ entziehen können, daß die zwei nicht inkriminierten Artikel mit den drei ersten Artikeln, die allein inkriminiert waren, zu einer Deliktseinheit zusammengefaßt und als Teile dieser Einheit zum Gegenstand der Urteilsfindung gemacht werden könnten.“ Auch ohne Veränderung oder Erweiterung der Anklage habe sich das der Angeklagte sagen können. Uebrigens sei „bei der Strafzumessung der Umstand, daß auch der vierte und fünfte Artikel zur Aburteilung gebracht ist, ohne Einfluß gewesen: dieselbe Strafe hätte den Angeklagten getroffen, wenn er nur wegen der drei Artikel verurteilt wäre.“ Die Revision hebt hervor, daß diese Urteilsgründe mit den mündlich verhandelten nicht übereinstimmen. Der Sachverhalt war ein anderer. Nach Veröffentlichung des Urteils machte der Oberstaatsanwalt darauf aufmerksam, daß auf Verurteilung der nicht inkriminierten Artikel wohl nicht hätte erkannt werden können. Daraus habe der Vorsitzende erwidert: „Das Urteil ist nun

nicht zu ändern, es ist geschehen." Dadurch sei klar zu erkennen gegeben, daß das Gericht lediglich über die fünf Artikel als einheitliches Delikt beraten hat. Wenn nachträglich das Gericht seine Mutmaßung dahin ausdrückt, daß es den Angeklagten gleich hoch bestraft hätte, wenn es allein die wirkliche Anklage zur Beratung und Entscheidung gezogen hätte, so sei dies durchaus unzulässig und beeinträchtigt die Rechte der Verteidigung des Angeklagten evident. Diese Verurteilung wegen einer That, derenentwegen Anklage nicht erhoben ist, verstoße gegen die Paragrafen 136, 198, 199, 201, 205, 242, 262, 264, 265, 266, 277 ad 7 der Strafprozessordnung und gegen die §§ 196 bis 200 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Nämlich das Urteil eine fortgesetzte Handlung der 5 Artikel an, die es zum Gegenstand der Verurteilung mache, so könne es doch nicht bei dem dritten Artikel eine Casus machen, zum allermindesten müßte der Angeklagte darauf aufmerksam gemacht werden, daß er auch wegen anderer Artikel zur Verantwortung gezogen werde. Der Reichsanwalt wendet hiergegen ein: Der Vorfall nach der Publikation des Urteils sei aus dem Protokoll nicht ersichtlich. Er sei aber auch unerheblich. Dem Gericht sei es nicht verwehrt, zu erklären, wie es erkannt hätte, wenn allein die drei inkriminierten Artikel zur Aburteilung gezogen wären. Allerdings hätte dann nicht auf Unbrauchbarmachung der Platten erkannt werden können. Indes sei auch diese Unbrauchbarmachung nicht inkriminierter Artikel und die Verurteilung des Angeklagten auch wegen der nichtinkriminierten Artikel zulässig gewesen, weil das Gericht eine fortgesetzte Handlung als vorliegend angenommen habe. Die Verurteilung wegen der nicht inkriminierten Artikel sei eine notwendige Folge dieser Annahme gewesen. Weil eine fortgesetzte Handlung angenommen sei, hätte auch der Angeklagte auf eine Aenderung oder Erweiterung der Anklage nicht hingewiesen werden müssen!

Die Revision rügt ferner, daß in Bezug auf Leid auch zwei während seiner Verhaftung erschienenen von ihm unmöglich verhaftet, ihm auch nicht bekannte Artikel (Nr. 196 und 197) herangezogen sind. Das Urteil führe auch in unzulässiger Weise allgemeine Behauptungen an Stelle von Gründen an, so überall da, wo es sich um die Frage handelt, ob die Artikel auf die Person des Kaisers zu beziehen sind. An Stelle von Gründen lehnen fortwährend Wendungen, wie „es muß angenommen werden“, „es ist allgemein bekannt“, „muß zur Annahme führen“, „offenbar“ und dergleichen wieder. Unverständlich und sprachlich irrig ist die Behauptung des Urteils, daß „unter den Hofkreisen und Hofleuten und Herren am Hofe Seine Majestät der Kaiser und König selbst mit im Begriffe sein könne“. Diese vage Art der Feststellung sei um so auffälliger, als das Kammergericht in seinem Entschuldigungsbeschluss ausdrücklich feststellt, daß die Beziehung der drei zur Anklage gestellten Artikel des „Vorwärts“ zu der Person Sr. Majestät des Kaisers und Königs nicht derartig zweifelhaft erscheine, um einen dringenden Verdacht der Majestätsbeleidigung annehmen zu können“. Bekanntlich haben ja auch mehrere Gerichte die Einleitung eines Hauptverfahrens aus demselben Grunde abgelehnt. Die subjektive Seite der Majestätsbeleidigung weise gleichfalls Mängel auf. Wenn man dem dolus eventualis den weitesten Raum geben wolle, so sei doch zum mindesten die Feststellung erforderlich, daß ein Leser und daß der Angeklagte den ehrenkränkenden Charakter erkannt hat. Statt dessen stellt der Richter nur fest, der ehrenkränkende Charakter habe vom Leser und Leid erkannt werden müssen oder mindestens können. Der Reichsanwalt führte diesen Mangel gegenüber aus: Diese Mängel scheitern an den tatsächlichen Feststellungen des Urteils. Es handelt sich um Auslegungsfragen, diese sind aber der Nachprüfung des Reichsgerichts entzogen. Sache tatsächlicher Feststellung sei auch die Heranziehung der während der Haft Leids erschienenen Artikel gegen Leid. Es brauche das Urteil keineswegs jedes einzelne Thatbestandsmerkmal zu begründen. Daher scheitern alle dahin gerichteten Angriffe, daß das Urteil zu Unrecht eine Beziehung der Artikel zur Person des Kaisers feststellt. Daß ein Leser und daß Leid diese Beziehung erkannt habe, sei allerdings erforderlich und werde durch das „erkennen müssen oder mindestens können“ vielleicht nicht ausreichend festgestellt. Aber das Urteil erwähnt, daß der „Vorwärts“ selbst Ausführungen anderer Blätter, insbesondere die „Frankfurter Zeitung“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ citiert, welche den beleidigenden Charakter und die Beziehung der „Vorwärts“-Artikel auf den Kaiser behaupteten. Wühin ist festgestellt, daß Leser den ihn kränkenden Charakter nicht nur erkennen konnten, sondern ihn auch erkannt haben. Daß auch Leid diesen Charakter erkannt habe, ergebe sich aus anderen Stellen des Urteils, die die tatsächliche Feststellung treffen, daß diese Kenntnis vorgelegen hat. Einer Begründung dieser tatsächlichen Feststellung bedürfte es nicht.

Die Revision des Angeklagten Kaliski rügt, daß ihm zu Unrecht der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs verlaget sei. Das Landgericht nimmt an, allerdings habe Kaliski die Artikel veröffentlicht, um sich vor dem Vorwurf zu schützen, als sei die Benennung des Hofmarschalls v. Traha der Wahrheit zuwider erfolgt. Zur Wahrnehmung dieses Rechts sei es aber nicht erforderlich gewesen, die Behauptung der wesentlichen Unwahrheit aufzustellen. Der Reichsanwalt führte demgegenüber aus: Die tatsächliche Feststellung des ersten Richters sei ohne Rechtsirrthum, eine Nachprüfung, ob für Kaliski zur Wahrnehmung seines Rechts die inkriminierte Äußerung notwendig war, entziehe sich dem Reichsgericht. Das Reichsgericht erkannte auf Verwertung beider Revisionen. In der Begründung folgte es im wesentlichen den Ausführungen des Reichsanwalts. Es bleibt also bei dem Urteil erster Instanz.

Die Revision ist verworfen. Dieser Ausgang des Prozesses ist nach verschiedenen Richtungen hin bemerkenswert. Nach dem Reichsgericht gebilligten Gründen ist der Angeklagte dagegen schuldig, daß auf der einen Seite behauptet wird, ein Beweis der Wahrheit sei nicht geführt, während nach der andern seine Rüge undachtig bleiben muß, daß Fragen über Einzelheiten des Kaiserinsele-Prozesses ihm verwehrt sind. Er ist schuldig, dagegen, daß an Stelle von Gründen allgemeine Wendungen, wie „unzweifelhaft“, „zweifellos“, „es ist allgemein bekannt“ usw. traten. Endlich aber kann ein Redakteur, der wegen drei Artikel angeklagt ist, wegen fünf Artikel verurteilt werden, ohne daß eine neue Anklage erhoben, ohne daß ein Hinweis erfolgt ist, daß er auch wegen der zwei andern, nicht inkriminierten, Artikel verurteilt werden könnte. Und das auf Grund der neuen Konstruktion einer „fortgesetzten Handlung“. Dieser neueste juristische Konstruktionsapparat übertrifft noch den des dolus eventualis. Es könnte noch dieser neuen Entdeckung ein Redakteur wegen eines Artikels angeklagt und wegen 300 Artikel verurteilt werden. Bislang nahm man für jeden Kulturstaat als Grundsatz an: ohne Anklage kein Urteil. Das Reichsgericht ist anderer Ansicht. Denn auf nichts andres als auf Umfözung auch dieses Grundsatzes läuft die Verwerfung der Revision hinaus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. März.

Der Reichstag

föhrte am Dienstag die Specialberatung des Militäretats ein gutes Stück weiter. Eine große Reihe von Kapiteln wurde ohne Diskussion erledigt. Und wenn wirklich einmal irgend ein Abgeordneter zu einem Titel das Wort ergriff, blieb es meist ein Monolog.

Einen lebhafteren Zusammenstoß gab es nur beim Kapitel „Remontepferde“. Die Herren Großgrundbesitzer fordern „natürlich im Interesse des Keinen Mannes“, dessen Besizung zur Pferdegucht viel zu klein ist, daß die Armeeverwaltung höhere

Preise für die Remontepferde zahlt. Sie benutzen auch die erwünschte Gelegenheit, um auf eine gründliche Erhöhung des Pferdezolles d. h. auf Kündigung der bestehenden Handelsverträge zu dringen. Diese Gelegenheit ergriff Abg. Gothein, um den Herren von der Rechten zu Gemüth zu führen, daß sie die Frage der Kündigung der Handelsverträge bei jedem nur möglichen Punkte anschnitten, auch wenn sie damit nicht das geringste zu thun hat, wie bei den Soldatenmizhandlungen, bei den neuen Unteroffizierstellen usw. Und diese Herren beklagen sich dann über die Verschleppung der Geschäfte, wenn unsere Abgeordneten wichtige Gebiete der Socialpolitik an der richtigen Stelle zur Erörterung bringen. Schließlich wurde der konservative Antrag gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen abgelehnt.

Beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie“ blieb die Debatte nach der herkömmlichen Konfurrenzrede des konservativen Abgeordneten Pauli-Potsdam stehen, die diesmal selbst seinen näheren Parteifreunden zu langweilig und ausgedehnt erschien.

Am Mittwoch stehen die Wahlprüfungen an zweiter Stelle auf der Tagesordnung. Die Wahl Brauns und die Wahl des freisinnigen Abg. Blumenthal befinden sich nicht darunter. Der schriftliche Bericht über die Wahl Brauns liegt noch nicht vor, während der schriftliche Bericht über die Wahl Blumenthals erst heute verteilt worden ist und die Linke darauf besteht, daß die geschäftsordnungsmäßigen Fristen innegehalten werden.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag unter Zuhilfenahme einer Abendigung die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beendet. Die Debatte verlief sich völlig in Einzelheiten; nur bei den Ausgaben für das Fürsorge-Erziehungsgesetz fand eine etwas eingehendere Erörterung statt. Die Wirkung des Gesetzes wurde von allen Rednern, u. a. auch von dem bekannten Pastor Bodelschwingh, der bei dieser Gelegenheit seine Jungferrede hielt, anerkannt; nur über die Ausführung des Gesetzes im einzelnen herrschen Meinungsverschiedenheiten. Sehr wichtige Positionen, z. B. den Kosten von 300 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei bewilligte das Haus debattelos. Selbst die freisinnigen Rammesfeelen haben ein so unbegrenztes Vertrauen zu dem Polizeiminister, daß sie ihm jede gewünschte Summe in beliebiger Höhe zur Verfügung stellen. — Beschwerden, die seitens polnischer Abgeordneter vorgebracht wurden, wurden durch eine neue, höchst einfache Methode abgethan; man schnitt den polnischen Rednern unmittelbar nach einer Erwiderung des Ministers das Wort ab.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Kultusetats.

Weitere zehn Millionen für Deutsch-Südwestafrika.

Der dem Reichstag zugegangene zweite Ergänzungsetat für Südwestafrika fordert nicht weniger als circa zehn Millionen Mark, wobei aber die Kosten für die Reuberstärkung der südwestafrikanischen Truppen nicht in Anrechnung gebracht sind!

Zunächst werden, als Abschlagszahlung, zwei Millionen zur Gewährung von Entschädigungen an die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Ansiedler und Händler gefordert.

Ferner verlangt ein Nachtrags-Etat für 1903 1 727 000 M., außerdem 1 300 000 M. für Ausgaben bei der Verwaltung der kaiserlichen Marine, 65 000 M. für Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, zusammen 3 092 000 M. Ueber die Notwendigkeit dieser Forderungen bemerkte die Erläuterungen: Außer den im ersten Nachtrags-Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet pro 1903 bewilligten Ausgaben sind zur Wiederherstellung des Herero-Aufstandes 1903 infolge von Maßnahmen, welche bei Aufstellung des ersten Nachtragssetats noch keine Berücksichtigung finden konnten, noch weitere Mittel in Höhe von 1 727 000 M. erforderlich geworden. Die Mehrkosten gegenüber dem Zuschlage des ersten Nachtragssetats sind im wesentlichen veranlaßt durch die Entsendung eines Eisenbahnpionier-Detachements in Stärke von 4 Offizieren und 120 Mann, die Verstärkung des Artilleriematerials um eine Feldbatterie M. 96 nebst Zubehör, den Mehrbedarf von 500 Pferden, die Ausgaben für die Wiederherstellung der Eisenbahn Swatopmund-Windhut und die aus der Lage der Verhältnisse sich ergebende Gewährung von Unterstützungen an solche Ansiedler, welche durch den Aufstand hilfsbedürftig geworden sind.

Ein Ergänzungsetat pro 1904 verlangt ferner als Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben im südwestafrikanischen Schutzgebiete 3 197 000 M., und zu Ausgaben der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung 513 000 M., zusammen 3 710 000 M. Im Kap. 1 Tit. 11 Einmalige Ausgabe würden zur Verstärkung der Schutztruppe behufs Wiederherstellung des Herero-Aufstandes 877 000 M. hinzutreten. Zu Tit. 13 Nr. 3 Kap. 1 werden 315 000 M. zur Wiederherstellung der Eisenbahn Swatopmund und Anmietung von Wagen als erste Rate 315 000 M. in Titel 14 zur Unterstützung durch den Aufstand vertriebener Ansiedler 50 000 M. verlangt.

Zwei und dreiviertel Millionen sind bereits zur Belämpfung des Hereroaufstandes bewilligt worden, so daß sich schon jetzt die Ausgaben für diesen Krieg auf 13 Millionen Mark belaufen, womit es aber allem Anschein nach noch lange nicht sein Bewenden haben wird!

Eigenartige Meldungen aus Deutsch-Südwestafrika

werden in den Blättern veröffentlicht.

In erster Linie ist es auffallend, daß jetzt — abermals in einem bürgerlichen Blatte — ein zweiter Soldatenbrief veröffentlicht wird, in dem der Schreiber behauptet, daß den Truppen der Befehl gegeben worden sei, keinen Pardon zu geben. In dem betreffenden Brief, der in dem „Trierischen Volksfreund“ veröffentlicht wird und von dem Sohn des Schneidermeisters Peter Scherr in Trier stammt, heißt es wörtlich:

„Wir dürfen keine Gefangenen machen, alles, was lebend ist und schwarze Farbe hat, wird niedergeschossen.“

Wir vermögen es nicht zu glauben, daß ein derartiger Befehl an die Soldaten ergangen ist. Aber wie dieser zweite Brief eines mit dem Verfasser des ersten Briefes in keinerlei Verbindung stehenden Soldaten zu beweisen scheint, ist unter den Soldaten tatsächlich die ungeheuerliche Auffassung verbreitet, daß kein Pardon gegeben werden dürfe. Die Folgen einer solchen Auffassung liegen auf der Hand. Es ist also dringend erforderlich, daß die Regierung den Kommandeuren der in Afrika befindlichen Truppen sofort die telegraphische Anweisung zugehen läßt, daß die Kriegsföhrung in civilisirten Formen zu geschehen hat und jedes Niederschießen eines sich Ergebenden und Wehrlosen kriegsgerichtlich abgeurteilt wird. Des Ferneren wird sich allerdings die Regierung auch nicht der Pflicht entziehen können, der „Entscheidung solch barbarischer Auffassungen der Soldaten nachzuforschen und öffentlich Rechenschaft von dem Ergebnis ihrer Untersuchungen abzulegen!

Erwähnt sei noch, daß dieser Soldatenbrief konstatiert, daß die Hereros bei aller Grausamkeit ihrer Kriegsföhrung die Frauen in der Regel verschont haben: „Die Frauen haben sie (die Hereros! Red.) meistens geschont.“

Sehr interessant für die Zustände in Deutsch-Südwestafrika sind Tagebuch-Aufzeichnungen, die die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichen. Diese Tagebuch-Aufzeichnungen atmen einen geradezu wütenden Haß gegen die Maßnahmen und den Gouverneur Dr. Zwiem.

Unter dem 5. Februar ist von den Grausamkeiten der Aufständischen die Rede. Dann heißt es: „Und das Alles nach 65 Jahren Missionsarbeit!“ Freilich, die Missionare haben leider ihre Pflicht gegenüber der deutschen Oeffentlichkeit versäumt. Hätten sie rechtzeitig die skandalöse Mizwirtschaft der Händler und Farmer aufgedeckt und für Abhilfe geforgt, so wäre den Hereros der verzeufelte Schritt einer aussichtslosen Erhebung erspart geblieben!

Charakteristisch für den Tagebuchföhrer ist folgender Stoßseufzer; ebenfalls am 5. Februar: „In einem Store ist sogar (!) der Geldschrank erbrochen und die Bücher mit den Schulden der Eingeborenen vernichtet!“

Ueber die Missionare heißt es dann am 11. Februar: „Das in der Zeitung über die Missionare Geschriebene bewahrheitet sich; selbst aus der Kirche haben die Hereros geschossen!! Ihnen selbst ist natürlich (!) kein Haar gekümmert; das ist eine saubere Gesellschaft!“ Deshalb die Missionare eine „saubere Gesellschaft“ sind, ist einigermaßen unklar. Daß die Hereros sie nicht auch erschlagen haben, beweist ihre Dankbarkeit dafür, daß die Missionare sich an ihrer Ausplünderung und Vergewaltigung nicht auch beteiligt haben. Daß sie als Gefangene nicht verhindern konnten, daß sich die Hereros der Kirche als einer Deckung bedienten, sollte doch selbst das aufgeregte Gemüth des Tagebuchverfassers begreifen.

Aber der Badere schreut selbst vor ärgster Verleumdung nicht zurück (die „Hamburger Nachrichten“ desgleichen!), wenn es gilt einem der Missionare am Zeuge zu fassen. So bruch das Scharfmacherblatt ohne Skrupel folgende Stelle ab: „Es wird erzählt (!), daß der Missionar Brodmann zwei Weifen, die bei ihm Zuflucht suchten, Aufnahme verweigerte und sie den Hereros ausliefern.“

Die Wut gegen den Gouverneur Leutwein äußert sich in folgenden Bemerkungen.

11. Februar: Gegen 1 Uhr mittags hört man den „Ernst Boermann“ im Rebel tuten, von Lüderichbucht zurück mit dem Gouverneur an Bord. Dieser kommt ca. 5/2 Uhr abends an Land und übernimmt den Oberbefehl. Der Empfang durch die Bürgerföhrung ist eifrig; außer den vier Gesellschaften hat kein einziger Privatmann und Store gefolgt!!

Häuser sind meistens verwüstet; der Grund und Boden entwertet, denn wer wird sich in den ersten Jahren unter einer Regierung, die so unverantwortlich gewirksam ist, ansiedeln?

14. Februar: Morgens in aller Frühe föhrt der Gouverneur per Extrabahn nach Karibib, wo er zwei Tage zu bleiben gedenkt, um dann nach Okahandja und Windhut zu reisen. Er wird nur vom Bezirksamtman Dr. Fuchs zur Bahn gebracht; die Bürgerföhrung glänzt durch komplette Abwesenheit.

Der wütende Haß unserer Südwest-Afrikaner, die ja nach der kürzlichen Darstellung selbst des Korrespondenten der „Köln. Zig.“ zum guten Teil aus nicht gerade den besten Elementen bestehen soll, gegen den Gouverneur Leutwein und die Missionare spricht Bände — aber nicht gegen die Angegriffenen, sondern gegen die Ankläger!

Die „Mizwirtschaft“ der Regierung bestand darin, daß sie wenigstens gegen die tollsten Ausbeutungspraktiken schlichtern zu opponieren wagte, daß sie die Eingeborenen nicht völlig den weifen Herrenmenschen als Ausbeutungsobjekte ausliefern, sondern ihnen wenigstens noch einen bescheidenen Teil ihres Reiches an Land und Vieh und eine gewisse Selbständigkeit zu erhalten suchte. Und den Missionaren kann man es nicht verzeihen, daß sie gegen die Schnaps- und Syphilisvergiftung der Eingeborenen auch nur schwächere Einwendungen zu erheben wagten.

Dafür soll es aber auch nummehr völlig anders werden. Was von den Hereros am Leben bleibt, soll unter die Herren Ansiedler als zweieiniges Vieh verteilt werden!

Badere Kulturpioniere! —

Deutsches Reich.

Die Socialdemokratie als force majeure.

Die Wahl der Landtags-Abgeordneten Hammer und Felsch ist von der Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses mit allen gegen zwei Stimmen für gültig erklärt worden. Bekanntlich hatte eine größere Anzahl socialdemokratischer Wahlmänner des Wahlkreises Tellow-Beeslow-Storlow dagegen Protest eingelegt, weil die Wahlmänner trotz der klaren Bestimmung des Gesetzes, die Köpenick als Wahlort für den genannten Kreis festsetzt, nach Rigdorf zur Vornahme der Wahl eingeladen waren. Der Protest verlangte, daß die Wahl von Hammer und Felsch für ungültig erklärt und daß die Wahlmänner, dem Gesetz entsprechend, zur Vornahme einer Neuwahl nach Köpenick eingeladen werden. Die Kommission erkannte in ihrer Mehrheit zwar an, daß die Verlegung eines Wahlorts nicht durch Verordnung erfolgen dürfte, sondern daß hierzu ein Gesetz nötig sei, stellte sich aber auf den Standpunkt, daß hier einer der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmefälle vorliege, da die Abwicklung des Wahlgeschäfts infolge angegeblicher Drohungen der Socialdemokraten in Köpenick unmöglich gewesen sei. Es habe ein Fall von force majeure vorgelegen. Das ist natürlich purer Unsinn. Im geschichtlichen Sinne ist die Socialdemokratie allerdings force majeure, höhere Naturgewalt — insofern begreifen wir das Anerkenntnis der Kommission —, nicht aber im Sinne des Wahlgesetzes. Nach dem Gesetz darf der Minister den Wahlort nur dann verlegen, wenn die Abhaltung der Wahl an dem im Gesetz genannten Orte durch ansteckende Krankheiten, Unterbrechung der Verbindung mit dem Wahlort oder durch andre unabwendbare Zufälle unmöglich wird. Ein solcher Fall lag hier nicht vor. Noch vor einem Jahre hat selbst der Kommissar des Ministers v. Hammerstein ausdrücklich erklärt, daß die im Gesetz genannten Umstände für die Verlegung nicht in Betracht kommen können, und daß man auch nicht von einem unabwendbaren Zufall sprechen könne. Jetzt stellt sich die Regierung plötzlich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Die bloße Drohung eines Socialdemokraten, — nebenbei bemerkt eine unwahre Behauptung —, die Wahlhandlung unmöglich zu machen, soll auf einmal ein „unabwendbarer Zufall“ sein.

Was die Socialdemokraten mit dem Protest erreichen wollten, haben sie erreicht. Natürlich ist es niemand von ihnen auch nur im Traume eingefallen, zu glauben, das Junterparlament würde dem Protest Folge leisten. Was sie damit bezweckten, war einzig und allein, an einem eskatanten Beispiel klar zu machen, daß ein Parlament, das sich mit Vorliebe als die Personifizierung von Recht und Gesetz erklärt, Recht, Gesetz und Verfassung nicht kennt, wenn es sich gerade so macht, und daß die Regierung ihm hierbei hilfreiche Hand leistet, unbelümmert darum, daß sie kurz vorher einen gerade entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hat und sich durch ihre plötzliche Stimmänderung den Vorwurf zuzieht, um mit dem Grafen Bülow zu reden, daß ihre Taktik „zu dumm“ ist.

Centrumsgeschäft. Der § 2 des Jesuitengesetzes hat anscheinend das Centrum sehr handelsföhrig gemacht. Man sieht in diesen Tagen die Centrumsföhrer noch eifriger als sonst in Konferenzen mit Regierungsvertretern. Wo eine zurütliegende Ede ist, da verhandelt Herr Dr. Spahn und Herr Gröber mit dem Herrn Kapitän zur See Rappell, der rechten Hand des Herrn Tirpitz. Was sie verhandeln, dürfte bald zu Tage treten, wenn der Etat des Marine-Amts demnächst zur Beratung gelangt. Vermuthlich wiederholt sich das Spiel

das soeben beim Militärstatistik sich zutrug; die Keinen Abstriche, die Herr Müller-Janda in der Budgetkommission mit viel Pathos zu Stande brachte, werden durch die Zwischenhändler Spain und Gröber im Plenum nochmals um die Hälfte vermindert. Man begreift, daß der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts die Müllerischen Abstriche mit einer Gemütskurve aufnahm, die sonst unverständlich bliebe: er kannte seine Centrumshändler.

Ein Chinaprojekt.

Aus Essen wird uns geschrieben: Das ein Chinakrieg wegen Erzählung von Vorgängen, deren Zeuge er in China gewesen ist, sich vor Gericht zu rechtfertigen hat, dürfte noch nicht dagesewen sein. Am Mittwoch wird an der Strafkammer in Essen ein solcher Fall verhandelt. Ein ehemaliger Chinakrieg, ein Mann mit einwandfreier Führung, hat in einer Versammlung in Essen über seine Erlebnisse und seine Erfahrungen in China Angaben gemacht, durch die in bestimmter Weise einem Offizier das unbefugte Befördern eines Chinesen ins Jenseits, mehreren Offizieren die unerlaubte Vorliebe für fremdes Eigentum vorgeworfen wurde. Nach längerer Zeit — wohl auf höhere Anordnung hin — wurde ein Strafverfahren wegen Beleidigung der Offiziere eingeleitet. Der Angeklagte hält seine Behauptungen in allen Punkten aufrecht und hat eine große Zahl Zeugen geladen, welche als Chinakrieg persönliche Kenntnis von den geschilderten Vorgängen haben.

Da man in dem vorliegenden Falle den Wahrheitsbeweis zu lassen muß, dürfte der Prozeß ganz interessant werden für die Frage, wie in China Kultur und Zivilisation verbreitet worden ist.

Die Dame am Rhein, deren fast krankhafte Vorliebe für die Prostitution mit jedem auftauchenden Nachtbader erst unlängst in einer Broschüre allernählich festgestellt wurde, die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ geht natürlich jetzt mit den einflussreichen Spiegeln des Parisismus. Gefällig und schmeichelehaft wie sie ist, hat sie sich schnell so gut in das Seelenleben ihrer Gömmer hineingearbeitet, daß sie den von ihr dem Wortlaut nach unterschlagnen Protest der russischen Studenten gegen die ministeriellen Beschimpfungen mit folgender Infamie zu beantworten fähig ist:

„Der Protest bewegt sich abermals in hohlen Phrasen und ist dem Tone nach durchaus unangemessen für Ausländer, die immer noch die Gastlichkeit des Deutschen Reiches genießen. Wenn es in dem Protest heißt, daß wir die Wahrung unserer Ehre und Menschenwürde als unsre geheiligte Pflicht betrachten und allesamt bereit sind, jede sich hieraus ergebende Konsequenz auf uns zu nehmen“, so kennzeichnet sich das so lange als eine Redensart, als die 428 sich sorgfältig hüten, mit ihrem Namen an die Öffentlichkeit zu treten. So lange das nicht geschieht, ist der ganze Protest nichts anderes als eine anonyme Schimpferei, von der man nicht einmal weiß, ob sie von russischen Studenten ausgeht oder in irgend einer socialdemokratischen Fabrik angefertigt ist.“

Die „Kölnische Zeitung“ bemüht sich umsonst, das Lockspiegelhandwerk zu üben. Die russischen Studenten sind ihr zuvorgekommen. Die Protestkundgebung, die auch an bürgerliche Blätter verjagt ist, enthielt alle 428 Namen. Das liberale Organ verlangt also probokatorische Demunziantendienste zu leisten, die nicht mehr notwendig sind. Graf Witow kennt die 428 „Schwörner und Beschwörer“, er braucht der Polizei nur zu befehlen — und 428 Schwurzeugen neudeutscher Jämmerlichkeit können geschossen werden.

Das Heer der Krüppel.

Der soeben erschienene Bericht der Sektion II (Vochum) der Anknappschäfts-Versicherungsgesellschaft muß wiederum ein absolutes und relatives Aufschwollen der Unfallrisiken konstatieren. Von den 251 665 Versicherten blieben in 1903 infolge Unfalls 562 tot auf dem Schlachtfelde der Arbeit, das sind 2,23 pro 1000 Versicherte gegen 1,93 im Jahre 1902. Obwohl durch das Drängen der Socialdemokratie die Schutzmaßnahmen gegen Unfallsfälle verbessert worden sind, nahm die Durchschnittsziffer der tödlich Verunglückten nicht wesentlich ab. In der Zeit von 1885/86 bis 1895 blieben auf je 1000 Versicherte 2,88 tot, in der Zeit 1896 bis 1903 noch 2,48. — Die Zahl der Todesfälle durch Unfallskatastrophen hat abgenommen, dagegen ist diese Zahl gesteigert worden durch Einzelfälle — Kohlenfall usw. — Auch die Zahl der Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit und Verminderung derselben — die sogenannten schweren Unfälle — hat zugenommen. Von je 1000 Versicherten erlitten schwere Unfälle

1900	1901	1902	1903
11,77	12,11	12,76	14,83

Da der Kampf der Versicherungsgesellschaften gegen Gewährung einer Rente immer hartnäckiger und — leider auch erfolgreicher wird, geben erst die Zahlen der Unfälle überhaupt ein richtiges Bild von der Steigerung der Unfallgefahr im Bergbau. Und diese Ziffern schwellen mit erschreckender Sicherheit und Regelmäßigkeit nach oben, wie nachfolgende Zusammenstellung beweist. Von je 1000 Versicherten erlitten Unfälle überhaupt:

1885/86	1890	1895	1900	1901	1902	1903
75,9	83,0	107,5	124,4	139,5	139,9	147,1

Nimmt man an, daß in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes die Unfallanmeldungen mangelhaft ausgeführt worden sind, zieht man deshalb das Jahr 1890 zum Vergleich heran, dann ergibt sich eine Unfallsteigerung von dieser Zeit bis 1904, also in 13 Jahren, um 77,2 Prozent. Um die Wutziffer recht zu würdigen, darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter an der Gesamtzahl der Versicherten zurückgegangen ist; es wird heute eine relativ viel größere Zahl bei der Tagesarbeit, speziell bei Gewinnung von Nebenprodukten beschäftigt, als wie früher. Für die eigentlichen Bergarbeiter ist die Unfallsteigerung noch größer, als in den Zahlen für die Gesamtheit der Versicherten zum Ausdruck kommt.

Trotzdem bezüglich eines besseren Bergarbeiterschutzes bleibt es bei der Parole: Nur immer langsam voran — schnell zurück!!! — Man unterjucht — das Heer der Krüppel wird größer! Man schickt Kommissionen ins Ausland: die Unfälle mehren sich! Man erwägt: es giebt immer mehr Leichen, Krüppel, Witwen und Waisen! — Aber ruhig wird weiter unterjucht und erwogen. Seit Jahren fordern die Arbeiter zur Verminderung der Unfälle Zuziehung von praktischen Bergleuten zur Grubenkontrolle, die Unternehmer sagen: Nein! Die materiellen Gründe für dieses Nein werden die Kohlenjunker hinter der leeren Behauptung: Die Grubenkontrolle durch die Arbeiter würde zu einem Instrument der Parteipolitik. Eine Regierung, die dem Grundgesetz huldigt, die „Gesinnung“ sei die beste soldatische Tugend, erseht durch ihre eigene Gesinnung die Methode für Unternehmerbehauptungen. Sagt das Unternehmertum: Rückwärts, fordert die Regierung sicher nicht: Vorwärts! — Freiwillig wird man den Bergarbeitern einen besseren Schutz für Gesundheit und Leben nicht geben. Die aber bei dem heutigen System des Raubbaues an der Arbeitskraft die Bergarbeiterschaft degeneriert, lehren auch die Ergebnisse der Anknappschäftslosen. Bei allen preiswürdigen Kassen ging das Durchschnittsalter bei Beginn der Invalidität von 50,0 Jahre in 1892 auf 48,1 Jahre in 1901 zurück, beim Allgemeinen Anknappschäftsverein in Vochum betrug 1902 das Durchschnittsalter bei Invaliditätseintritt sogar nur noch 45,2 Jahre. So geht der Bergarbeiterstand physisch zurück, obwohl demselben Jahr für Jahr frisches Blut zugeführt wird durch Massenimport aus ländlichen Bezirken — das kann keine Regierungsforgone sein; die Volkkräfte, die der Profitteufel holt, braucht man wenigstens nicht der russischen Krute auszuliefern. Dabei markiert Deutschland an der Spitze der Socialreform — wie die Minister sagen.

Zur Zollfrage. Der Verfasser der im Oktober v. J. und im Januar d. J. im „Vortwärts“ veröffentlichten Artikel über die Zollfrage schreibt uns:

„In zwei Zeitartikeln der „Köln-Zeitung“ hat Herr G. E. unser kritisches Nachwort zur Zollfrage seinerseits einer ausführlichen Kritik unterworfen. Es ist nicht unsere Absicht, diese wissenschaftliche Frage in einer endlosen Zeitungsdiskussion fortzuspinnen. Auch häufen sich in den Artikeln die Mißverständnisse in etwas beschwerlicher Weise und praktisches Verständnis für Handel und Wandel scheint Herrn G. E. ganz zu fehlen, ist aber doch zum Verständnis dieser „Preisfrage“ in gewissem Umfang erforderlich.“

Nachdem inzwischen nicht nur das hoffähige Agrarierium unter Führung des Herrn Grafen Schönerherz sich unster Beweisführung angegeschlossen hat, sondern auch sein agrar-demokratisches Organ, die „Deutsche Tageszeitung“, sie als richtig anerkannt zu haben scheint (siehe Nr. 93 vom 25. Februar den Artikel: „Die Grundlage der Volkswirtschaft“), dürfte das öffentliche Interesse an einer Fortsetzung der Diskussion sehr abgenommen haben, und Herr G. E. kann sich persönliche Aufklärung an anderer Stelle, die ihm wohl auch vertrauenswürdig erscheinen wird, verschaffen.

Wie weit seine Mißverständnisse gehen, möge dadurch belegt werden, daß er uns auffordert, doch einmal aus den Büchern von Getreide-Exporteuren den Beweis zu erbringen, daß Ausfuhrgetreide im Auslande zu einem andern Preise verkauft werde, als das zum inneren Konsum bestimmte; wir hatten geschilbert, daß dies das schematische Bild der Verhältnisse sein müßte, die eintreten würden, wenn das exportierende Ausland den Zoll trüge, was aber doch gerade nach unserer Meinung nicht der Fall ist!

Bemerkte sei noch, daß wir Herrn Professor Lexis nicht als Schwurzeugen citiert hatten; wir trauen der Nichtigkeit und Kraft unseres Grundgebauens allein. Wir hatten nur nachträglich die Literatur daraufhin flüchtig durchgesehen, ob derselbe nicht vielleicht irgendwo schon ein unbedeutendes Dasein frische, und dabei die citierte Stelle gefunden, die einen nur ähnlichen Gedanken enthält. Wir hatten ihn in unserem ursprünglichen Artikel in korrekterer Form ausgesprochen, mit Zahlen belegt und die Folgerungen aus ihm gezogen.“

Ein Erzieger der Blüte der Nation.

Ein Soldatensänger schlimmster Sorte hatte sich am 10. März vor dem Kriegsgericht in Mainz zu verantworten. Es ist der 30jährige Sergeant Franz Julius Becker, der wegen Mißhandlung in 156 Fällen angeklagt ist. Der Angeklagte Becker hat besonders mit der Faust die Soldaten gegen das Bein und ins Gesicht geschlagen. Ferner mußten sich die Rekruten vor die Oefen knien und das Feuer anblasen. Dafür erhielten sie später noch Schläge auf das Gesicht, und zwar mit einem Gummischlauch. Zu diesem Zwecke mußten sie vor dem Bette des Veder, der noch in demselben lag, vorbeilaufen und empfangen hierbei die Schläge. In einem andern Falle mußten die Soldaten während der Bild- und Pflanzstunden in der überheizten Stube Gewehrgriffe üben, diejenigen, die es verlehrt machten, mußten sich vor den glühenden Oefen stellen und so lange „Griffe“ machen, bis ihnen das Wasser am Körper herunterlief. Wenn die Stiefel nach Ansicht des Veder nicht sauber genug gepußt waren, wurden den Soldaten die Stiefelschäfte um den Kopf geschlagen. Die Nusserien und Schindereien der Mannschaften wurden in den Stuben 190 und 191 mehrere Monate hindurch von dem Angeklagten Becker vorgenommen, ohne daß die Vorgesetzten davon Kenntnis erhielten! Die Mißhandlungen unterließen die Meldungen, da sie fürchteten, dann noch mehr mißhandelt zu werden. Einem Mißhandelten wurden mehrmals durch den Angeklagten Becker Zähne ausgeschlagen. Während des Dienstes auf dem Erziegerplatz trat der V. einem Rekruten gegen das Bein, so daß der Mann hinfiel und sich verletzte. Ebenso stieß er einem andern das Bein, wodurch derselbe stürzte und sich mit dem Gewehr am Auge verletzte. Einem der Rekruten stieß der V. so lange den Helm auf den Kopf, bis die Nase blutete. Der Veder rief während des Dienstes auf dem großen Sande bei Gonsenheim einen Rekruten vor und stellte an ihn die Frage, ob er ihn jemals geschlagen hätte. Als der Rekrute dies bejahte, schlug ihn der Angeklagte so lange ins Gesicht, bis er „Nein“ sagte!

Der Vertreter der Anklagebehörde, Kriegsgerichtsrat Meiß, beantragte gegen Veder zwei Jahre Gefängnis und Abkennung der Tressen. Der Verteidiger des Angeklagten plaidierte auf eine bedeutend mildere Strafe, da der Angeklagte mit sehr minderwertigem Material (!) zu thun gehabt hätte. Den Angeklagten habe es geärgert, daß er mit einigen seiner Leute zurückgelassen sei. Und zu was greife bei solchen Gelegenheiten der Mann: er schlage und prägele. Dies sei sehr bedauerlich, aber auch sehr begreiflich (!) Von den Rekruten würden die Mißhandlungen selten ernst aufgenommen, darum beschwerten sie sich auch nicht.

Das Gericht nahm ein fortgesetztes Delikt der Mißhandlungen in sechzehn Fällen und zwei vorchristliche Behandlungen Untergebener für erwiesen an und verurteilte den Sergeant Becker zu einem Jahr Gefängnis und Abkennung der Tressen.

Ueber die Agitation im 20. sächsischen Wahlkreise wird uns berichtet: Durch Eis und Schnee müssen diesmal unsre Genossen die Agitation betreiben. Am letzten Sonntag waren von unsrer Seite einige 20 Versammlungen einberufen, davon fand die Hälfte unter freiem Himmel statt auf Grundstücken, welche oft hoch oben auf den Bergen liegen. Trotz Eis und Schnee pilgerten aus schwer passierbaren Bergpfaden hunderte und tausende Bewohner des Erzgebirges den Versammlungsorten zu. War es schon ein eigenartiger Anblick, die Pilger und Pilgerinnen wie schwarze Streifen durch den leuchtenden Schnee ziehen zu sehen, die sich dann an den Versammlungsorten zu dichten immer größer werdenden schwarzen Massen zusammenballten, so bot ein solcher Versammlungsort selbst ein hochinteressantes Bild. Hoch auf einem Berggipfel bei Krumbach eine Stunde von Bischof war eine solche Versammlung einberufen. Vier Genossen, zwei Polizisten, ein Amtsvorsteher und ein Beamter der Kreisshauptmannschaft waren erschienen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie bekamen aber keine Arbeit. Wägen auf dem Berggipfel hatten die Genossen des Ortes eine Nebentribüne errichtet und mit grünem Tannenzweig ringsum bekränzt, das sich prächtig von dem Schnee abhob, der den Berg wie mit einem großen weißen Tischtuch bedeckt hatte. Nach Polizeivorschrift war das Grundstück mit Wachseinen, die an Pfählen befestigt waren, eingezäunt; auch Leitraden waren hergestellt. Als Redner war der Kandidat der Socialdemokratie, Genosse Pinlau, und der Reichstags-Abgeordnete Genosse Adolf Hoffmann-Berlin erschienen. Mindestens 500 Personen, darunter viele Frauen, hatten den Berg erklommen und füllten den Gipfel, als die Versammlung begann, und noch immer strömten neue Massen heran. Das Wetter hielt sich trotz drohender Schneewolken. Weit ins Gebirge hinein und über den unter im Thal sich hinstreckenden Ort hallten die Worte des Genossen Hoffmann, der Beifall weckte das Echo der umliegenden Berge und Wälder. Als sich kein Gegner zur Diskussion meldete und Genosse Pinlau, der Kandidat des Kreises, das Wort nahm, da wollte der Beifall kein Ende nehmen und auf allen Gesichtern las man die Worte: „Nur der Socialdemokrat ist der Unsre!“ Einen überwältigenden Eindruck machte diese Versammlung dort oben zwischen Eis und Schnee — erinnernd an das Wort: „In den Bergen wohnt die Freiheit.“ Als die Redner dieser Versammlung nachher durch die Berge sich dem Bischofauer Bahnhof näherten, zeigte sich auf einer der Bergeshöhen bei Bischofau wiederum eine große schwarze Masse mitten im weißen Schnee; hier an derselben Stelle, wo im vorigen Sommer unser Vebel den Massen des Volkes den Socialismus verkündete stand jetzt Wilhelm Stolle und feuerte die Massen zum neuen Kampfe an.

Im ganzen Kreise herrscht ein so vorzüglicher Geist, eine solche Vegetation, daß sicher der achtzehnte März wieder einen glänzenden Sieg der socialistischen Geistes-Revolution bringen wird.

Nachwahl in Lüneburg. Bei der Nachwahl im Wahlkreise Lüneburg, die infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des national-liberalen Dr. Jänede seitens der Kommission und der Mandatsniederlegung seitens Dr. Jänede nötig wurde, erhielten nach den bisher vorliegenden Nachrichten: v. Wangenheim (Welfe) 9020, Dr. Jänede (natl.) 7177, Fischer (Soz.) 3908, Döbberlau (Bund der Landwirte) 2769 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen v. Wangenheim und Dr. Jänede erforderlich.

Europäer-Nebermut im Ausland.

Die „Berliner Illustrirte Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 11 eine Illustration, die sie „Ein Götterpaar aus Nippo (Japan)“ betitelt. Der erläuternde Untertitel des eigenartigen Bildes lautet: „Freudhafte Verkleidung eines Göhen in der berühmten Götterallee von Nippo durch einen gut gelaunten europäischen Reisenden.“ Die Verkleidung besteht darin, daß man dem „Göhen“ einen alten Klotz um die Schultern gehängt, ihm einen ausgedienten Spazierprigel in den Arm gelegt und ihn zur geschmackvollen Krönung eine Ballonmütze schief auf den Kopf gestülpt hat. Ein Veder unsres Blattes, ein Angehöriger bürgerlicher Kreise, bemerkt zu diesem „Götterpaar“:

„Das Bild fährt uns eine ekelhafte Verhöhnung eines Göhen durch einen reisenden“, d. h. wohl „gebildeten“ Europäer vor. Mit welcher Gemeinheit ist das religiöse Empfinden eines fremden Volkes, das den Reisenden beherbergt, in den Schmutz gezogen. Wie man auch zu religiösen Dingen stehen mag, es empört einem doch, zu sehen, in welcher Weise der Europäer, der sich in allem so turmhoch erhaben denkt, gegen andre — sogenannte niedere — Kulturen sich gehen läßt. Welches Geschrei unsrer Dunkelmänner würde sich erheben, würde ein Japaner — oder gar ein russischer Student! — sich in „gutgelaunten“ Stimmung hinstellen lassen, ein Madonnenbild, einen Christus am Kreuz in ähnlicher Weise auszustaffieren. Ein Charakteristikum ist es, wie sich der Europäer draußen benimmt. Dieser verächtlichen Kinderei widmet dann oben drein eine illustrierte Zeitung noch eine Aufnahme!

Und wie auf religiösem, so wirken die europäischen Kulturträger auf allen Gebieten. Und dann giebt es einen Chinafeldzug, einen Nachzug gegen die Hereros. Usw.“

Ausland.

Schweiz.

Die socialdemokratische Militärinitiative.

Zürich, 12. März. (Eig. Ber.) Das Parteikomitee der socialdemokratischen Partei der Schweiz hat in seiner am letzten Sonntag in Biel abgehaltenen Sitzung die vom letzten Parteitag in Olten beschlossene 20 Millionen-Initiative zur Einschränkung der Militärausgaben umgemodelt in eine solche zur Reduktion von 7 Franz pro Kopf und Jahr für die Militärausgaben. Es ständen dann 23 208 000 fr. gegen die ursprünglichen 20 Millionen zur Verfügung, wozu aber noch rund 2 Millionen Einnahmen aus der Militärpflichtsteuer länden und die Gesamtsumme auf 25 1/2 Millionen steigen würde. Im Jahre 1902 betrugen die Militärausgaben 25 1/2 Millionen, die Ersparnis würde also rund 3 Millionen Franz betragen. Da aber die Ausgaben für die Militärversicherung und für das Militär-Sanitätswesen überhaupt, ferner für die Unterstützung der Familien der verheirateten Dienstthuenden und auch für die Neubewaffung bei drohenden Verwicklungen ausgenommen sein sollen von jener Bindung und sie doch ebenfalls ein artiges Stimmchen ausmachen würden, so bliebe schließlich gar keine Ersparnis mehr, die Initiative würde sich als eine große Dupierung des Volkes erweisen und als ein Schlag ins Wasser. In der Parteipresse wird dem auch diese zugemutete neue „Militärinitiative“ entschieden abgelehnt und angesichts der völligen Verpaffung des günstigen Augenblicks das Falllassen des ganzen Planes verlangt. Das ist auch unsre Meinung. Es verlohnt sich nicht mehr der Mühe, 50 000 Unterschriften für ein so völlig verpufftes Projekt zu sammeln, die übrigens unter den jetzt obwaltenden Umständen, namentlich angesichts der vergrößerten weiteften Parteikreise, kaum mehr aufzubringen sein würden. Geschähe dies aber, so wäre eine wichtige Niederlage in der nachfolgenden Volksabstimmung sicher.

Die unheilvolle „Diplomatie“ in unsrer Partei, die Bremser und Flaumacher haben gesiegt. Möge der Vorgang keine schwere Schädigung der Partei im Gefolge haben!

Frankreich.

Wahlabmachung zwischen Radikalen und Jaurèsisten.

Paris, 12. März. (Eig. Ber.) Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hatte das Exekutivkomitee der „radikalen und socialistisch-radikalen Partei“ der jaurèsistischen Kammerfraktion vorgeschlagen, übereinstimmend die Regeln der von den beiderseitigen Kandidaten in den Stichwahlen zu beobachtenden Disziplin festzustellen. Die genannte Fraktion übermittelte den Vorschlag dem auf dem Kongreß von Saint-Etienne neugegründeten Nationalrat der P. S. F. (bestehend aus dem Interföderalen Komitee und der Fraktion). Der Nationalrat hat nun folgenden Beschluß gefaßt: Im einzelnen wird die Entscheidung den Departementsföderationen überlassen, die allein befugt seien, die wahltaktischen Regeln anzuwenden. Dabei wird aber die „Neberzeugung“ ausgesprochen, daß die Socialisten in der Stichwahl stets die in der Hauptwahl meistbegünstigten demokratischen und radikalen Republikaner gegen die nationalistische und liberale Reaktion unterstützen würden. Ferner wird als das sicherste Mittel der Stichwahlüberwindung empfohlen, beiderseits denjenigen Kandidaten zu unterstützen, der in der Hauptwahl individuell, für sich allein, die meisten Stimmen erhalten hat, ohne die notwendig willkürliche Gesamtsumme der auf die verschiedenen Kandidaten einer und derselben Partei gefallenen Stimmen in Betracht zu ziehen. — Die letztere Klausel will die bereits hier und da vorgekommenen Konflikte vermeiden, die eine Folge vielfacher socialistischer oder radikaler Kandidaturen waren, insofern der einzige individuell meistbegünstigte Kandidat der einen Partei weniger Stimmen erhalten hat als die vielfachen Kandidaten der andren Partei.

Im übrigen hängt die praktische Bedeutung des ja ganz allgemein gehaltenen Beschlusses von den einzelnen jaurèsistischen Föderationen bzw. Wahlkreis-Organisationen ab. Diese werden auch darüber zu beschließen haben, ob in der Stichwahl dem Radikalen oder dem Kandidaten der revolutionär-socialistischen Partei der Vorzug zu geben ist.

Jévaods gewählt. — Spanos Begnadigung.

Paris, 14. März. (Eig. Ber.) In der Kammer-Stichwahl von Grenoble wurde Jévaods, ministerieller Socialist, mit 8009 Stimmen gewählt. Sein radikaler Gegenkandidat, Vergès, erhielt 5666 und ein Nationalist 1172 Stimmen. Jévaods Wahl ist kein Sieg der ministeriell-socialistischen Partei, denn er gehört zu derselben nicht, und sie hat ihn auch nicht unterstützt. Es ist vielmehr ein Sieg des „Bloc“ über die vier radikalen oder linksradikalen Kandidaten, die durch ihre disziplinwidrige Nebenbuhlerschaft den bisher radikalen Sieg dem ministeriell-socialistischen Freischützen Jévaods in die Hände gespielt haben. Vor der Stichwahl kam nach Grenoble persönlich der Vorsitzende des Exekutivkomitees der radikalen Partei, Abg. Lafferre, um dem Beschluß dieses Komitees zu gunsten Jévaods Geltung zu verschaffen. Namens der „republikanischen Disziplin“ wurden die vier radikalen Kandidaten aufgefordert, ihre Kandidatur zurückzuziehen, nachdem Jévaods in der Hauptwahl 5895 gegen 5092 Stimmen sämtlicher vier Radikalen erhalten hatte. Drei Kandidaten kamen der Aufforderung nach, der in der Hauptwahl unter den Radikalen meistbegünstigte Vergès (1792 Stimmen) lehnte sich an den Beschluß der Parteileitung nicht. Er appellierte vielmehr an die bürgerlichen Republikaner aller Schattierungen gegen die „kollektivistische Gefahr“. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Kerlsche Gefahr ein wirksamerer Sammlungs-

ruf war. Jéboads ist übrigens ein zuverlässigerer Antiklerikaler und Ministerieller als seine radikalen Nebenbuhler.

Die sozialistische und gewerkschaftliche Agitation für die Be-grabungung Spartos, des italienischen Arbeiters, der einen Ver-führer getötet, nachdem er von diesem aufs Pflaster geworfen worden war, hat einen bloß relativen Erfolg erzielt. Präsident Loubet hat den zum Tode verurteilten Arbeiter zu lebensläng-licher Zwangsarbeit „begnadigt“. Die bourgeoise Pariser Jury hatte ja dem durch Hunger zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter keine „mildernden Umstände“ zugebilligt, dieselbe Jury, die kurz vorher einem Zuhälter, der an einer reichen Dirne einen Raubmord begangen, das volle Maß ihrer Milde zugewendet hatte. —

Spanien.

Hungeraufstand in Valladolid. In Valladolid, der sonst so ruhigen Stadt, welche in der schönen Ebene am Pisuerga und am Kanal von Castilien liegt, herrscht seit Anfang dieses Monats große Unruhe. Die Vertenerung der Lebensmittel hat hier einen Aufstand heraufbeschworen. Hunderte von Menschen durch-ziehen die Straßen der Stadt. Eine Schar Frauen, von denen eine in der Hand eine weiße Fahne trug, auf welcher die Worte „pan y trabajo“ (Brot und Arbeit) standen, begaben sich zum Bürger-meister und verlangten dort Arbeit für ihre Männer und Söhne wie auch gleichzeitig die Herabsetzung des Preises für die Nahrungsmittel. Das Haus des Bürgermeisters wurde mit Steinen be-worfen, Fenster zertrümmert u. Die Polizei schritt ein. Mehrere Personen wurden verwundet. Zwei Personen starben bereits auf dem Wege nach dem Cassa de socorro (Unfallstation). Die Er-bitterung ist sehr groß.

Der „Imparcial“ schreibt: „Die traurigen Ereignisse in der Hauptstadt Alt-Castiliens sind von großer Bedeutung. Wie ist es möglich, daß auch hier wieder Brot fluchen muß! Denn der Grund dieses Aufstandes ist in Wirklichkeit Hunger, Not und die trostlose Lage der Arbeiter, bei denen in der That das Nötigste zum Leben fehlt. . . Die Geschwister dort konnten wohl niemand in Erstaunen setzen, da wie in verschiedenen Gegenden Spaniens und besonders im edlen Castilien, dem Herzen des Vater-landes, geizen haben, wie das Elend immer mehr und mehr gärt. Die Gärung hat nun die Explosion verriacht.“

In Valladolid giebt es mehr als 300 Tagelöhner ohne Ver-schäftigung und mehr als 4000 im übrigen Teil dieser Provinz.

Früher wurden aus Spanien nur ausgewählte Produkte ver-fandt, während heute alles bis auf die Kartoffel den Weg über die Grenze findet. Die Teuerung ist ungläublich und macht das Leben des Volkes beinahe unmöglich. Wenn auch vor dem Rathause 9000 Brote verteilt worden sind, so ist das keine Hilfe. Senor Alba kennzeichnet mit einem Satze die ganze Lage des Elends: „Es ist nicht, daß das Brot teuer ist, denn es 30 Centimos kostet, es ist daß der Arbeiter wie Tagelöhner keine Beschäftigung, keine Arbeit während des ganzen Winters hat und somit auch nicht die 30 Centimos um Brot zu kaufen.“ Dieses ist das ganze Problem.“

Wer die wirklichen Zustände der arbeitenden Klasse in Spanien kennt, kann sich nur der Ansicht des spanischen Volkes anschließen. —

England.

Beseinerung der Bodenwerte.

London, 12. März. (Fig. Ver.) Das Unterhaus nahm gestern in zweiter Lesung eine Vorlage an, die als die Einleitung zu einer Reform der Bodenbesteuerung gelten darf. Die Vorlage wurde von den Liberalen eingebracht und bezieht sich auf unbenutzten städtischen Grund und Boden, der bis jetzt nur einer ganz minimalen Steuer unterworfen war. Städtische Grundbesitzer ließen zuweilen ihren Boden ungebaut, um auf hohe Verkaufspreise zu spekulieren. Infolge des Anwachsenden der städtischen Bevölkerung wuchs der Wert des Bodens von Jahr zu Jahr, aber die Besteuerung blieb die alte, da die Steuerbehörden keine Befugnis hatten, den Boden neu einzuschätzen. Die gestern in zweiter Lesung angenommene Bill giebt ihnen diese Befugnis und bestimmt gleichzeitig, daß der Jahreswert des Bodens auf 3 Proz. des jeweiligen Verkaufspreises einzuschätzen und dem-gemäß zu besteuern sei. Diese Reform wird ohne Zweifel den Bau von neuen Häusern fördern und die Wohnungsnot mildern. Andererseits wird befürchtet, daß die Bauunternehmer nunmehr den Raum besser ausnützen und den Bewohnern nicht so viel Licht und Luft lassen werden, wie sie jetzt in englischen Häusern genießen. Diese Befürchtung wird zwar von den Reformern geteilt, sie meinen indes, daß gute städtische Bauordnungen derartigen Uebeln vorbeugen könnten. —

Die Erfolge der preussischen An siedlungspolitik in den Ostmarken.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Posen wurde der Verleumdungsprozess gegen den Chefredakteur der „Posener Ztg.“, Hans Schäd, den Chefredakteur des „Gomiel Wlostopolski“, Johann v. Poleski, den Chefredakteur des „Kurier Posenanski“, Cezlans Desperaki gestern zu Ende geführt. Die erste Verhandlung fand am 8. März statt und wurde, wie wir zur Zeit mitteilen, verlagert. Wie noch erinnernlich sein dürfte, waren seiner Zeit dem Verleger mehrerer polnischer Zeitungen, u. a. auch der „Praca“, dem früheren Gütergutsbesitzer Wiedermann und dessen Chefredakteur v. Ra-kowski während ihrer Haftzeit im Centralgefängnis zu Bronie verschiedene unzulässige Vergünstigungen zu teil geworden, die in einem kürzlich verhandelten Verleumdungsprozess zu der Verurteilung der schuldigen Beamten geführt haben. Diese Vorurteile ver-anlaßten den Hauptangeklagten Chefredakteur Schäd zur Veröffent-lichung eines Leitartikels in der „Posener Ztg.“, in dem die Be-hauptung aufgestellt wurde, daß die Liebesdienste vor dem Polen-führer Wiedermann seitens königlicher Beamten in Bronie nur eine Teilerscheinung eines allgemeinen Wettstreits der Beamten in der deutschen Ostmark vor dem Großpolentum sei.

Die mitangeklagten polnischen Redakteure hatten den Artikel in ihre Blätter übernommen.

Der Strafanzug war von dem Oberpräsidenten der Provinz Posen, dem Provinzial-Schulkollegium, der Provinzial-Steuer-direktion, dem Präsidenten der Ansiedlungskommission, der Eisen-bahn-direktion, dem Regierungspräsidenten, den Beamten des Ober-präsidentiums und dem Polizeipräsidenten für Posen gestellt.

Ueber den Ausgang des Prozesses wird aus Posen gemeldet: Die heilige Strafkammer des Landgerichts verurteilte heute den Chefredakteur der „Posener Ztg.“, Schäd, wegen Ver-leidung von Beamten, begangen in einem Artikel, den „Holl Wiedermann“ betreffend, zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Zwei mitangeklagte Redakteure polnischer Zeitungen wurden wegen Abdrucks des Artikels zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gerichts-Zeitung.

Schwesterlyse vor Gericht. In Hamburg begann Montag der Prozess gegen den Redakteur Karl Cleemann aus Köslin, den früheren Rechtsanwalt Dr. August Noosen aus München, den Schrift-steller Karl Lembke aus Berlin und den Fabrikanten Chemiker Dr. Sandow aus Hamburg. Der Prozess ist eine Folge der im Jahre 1902 in Berlin erschienenen Broschüren: „Widwenopfer, die Schwesterlyse an Männern“, eine Anklageschrift und ein Mahn-wort an Eltern und Erzieher“, und „Unter dem Deckmantel der Barmherzigkeit“, deren Erscheinen seiner Zeit einen Sturm der Entrüstung hervorrief, und in denen vor allem die Leiter der Hamburger Staats-Krankenanstalten Professor Dr. Venharg und Dr. Deneke, sowie die Schwestern des Schwesternvereins für die Hamburger Staats-Krankenanstalten auf das schärfste angegriffen

wurden und zwar beide Teile in Bezug auf ihre angeblich höchst lagen Anschauungen betreffs Sittlichkeit und Schamhaftigkeit. Es war behauptet worden, daß auf der Männerstation manchmal ganz junge Lehrschwestern von kaum 18 Jahren die für ihr Alter ungeeigneten Verrichtungen an nackten männlichen Kranken vornehmen mächten. Als nun die Ausschussmitglieder von den leitenden Ärzten in den Anstalten umhergeführt wurden, stellte es sich heraus, daß merkwürdigerweise die Verteilung der Schwestern auf die Männer- und Frauenabteilung am Tage der Unterzuchung so glänzlich war, daß sich ein Mitglied der Kommission zu dem aller-seits beifällig aufgenommenen Ausspruch berechtigt fühlen durfte: „die Sache sei für ihn entschieden; das reife Alter in Verbindung mit dem Mangel an Reizen der Schwestern auf den Männer-stationen lasse die Gefahr unfittlicher Gedanken als absurd er-scheinen“. In diesen Sätzen sollte die Behauptung liegen, daß die Unterzuchungskommission absichtlich getäuscht sei, indem für den Tag ihres Erscheinens eine von der sonst üblichen Art der Ver-wendung der Schwestern abweichende Verteilung derselben auf die Krankenstationen vorgenommen sei, durch die bewirkt sei, daß auf den Männerstationen nur solche Schwestern angetroffen seien, für welche nach ihrem Alter und ihrem äußeren eine sittliche Gefahr aus Anlaß der Behandlung männlicher Kranken völlig ausgeschlossen erschienen sei. Alle fünf Angeklagten hatten sich wegen der in den Broschüren beziehungsweise dem Zeitungsaufstellungen aufgestellten Behauptungen bereits im Juni vorigen Jahres vor Gericht zu ver-antworten, und es erfolgte damals nach kurzer Verhandlung ihre Verurteilung zu kleinen Geld- beziehungsweise Haftstrafen. Das ergangene Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht auf-gehoben, da eine Beweisaufnahme über die in den Broschüren aufgestellten Behauptungen nicht stattgefunden hatte. Nachdem dieser nunmehr in ausgedehntem Maße Raum gegeben worden ist, nahm die Verhandlung gestern unter großem Andränge des Publikums ihren Anfang.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragten die Verteidiger die Verweisung der Sache an das Berliner Gericht, da die Broschüren in Berlin erschienen seien. Vor Eintritt beantragten jedoch Rechtsanwält Dr. Goldfeld und der Angeklagte Dr. Noosen die Ab-leitung des vorliegenden Richters Dr. v. Bergen sowie der be-istigenden Richter Dr. Frommheim und Dr. Hasstedt wegen Befugnis der Befangenheit. Die Genannten waren Teilnehmer der vorigen Verhandlung. Dr. Noosen bemerkte zu seinem Antrage, er nehme an, daß eine Parteistellung eintreten könne. Das Gericht ver-warf nach circa anderthalbstündiger Beratung das Ablehnungsgesuch. Darauf wird unter Vorsitz des Landrichters Dr. v. Bergen um 4 Uhr nachmittags in die Verhandlung eingetreten. In dem Eröffnungs-beschluß wird den Angeklagten zur Last gelegt, daß sie am 6. Februar 1902 in den genannten Broschüren nicht erweislich wahre Thatsachen behauptet hätten, die geeignet waren, die Einrichtungen in den Hamburger Krankenhäusern verächtlich zu machen und in der öffent-lichen Meinung herabzusetzen. Zunächst wird der Angeklagte Re-dakteur Cleemann aus Berlin vernommen, der von dem Manuskript nicht eher Kenntnis gehabt haben will, als bis es in Korrektur war. Der Angeklagte behauptet, daß er an der Abfassung der inkriminierten Broschüren unbeteiligt gewesen sei. — Angeklagter Schriftsteller Lembke-Berlin bekennt sich nicht als Verfasser; er will der Broschüre fernstehen, habe aber gegen eine Entschädigung seinen Namen dazu hergegeben. — Angeklagter Dr. Sandow-Gamburg giebt an, daß er die in der Broschüre ge-schuldeten Fälle von Gewährsleuten gehört hätte und darauf mehrere Annoncen in auswärtigen Zeitungen erlassen hätte, in denen er einen Bearbeiter des Materials suchte. Er sei überzeugt gewesen, daß die Verhältnisse unbedingt einer Remedur bedürften, und habe sich im Interesse der guten Sache mit der An-gelegenheit befaßt. Auf seine Kosten habe er eine Broschüre drucken lassen, ohne daß er je die Absicht hatte, jemand zu beleidigen. Die ganze Sache habe ihm über 20000 M. gekostet. Der Angeklagte Dr. Noosen schildert die Verbindung, in der er mit Dr. Sandow stand, die Vorarbeiten und die Herausgabe der Broschüren.

Hierauf wird die Verhandlung bis Dienstag vertagt, wo in die Beweisaufnahme eingetreten werden wird.

Versammlungen.

Ueber den Heimarbeiterschutz-Kongress

erstellten die Delegierten Ottilie Baader und Klara Zetkin Bericht in einer öffentlichen Versammlung, die am Montag in den Arminhallen tagte. — Fräulein Baader teilte Einzelheiten aus den Verhandlungen des Kongresses mit, sie fügte dem noch einige von ihr selbst beobachtete Fälle hausindustriellen Elends im Reiningen Oberland hinzu und betonte, daß es dringend notwendig ist, die Heimarbeit durch gesetzliche Maßnahmen vor der trassierten Aus-beutung zu schützen. — Klara Zetkin führte unter anderem an: Der Kongress habe das längst bekannte Elend der Heimarbeit be-leuchtet. Wenn seitdem nichts getan wurde, um die furchtbaren Mißstände, welche die Heimarbeit im Gefolge hat, zu bekämpfen, so liege das nur daran, daß es denen, welche die Macht haben, dem Uebel zu steuern, an gutem Willen fehlt. Wir würden es mit Freude begrüßen, wenn die Heimarbeit in der heutigen Gesellschaft beseitigt werden könnte. Aber die kapitalistische Gesellschaft, die ja nur vom Profit lebt, sei unfähig, eine zurückgebliebene Vertriebsform durch eine höhere, die weniger Profit verspricht, zu ersetzen. — Auf dem Kongress seien die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialisten darin einig gewesen, daß alle Maßnahmen, die zum Schutz der Heimarbeit ergriffen werden, darauf hinauslaufen müssen, daß die Heimarbeit für den Unternehmer nicht mehr profitabler ist, wie die Fabrikarbeit, und daß so die Heimarbeit beseitigt werde. Eine andre auf dem Kongress vertretene Richtung habe die Beibehaltung der Heimarbeit befürwortet, um den Frauen Gelegenheit zu geben, neben der häuslichen Arbeit erwerbsfähig zu sein, und um auch schwächlichen Personen, Halbinvaliden usw. ein Arbeitsfeld zu sichern. Der erste Gesichtspunkt, die Rücksicht auf die Frauen, sei deshalb hinsichtlich, weil die Heimarbeit durch überlange Arbeits-zeit, Ausbeutung der Kinder usw. das Familienleben in höherem Maße zerstöre wie die Fabrikarbeit. Was die Rücksicht auf Krüppel und Halbinvaliden betrifft, so sei es verwerflich, diese der kapitalisti-schen Ausbeutung zu überliefern. Möge die kapitalistische Gesellschaft dafür sorgen, daß ihre Opfer in anderer Weise versorgt werden. — Mit Unrecht habe Professor Sombart es als eine neue und be-deutende Erscheinung betrachtet, daß auf dem Kongress verschiedene soziale Richtungen tagten. Schon der Züricher Kongress habe ver-schiedene Richtungen vereinigt. Wenn jetzt sozialdemokratische Arbeiter bürgerliche Sozialreformer zur Teilnahme am Kongress ein-laden, so haben die Sozialdemokraten ihre grundsätzliche Stellung dadurch nicht im mindesten geändert. Sie haben die bürgerlichen Sozialreformer eingeladen als Mitarbeiter, aber nicht als Führende, und noch viel weniger als Verfänger, die die Arbeiter von dem Boden ablenken, den sie infolge ihres Klassenbewußtseins einnehmen. — Tiefgehende Gegenseite in der grundsätzlichen Auffassung über den Gegenstand der Verhandlungen habe der Kongress nicht ergeben. Um so mehr sei es zu verurteilen, daß Professor Sombart die Ge-schmacklosigkeit beging, von den Radikalen mit dem vierfachen A zu reden. Diese Bemerkung sei nicht nur geschmacklos, sondern auch sachlich unbegründet gewesen. — Wenn wir nun nach dem greifbaren Resultat des Kongresses fragen, so laute die Antwort: Von den ge-sehgebenden Gewalten werden wir für den Heimarbeiterschutz eben-so wenig zu erwarten haben wie bisher. Es sei nicht zu bedauern, daß kein Regierungsvertreter auf dem Kongress anwesend war. Dadurch seien denen, die von dem Wohlwollen und der Einsicht der Herrschenden etwas Besondere erwarten, die Augen geöffnet worden. — Das praktische Resultat, welches der Kongress geliefert habe, sei seine auf-rüttelnde Wirkung auf die Arbeiter selbst. Das gewerkschaftlich organisierte Proletariat werde für den Schutz der Heimarbeit ein-treten und so werde durch einen Druck von unten auf die Gesetzgebung eingewirkt werden. Das gewerkschaftlich organisierte Prole-tariat werde auch dadurch in den Kampf gegen die Heimarbeit ge-trrieben, weil diese die Lage der Fabrikarbeiter drückt. Der Kongress

habe auch gezeigt, daß die Heimarbeit infolge ihrer äußeren Ge-brüchten Verhältnisse unfähig seien, am Befreiungskampfe des Prole-tariats teilzunehmen. Es gelte, diese dumpe und stumpfe Masse aufzurütteln, zunächst zur Empörung gegen ihr Elendlos, um sie dann zu bewußten Kämpfern für unsere Ideen zu erziehen. — Hin-sichtlich dessen, was der Kongress festgestellt hat, könne er als ein Prüfling für unsere programmatische Auffassung gelten. Die auf dem Kongress vorgebrachten Thatsachen haben die Verleumdungstheorie, wie sie Marx aufgestellt hat, in vollem Umfange bestätigt. Es sei bewiesen, daß große Schichten des Proletariats infolge der kapitalisti-schen Entwicklung der fortschreitenden Verleumdung anheimfallen. So sei durch die Arbeiten Stillards festgestellt, daß die Verhältnisse der Heimarbeit in Thüringen heute noch viel schlechter sind wie vor 20 Jahren, als sie durch die bekannten Schriften Sachs beleuchtet wurden. — Für den Kampf gegen das Heimarbeiters-Elend können wir unsere Hoffnung auf das klassenbewußte Proletariat setzen, aber nicht auf die bürgerlichen Sozialreformer, die übrigens nur ganz wenig aus dem bürgerlichen Lager hinter sich haben. Das Bewußtsein der Herrschenden wird nicht geändert durch die Arbeit der Sozialreformer, auch nicht dadurch, daß man ihnen das Elend der Heimarbeit vor Augen führt. Vergleichen vergehen diese Leute sehr bald. Wenn wir auch den guten Willen der bürgerlichen Social-reformer anerkennen, unsere Lösung muß sein, von dem festen Boden unserer sozialdemokratischen Ueberzeugung aus die Heimarbeit mit aller Kraft zu bekämpfen.

Die Ausführungen sowohl der Genossin Baader wie der Ge-nossin Zetkin wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion trug eine Rednerin Einzelheiten aus der Berliner Konfektionsindustrie vor, um zu zeigen, daß die Unternehmer sogar die Krankenlöhne-Beiträge auf den Stücklohn der Heimarbeit ab-wälzen, indem sie den Lohn entsprechend kürzen. Im Anschluß daran führte Frau Bengels aus, daß die Ausdehnung der Alters- und Invaliditätsversicherung auf die Heimarbeit eine dringende Notwendigkeit ist.

Eine öffentliche Tagesversammlung, einberufen vom Vertreter des Vereins der Kleber, fand am Dienstag bei Feuerstein statt. Sie war dazu bestimmt, zwischen den Mitgliedern des Vereins und denen des Zentralverbandes eine Aussprache über die Organisationsform herbeizuführen. Dem Verband war jedoch niemand erschienen, weil, wie der Einberufer Strasser mitteilte, die Verbandsleitung durch die Vertrauensleute die Mitglieder hatte auffordern lassen, die Ver-sammlung nicht zu besuchen. Der angeklagte Referent Fritz Kater konnte wegen Krankheit nicht erscheinen, an seiner Stelle sprach Kleinlein über die Frage: Warum muß die Gewerkschaftsbewegung sozialistisch sein? Der Redner verurteilte die politische Neutralität der Zentralverbände und erklärte unter anderem, daß eine Arbeiterorganisation, die nicht Politik treibe, eigentlich gar kein Recht habe zu bestehen, nannte jedoch andererseits die parla-mentarische Arbeit Kluderei, die die Leiden der Arbeiterklasse ver-längere, und wies auf die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes hin. In der Diskussion wurde weiter darüber gellagt, daß sich so-wohl in der Gewerkschaftsbewegung als auch in der politischen eine große Laubheit geltend mache.

Eine öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehilfen tagte am Donnerstag in den Arminhallen. In seinem Bericht über die Thätigkeit der Fachkommission giebt Boesch seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Beschlüsse, die auf dem Fachkongress 1900 gefaßt sind, von seinen in Betracht kommenden Vereinen außer dem Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen gehalten worden sind. Das Bestreben der Fachkommission ging dahin, die privaten Stellensvermittler zu bekämpfen durch Einführung des lohn-losen Arbeitsnachweises, jedoch steht heute der Stellenwucher beim Genfer Verband wie beim Deutschen Kellnerbund in schönster Blüte. Auch auf dem Gebiete der Arbeiterschuh-bestrebungen kann man von diesen beiden genannten Vereinigungen nichts erwarten, denn die Mitglieder dieser „Aushilfsvereine“ sind zum großen Teile Gastwirte, welche die Bundesrats-Verordnung betreffend die Ruhepausen im Gastwirtsgerwerde mit allen Mitteln bekämpfen. Unter diesen Umständen kann von einem einheitlichen Zusammenarbeiten keine Rede sein, und empfiehlt Redner die An-nahme folgender Resolution:

„Die heute, am 10. März 1904, in den Arminhallen tagende allgemeine Versammlung der Gastwirtsgehilfen Berlins erklärt: Die vom allgemeinen Fachkongress beschlossene, unter Be-teiligung der in Berlin vertretenen Gehilfenverbände und Lokal-vereine ins Leben gerufene Fachkommission ist aufzulösen und zwar aus folgenden Gründen: Eine erschlaffte Thätigkeit vermag eine solche, aus Vertretern der verschiedensten Richtungen zusammengesetzte Körperschaft nur dann und nur so lange auszuüben, als sie das volle Vertrauen aller ihr angeschlossenen Verbände besitzt. Diese unerläß-liche Vorbedingung allen gemeinsamen Handelns ist durch die fort-geschrittenen Angriffe und Verdrängungen einiger Fachblätter, wie „Hotel Revue“ und „Verband“ und der Verwicklungen verschiedener Gehilfenverbände zerstört worden. Noch mehr ist das einheitliche Vorgehen gebremst durch den Umstand, daß die oben bezeichneten Gehilfenvereinigungen, namentlich der „Deutsche Kellner-bund“ und „Genfer Verband“, die Kongressbeschlüsse nicht zur Durchführung bringen bezw. nicht ausrecht erhalten. Bei dem gegenwärtig herrschenden Wirrtum und den verheerenden Tendenzen der oben bezeichneten Organe ist vorläufig an eine gemeinsame Weiter-arbeit nicht zu denken und muß es daher den einzelnen Verbänden überlassen bleiben, selbständig vorzugehen.“

In der Diskussion regt Bolter an, eine Agitationskommission zu wählen, um nicht ganz die Fühlung mit den einzelnen Vereinen zu verlieren. Dem gegenüber erklärt Ströhlinger als Ver-treter des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, daß hieron absolut keine Rede sein kann, da der Verband nicht gewillt ist, sich in seinen Verleumdungen, auch den Angestellten im Gastwirtsgerwerde ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, hemmen zu lassen. Darauf wurde die eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag, den Klassenbestand der Fachkommission dem General-fonds des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen zu überweisen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Selbstmord des Generals v. Alten. Wiesbaden, 15. März. (B. G.) General Viktor von Alten ist den Verletzungen, welche er sich gestern durch einen Schuß in den Kopf beigebracht hat, erlegen.

Nicht zurechnungsfähig. Barmen, 15. März. (B. G.) Postdirektor Weder vom Unter-Barmen Postamt, der wegen Unterschlagung und Uchmendenfälschung verhaftet wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nach Feststellung des Gerichtsarztes ist Weder nicht zurechnungsfähig ge-wesen.

Köln, 15. März. (B. G.) Bankier Horn, welcher vorige Woche auf Grund der Anmeldung der Zahlungsstocung inhaftiert, aber wieder freigelassen worden war, wurde heute abends abermals ver-haftet. Der Konkurs steht bevor.

Mudostadt, 15. März. (B. G.) Die Schwarzburg-Rudolstadtische Regierung hat wie die meisten thüringischen Bundesstaaten im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ge-stimmt.

Budapest, 15. März. (B. Z. B.) Gelegentlich der März-festier kam es am Nachmittage zu Ausschreitungen. Ausländische Schneider-, Schlosser- und Schustergehilfen zertrümmerten, vom Bedürf-Denkmal herziehend, am Elisabethring die Fenster und Auslagen einiger nicht besagten Häuser mit Steinen. Auch auf der Kerepesystraße wurden einige Schaufenster eingeschlagen. Vor dem Volkstheater entfaltete der Anführer der Demonstration eine rote Fahne. Als auf dieses Zeichen hin am Elisabethring die Auslage eines Bankgeschäfts geküßert wurde, schritt die Polizei energisch ein und nahm 20 Verhaftungen vor. Abends um 6 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt.

Reichstag.

58. Sitzung. Dienstag, 15. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem. Die zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats (Militär-Etat) wird beim Kapitel „Pferdebeschaffung“ fortgesetzt. Dazu liegt folgende Resolution Rogalla v. Wiberstein (L.) vor: Den Reichskanzler zu ersuchen, derselbe wolle erneut in Erwägung ziehen, ob sich nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der äußeren in Frage gestellten Fucht von geeigneten Remontepferden eine Erhöhung der Remonte-Ankaufpreise empfiehlt.

Abg. Rogalla v. Wiberstein (L.) begründet die Interpellation. Die Pferdezahl in Ostpreußen wird hauptsächlich für die Remonte betrieben und das ostpreussische Pferd ist das beste Kavalleriepferd der Welt. Grob- und Kleingrubbesitz sind an der Pferdezahl in gleichem Maße interessiert. Deshalb entbehrt die Frage auch jeden parteipolitischen Charakters; auch der Abg. Braesche ist für eine rasche und ausreichende Erhöhung des Ankaufspreises eingetreten. Erfolgt diese nicht, so wird die Landwirtschaft sich gänzlich von der Pferdezahl abwenden, die Heeresverwaltung wird in Deutschland nicht mehr genügend Pferdmaterial kaufen können und die Staatskasse den Schaden davon haben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Treuenfels (L.): Also noch einer, der höhere Preise für Remontepferde verlangt, werden die Herren der Linken sagen. (Heiterkeit.) Ich stehe vollkommen auf dem Boden der Resolution. Bedauerlich ist, daß der Reichstag in unangebrachtem Vertrauen auf den Bundesrat im Jollart nicht die Bindung der Viehzölle angenommen hat. Die Folge ist, daß die heimische Pferdezahl unter der Konkurrenz minderwertiger ausländischer Pferde schwer leidet. (Sehr richtig! rechts.) Eine ganz unglaubliche Maßregel ist es, daß die Heeresverwaltung für den Heros-Aufstand Pferde aus Argentinien beschafft hat. Sogar das „Berliner Tageblatt“, das doch sicher die Interessen des internationalen Handelsverkehrs vertritt, hält sich über diese unangebrachte „Sparmaßnahme“ auf. Bei dem Krieg in Ostasien ist der Transport einheimischer Pferde nach dem Kriegsausbruch sehr gut von Statten gegangen. Es kam sogar ein Pferd mehr an, als in Deutschland eingeschifft wurde. (Große Heiterkeit.) Ich bedaure, daß Herr Bachnick nicht anwesend ist. Dieser Herr hat bei der letzten Wahltagung den Bauern gesagt: „Ja, zu Euch kommen die Offiziere nicht Pferde kaufen, die gehen nach den großen Gütern, da wird ja auch gut gefrühstückt.“ Wenn die deutschen Offiziere so weit wären, daß sie einem guten Weiten nachließen, dann wären wir allerdings bei den „Erfüllungen“ des Grafen Knudsen angelangt. Wenn es sich nicht um ein Mitglied dieses Hauses handelte, würde ich einen solchen Ausspruch als eine gewissenlose Verhöhnung des kleinen Grundbesitzes gegen den Großgrundbesitz bezeichnen.

Präsident Graf Ballestrem: Selbst in der Umschreibung (Heiterkeit) ist eine solche Äußerung in Bezug auf ein Mitglied dieses Hauses nicht zulässig.

Abg. v. Treuenfels (fortfahrend): Selbst von dem freisinnigen Stande des betreffenden Wahlkreises wurde diese Äußerung, die sich gegen einen Verwandten von mir richtete, als unbegründet zurückgewiesen. Ich bedaure es tief, daß ein Mitglied einer Ordnungspartei eine derartige Agitation treibt. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Kanitz (L.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Generalmajor Sigt v. Armin: Die Militärverwaltung steht den Anregungen der Vorredner sympathisch gegenüber. Das argentinische Gebirgspferd ist seiner Zeit für Afrika angenommen auf Grund militärischer Sachverständiger, die die Verhältnisse genau kennen. Neuerdings werden auch in Afrika Versuche mit deutschen Pferden gemacht.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich bedaure, daß Herr v. Treuenfels, trotzdem mein Freund Dr. Bachnick durch schwere Krankheit von den Verhandlungen des Hauses ferngehalten wird, den Moment für gekommen erachtet hat, einen so schweren Angriff gegen ihn zu richten. Jeder den Fall selbst bin ich auch nicht orientiert. Es ist aber jedem, der im Wahlkampf gestanden hat, bekannt, daß solche Äußerungen von den Zeitungen auch der eigenen Partei oft ganz entsetzt wiedergegeben werden. Herr Bachnick wird hoffentlich bei der dritten Lesung in der Lage sein, selbst die Sache klar zu stellen. — Die Herren der Rechten möchte ich doch ersuchen, nicht immer bei allen möglichen Gelegenheiten, wo der Zusammenhang nur ein ganz loser ist, die Fragen der Jollpolitik zu berühren. Wir haben bisher mit Rücksicht auf die Geschäfte des Hauses auf diese Provokationen nicht geantwortet, aber die Herren müssen unsere Geduld nicht überschätzen. Mit der Erhöhung der Remontepreise hat die Jollpolitik jedenfalls nichts zu tun. Wir haben eventuell gar nichts dagegen, daß die Militärverwaltung die Preise für Remonten erhöht, bei der Einfuhr von Pferden aber, die wir im Interesse der Landwirtschaft und Industrie für notwendig halten, handelt es sich um Skaltblüter, während die Heeresverwaltung bekanntlich Warmblüter braucht. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dahlem (C.) ist mit einer Erhöhung der Remontepreise einverstanden, wünscht aber, daß Etatsüberschreitungen dabei vermieden werden.

Abg. Dr. Ballau (natl.) spricht sich für die Resolution des Abg. Rogalla v. Wiberstein aus.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich hätte nicht erwartet, daß uns von der Linken der Vorwurf gemacht würde, daß wir die Etatsberatung verschleppen. Unsere Reden nahmen nur einen den zehnten Teil der Jolligen ein und unfertigen könnte die Etatsberatung längst beendet sein. (Sehr gut! rechts.) Die Frage der Remontepreise hängt sehr eng mit dem Jolltarife zusammen. Wenn der Abg. Gothein sich auch nur ganz oberflächlich mit den Verhandlungen der gesetzgebenden französischen Körperschaften bekannt gemacht hätte, so würde er wissen, daß dort mit 27 gegen 16 Stimmen der Pferdebesitz bedeutend erhöht worden ist, um im Mobilisationsfälle den Bedarf durch die eigene Produktion decken zu können. In Deutschland werden 120 000 Stück Pferde jährlich mehr ein- als ausgeführt, und dadurch mindestens 9 Millionen der einheimischen Produktion entzogen. (Sehr wahr! rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich will nur bemerken, daß von mir beurteilt wird, was zu einer Sache gehört und was nicht. Die Herren können zwar ihre Meinung darüber austauschen, aber was sie sagen, bleibt sans consequence. (Heiterkeit.)

Abg. Gothein (fr. Bg.): Die einzelnen Abgeordneten müssen doch darüber wachen, daß Dinge, die nur in losem Zusammenhange mit der Materie stehen, angesichts der Geschäftsfrage des Hauses nicht zur Sprache kommen. Nach den Erklärungen vom Regierungstische hat sich auch für die Zukunft keinerlei Gefahr gezeigt. Ich habe nichts dagegen, Vorsorge dafür zu treffen, daß der Bedarf an Pferden für den Kriegsfall gedeckt ist. Aber die Einfuhr nach Deutschland betrifft nur schwere Arbeitspferde, sie schadet der Qualität der Remontepferde nicht. Wenn es aber im Interesse der Landwirtschaft liegt, die schweren Pferde nicht übermäßig zu verteuern, haben wir keine Veranlassung, für einen hohen Pferdebesitz einzutreten. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Rogalla v. Wiberstein wird gegen die Stimmen der Rechten und der Rationalisten abgelehnt, das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel „Reisekosten und Tagelöhner“ wird folgende Resolution der Budgetkommission angenommen:

„Der Reichskanzler möge darauf hinarbeiten, daß denjenigen Eltern, welche zum Besuche eines bei der Truppe schwer erkrankten Sohnes in den Garnisonort desselben reisen, im Fall der Bedürftigkeit eine entsprechende Reisekosten-Vergütung oder Ermäßigung gewährt wird.“

Abg. v. Gersdorff (L.) bittet um höhere Reise-Ermäßigungen für die Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Er schlägt keine Rede mit den Worten: Ceterum censeo, daß die Handelsverträge gekündigt werden müssen. (Lebhafte Heiterkeit und große Unruhe links.)

Generalmajor Galkow: Mir sind Klagen von Angehörigen des Beurlaubtenstandes bisher nicht zugegangen.

Danach wird das Kapitel genehmigt. Beim Kapitel Militär-Erziehungs- und Bildungswesen wünscht

Abg. Semler (natl.) Einrichtung von Bibliotheken für Offiziere. Abg. Graf Carmer (L.) bittet den Minister um Gleichstellung aller Elementarlehrer in Militärschulen.

Abg. Gidhoff (fr. Bg.) begründet einen Antrag, wonach im Etat für 1905 die seminarisch gebildeten Lehrer an den Unteroffizierschulen, den Unteroffizier-Vorkursen und dem Militär-Anabener-Erziehungsinstitut, den seminarisch gebildeten Lehrern an den Kadettenanstalten bezüglich ihrer Verbelegung gleichgestellt werden sollen. — Es ist bedauerlich, daß die Militärverwaltung diesen alten Wunsch des Reichstags, der nur 21 400 M. Kosten verursachen würde, noch immer nicht verwirklicht hat. Diese Lehrer kommen jetzt durchschnittlich erst mit 32 Jahren zur definitiven Anstellung. Ich hoffe, daß der Reichstag auch in diesem Jahre die Resolution einstimmig annehmen wird. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Scheinrat Neumann sagt wohlwollende Prüfung zu.

Die Resolution Gidhoff wird einstimmig angenommen, ebenso der Titel nach den Kommissionsbeschläffen.

Bei Titel 52 (Militär-Veterinärwesen) stellt

Abg. Arendt (Sp.) eine Äußerung, die er in der Kommission gethan habe, richtig. Er habe nichts gegen die Tierärzte gesagt, sondern sich nur gegen den Ausdruck „Veterinar“ gewandt. Niemand wisse, was das bedeute, die einen hielten es für einen mittelhochdeutschen Ausdruck im Sinne von „Abdecker“ (Große Heiterkeit), die anderen für prälatinisch, gleichbedeutend mit Stallknecht. (Wiederholte Heiterkeit.) Wie schön klingt Militär-Veterinar-Apirant! (Heiterkeit.) — Redner polemisiert auch gegen die Forderung des Naturwissenschaftlers (Guruf: Reisezeugnis! — Große Heiterkeit) für das tierärztliche Studium.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.): Wenn man nicht die Examina für Juristen, Mediziner usw. abschafft, kann man sie auch für die Veterinarstudierenden nicht abschaffen. Für diese ist eine höhere Vorbildung dringend notwendig, darum fordern wir als Voraussetzung ihres Studiums die Reifeprüfung. (Bravo! links.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Artillerie- und Waffenwesen.

Abg. Dr. Becker (C.) wünscht stärkere Heranziehung des Militärfiskus zu den Kommunalverwaltungen.

Scheinrat Zwele erklärt, die Reichs-Finanzverwaltung sei fortgesetzt bemüht, die Frage der Besteuerung des Militärfiskus im Sinne der Gemeinden zu regeln.

Abg. Gidhoff (fr. Bg.) bittet die Militärverwaltung, der Privatindustrie, besonders Waffenfabriken in Solingen, fortdauernde Aufträge für Lieferung von Waffen usw. zu erteilen. Nur so ist es der Privatindustrie möglich, immer bessere maschinelle Einrichtungen zu treffen und sich einen festen Stamm geschulter Arbeiter zu ziehen. Besonders zu den Arbeiten, die mit der bevorstehenden Einführung des neuen Gewehrmodells zusammenhängen, sollten die Solinger Fabriken herangezogen werden.

Generalmajor Sigt v. Armin: Inwiefern die Solinger Fabriken im nächsten Jahre beschäftigt werden können, darüber kann ich kein bestimmtes Versprechen geben. Voraussichtlich werden aber die Solinger Fabriken im nächsten Jahre in größerem Umfange zu arbeiten herangezogen werden als in diesem Jahre.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Nicht nur die Solinger, auch die Sulzer Waffenfabriken haben Anspruch auf größere Staatsaufträge. Im Falle einer Mobilmachung müssen diese Fabriken ausschließlich im Interesse des Reiches arbeiten; dafür haben sie auch gewisse Rechte.

Zu Titel 21 wird debattelos eine Resolution der Kommission angenommen, wonach in den Lieferungsverträgen der Armee- und Marineverwaltung auf mögliche Einhaltung der Sonntagsruhe gebrungen werden soll.

Zu Titel 22 liegt ebenfalls eine Resolution der Kommission vor: „den Reichskanzler zu ersuchen, bei der preussischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltung darauf hinzuwirken, daß die Lohnsätze der bei diesen Heeresverwaltungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zurückbleiben hinter der üblichen Entlohnung der in gewerblichen bezw. landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Abg. Erzberger (C.) befürwortet die Resolution und wünscht eine einheitliche Statistik über die Arbeiterverhältnisse.

Generalmajor Sigt v. Armin: Nach dem uns vorliegenden Material sind die Löhne dieser Arbeiter nirgends unter den ortsüblichen Löhnen; an vielen Orten gehen sie sogar erheblich darüber hinaus.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Bg.): Das Krankenkassenwesen bei den in den Militärverwaltungen beschäftigten Arbeitern ist außerordentlich zersplittert. Die Arbeiter sind in den verschiedenen Betriebs-Krankenkassen, in Orts- und Gemeindefrankenkassen versichert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Heeresverwaltung dieser Zersplitterung ein Ende machen und für jedes Armeekorps eine Krankenkasse einrichten möchte. (Sehr richtig! links.)

Generalmajor Sigt v. Armin: Der Vorschlag des Herrn Vorredners ist und in mancher Beziehung sympathisch, aber die Schwierigkeiten der Ausführung sind doch nicht zu unterschätzen. Wenn wir für jeden Corpsbezirk eine gemeinsame Krankenkasse errichten wollen, müssen sich die bestehenden Krankenkassen auflösen und dazu werden die Generalverordnungen nicht immer so leicht zu bewegen sein. Wir werden aber die Anregung in wohlwollender Erwägung ziehen. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie“ erhält das Wort

Abg. Paul-Potdam (L.) (mit Ausrufen: Ah! Ah! empfangen): Es ist schon spät, aber meine Rede muß doch einige Zeit dauern. (Aufe: Ah! Ah!) Die Spandauer Militärwerkstätten sind sehr wichtig. Eine ganze Reihe von Wünschen sind mir wieder seitens der dortigen Beamten und Arbeiter zugegangen. Hier ist das Palast. Ich fange von oben an. (Aufe: Ah, ah) rechts und im Centrum.) Da sind die Oberbleichmacher und Bleichmacher. In Nr. 341a der „Staatsbürger-Zeitung“ sind deren Wünsche vollständig aufgeführt. Dann kommen die Waffenmeister-Antwörter.

Diese Leute müssen sehr lange auf ihre Anstellung warten. Wie weit sind die Entlohnungen des Kriegsministeriums über die Obermeister, Meister und Meistergehilfen gediehen? Die Verwaltungsschreiber haben eine Denkschrift eingereicht, die ich selbst dem Kriegsministerium überreicht habe. Diese Schreiber sind nicht pensionsberechtigt und können jeden Augenblick entlassen werden. Ihr Höchstgehalt erreichen sie erst nach 18jähriger Dienstzeit, d. h. mit 50 oder 55 Jahren. Diese Schreiber rekrutieren sich nämlich ausschließlich aus Militäranwärtern. Um so mehr sollte man sie als feste Beamte anstellen. Ich komme zu den Betriebschreibern, einer neuen Kategorie. Diese sind gewissermaßen Arbeiter; jede Stunde, die sie wegen Krankheit usw. fehlen, wird ihnen in Abzug gebracht. Ihre Arbeit aber bleibt liegen und sie müssen sie später nachmachen, sei es auch in Ueberstunden. Die Löhne dieser Betriebschreiber sind ja niedrig. In ihren Ansprüchen sind diese Leute sehr bescheiden, sie wollen nicht etatistiert, sondern nur mit

den Verwaltungsschreibern gleichgestellt werden. Auch die Kanzleischreiber, die ihre bescheidenen Wünsche in einer Petition niedergelegt haben, hoffen auf ein Entgegenkommen der Militärverwaltung.

Die meisten Klagen sind mir aus den Kreisen der Arbeiter zugegangen. Niemand weiß, wie sieht es mit der neuen Lohnordnung? Soll sie bestehen bleiben? Ist sie nur ein Provisorium? Das fragen sich die Arbeiter ungeduldig. Unsicherheit hat um sich gegriffen! In Spandau sind Mieten, Lebensmittel, Kleidung teuer. Dort werden 200 Prozent Gemeindezuschlag zur Einkommenssteuer erhoben in diesem Jahre! Wie wird im nächsten Jahre sein? Das wissen wir noch nicht. Wenigstens ich weiß es noch nicht. Es giebt in Spandau Arbeiter, die jährlich 48 bis 50 Mark Steuer bezahlen. Das ist kolossal! Man hat die erste Klasse der Arbeiter in Löhne aufgebessert, die unteren Klassen aber nicht. Die Straßenschreiber bekommen von der Spandauer Kommune 50 Pfennig mehr Lohn als diese unteren Arbeiterklassen! Mit den niedrigen Löhnen dieser Klasse kann niemand seine Familie ernähren. Leider mußte im vorigen Jahre eine größere Zahl von Arbeitern wegen Mangels an Arbeit entlassen werden. Es ist die schärfste Sparmaßnahme, an Arbeiterlöhnen zu sparen. Die Wohnungen, die für die Arbeiter errichtet sind, sollte man nicht, wie es geschieht, mit Beamten besetzen. Ich komme nunmehr auf die Kantinenwirtschaft. (Aufe: Aufse rechts.) Ja, meine Herren, das muß alles nicht. (Heiterkeit.) Diese Kantinen sind nur während der Arbeitspausen geöffnet, zum mindesten mühten sie doch eine halbe Stunde vorher geöffnet werden. Während der Arbeit ist es den Arbeitern ja verboten, sich aus der Kantine Bier zu holen, die Folge wird aber nur sein, daß sie nun zur Schnapsflasche greifen, denn das Trinkwasser ist meist ungenießbar. — Redner wünscht schließlich eine Unterfütterung der Kommune Spandau aus Reichsmitteln, da die Militärverwaltungen zu den Kommunalabgaben nicht herangezogen werden könnten. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Außerdem Wahlsprüngen und Marine-Etat.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 15. März 1904, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung“.

Abg. Frhr. v. Jellih (L.) kommt auf die Konzessionsverlängerung an die Große Berliner Straßenbahn zurück. Die Regierung ist dabei durchaus korrekt verfahren; einer Zustimmung der Berliner Kommunalbehörde bedürfte es nicht. Die Staatsaufsichtsbehörden haben die Konzessionsdauer noch eigenem pflichtmäßigen Besinden zu bemessen.

Abg. Rosenow (fr. Bg.) bezeichnet diese Auffassung als unzutreffend und führt weiter Besagte darüber, daß der Höchst des früheren Polizeigefängnis am Polkenmarkt an einen Unternehmer zur Weitervermietung verpachtet habe, obgleich die Räume zu Wohnzwecken ganz ungeeignet seien. Insbesondere sei ein Teil der Räumlichkeiten an die Armendeputation zur Unterbringung von Armen weiter vermietet worden.

Minister Freiherr v. Hammerstein: Die Vermietung an sich betrifft nicht mein Ressort, sondern die Finanzverwaltung. Ich gebe aber zu, daß in dem betreffenden Gebäude, der alten Stadtvogtei, Arme in Wohnungen untergebracht worden sind, die nach Ansicht der Armendeputation zur Unterbringung selbst der ärmsten Leute nicht geeignet waren. Daraufhin sind Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen und baulichen Verhältnisse ergriffen worden.

Abg. Cassel (fr. Bg.) tritt der Auffassung des Herrn v. Jellih, die Regierung sei zu der Konzessionsverlängerung an die Große Berliner Straßenbahn berechtigt gewesen, entgegen. Die Rechtslage beweist unzweifelhaft das Gegenteil. Zwar war die Verlängerung der Konzession keine direkte Gesetzesverletzung, aber unter den gegebenen Verhältnissen lag es außerordentlich im Interesse der Stadtgemeinde, daß die Aufsichtsbehörde sie vorher angehört hätte, dann wäre seitens der Regierung die Konzessionsverlängerung wahrscheinlich nicht erfolgt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frhr. v. Jellih (fr.) polemisiert gegen diese Auffassung. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ wird

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) den Polizeibehörden in den polnischen Landesteilen vor, daß sie bei Hausdurchsungen und Beschlagnahmen in systematischer Weise die Bestimmungen der Strafprozess-Ordnung außer acht lassen. Redner führt eine Reihe von Einzelfällen an.

Minister Frhr. v. Hammerstein: In dem einen dieser Fälle ist eine Anzeige seitens der Polen erfolgt. Der Fall ist gerichtlich untersucht und es ist dahin entschieden, daß ein Hausfriedensbruch nicht vorliegt. Sondern daß die Polizei-Organen sich im Recht befunden haben. Prinzipiell stehe ich selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß die Polizei ebenso wie jeder Bürger das Gesetz zu beachten hat. Das Gesetz giebt aber, wenn Gefahr im Verzuge ist, der Polizei das Recht einer selbständigen Hausdurchsungen, und wenn sie davon Gebrauch macht, so ist es lediglich Sache des Gerichts, darüber zu entscheiden, ob Gefahr im Verzuge ist. Wir als Minister liegt es ob, die Polizeibeamten zu instruieren, daß sie die Gesetze zu befolgen haben, und diese Instruktionen erfolgen fortlaufend; namentlich über die schwierige Materie der Hausdurchsungen werden die Polizeiorgane fortlaufend instruiert.

Abg. Stachel (Pole): Die polnischen Polizeibeamten bedürfen einer Instruktion über die Gesetze umso mehr, als es meist wenig sorgfältig ausgebildete Elemente sind. Ein Distriktskommissar von A. in Polen behandelte die Polen, mit denen er im Bureau amtlich zu thun hatte, in verächtlicher Weise, spie ihnen ins Gesicht und legte sie vor die Thür, wenn sie nicht deutsch sprechen konnten. Dieser Beamte blieb jahrelang im Amte; er wurde erst entfernt, nachdem sein Verfahren vor Gericht gebrandmarkt worden war. Das ist typisch für das System der preussischen Polizeiwirtschaft! (Bravo! bei den Polen.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Ich muß die Angriffe auf unsere Beamten im Osten aufs schärfste zurückweisen. Unsere Polizeibeamten sind mit dem richtigen nationalen Geist, den ich von ihnen verlange, erfüllt und versehen nach Recht und Gesetz. Daß mal einer über die Stränge schlägt, ist selbstverständlich; das kommt überall vor, auch in der Weichheit und beim Militär. Aber solche Fälle sind nicht typisch, wie Herr Stachel sich zu sagen erlaubt, sondern eine Anomalie. Ich hätte erwartet, daß Abg. Stachel der Regierung seinen Dank für die Entfernung jenes Distriktskommissars ausgesprochen hätte; statt dessen beklagt er sich, daß der Beamte überhaupt da gewesen ist. Uebrigens ist die Sache schon über zwei Jahre her. Auf fremdliche Beschwerden der Polen werde ich stets höflich antworten; einem polnischen Abgeordneten, der mich freundlich grüßt, werde ich ebenso freundlich mit „Dziaw dobro!“ (Guten Tag!) antworten. (Große Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Beim Kapitel „Landgendarmarie“ tritt
Abg. Baensch-Schmid (ft.) für eine Besserstellung der Landgendarmarie ein. Auch müsse dem Denunziantenwesen gegen die Gendarmarie die Spitze abgebrochen werden.
Abg. v. Pappenheim (L.) schließt sich dem Vordredner an. Die Landgendarmarie sei ein um so wichtigerer Faktor zur Aufrechterhaltung der Ordnung, als heute die Bestrebungen des Umsturzes stärker als je sich geltend machten.
Die Sitzung wird auf abends 1/2 8 Uhr vertagt.
Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Dienstag die Etats der Schutzgebiete und von Kiautschou. Auf Anfrage versicherte der Staatssekretär des Marine-Amtes, alles gethan zu haben, um die Vorbildung der Kolonialbeamten zu verbessern. Das die Entwicklung von Kiautschou anlange, so habe man von allem Anfang an nicht auf erhebliche eigne Einnahmen rechnen können; immerhin habe sich der Handelsverkehr erheblich gehoben; am 18. Februar dieses Jahres sei der Hafen mit der ersten Kolo (Kohlenkolo) eröffnet worden. Der Ausbau des Hafens werde etwa noch drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen. Die Schantung-Gesellschaft melde über die Situation des Kohlenbergbaues sehr Günstiges. — Der Hauptteil des Etats wurde debattelos bewilligt. Bei dem Kapitel: Verwaltung und Dienstgebäude regte Abg. Müller-Fulda eine Verschmelzung der Verwaltung von Kiautschou und der Verwaltung der ostasiatischen Besatzungsbrigade an und fragte an, ob nicht die ganze ostasiatische Brigade auf die Marineverwaltung übernommen werden könne. Der Staatssekretär machte darauf aufmerksam, daß in der heutigen Form die ostasiatische Besatzungsbrigade einen Fremdkörper in der Marineverwaltung darstellen werde; wenn die Marine die Verwaltung übernehmen sollte, dann müßte die ganze Organisation geändert werden. Abg. Dr. Sadelum widersprach der Vereinigung, weil wir auf diese Weise zu einer dauernden Vermehrung der Streitkräfte in Ostasien kämen und das Expeditionscorps vollständig des Charakters des Vorübergehenden entsetzt werde. Abg. Richter tritt den Ausführungen des Vordredners bei und sagte, er würde am liebsten die ganze Kolonialverwaltung dem Marine-Amte unterstellen. Aber was das Expeditionscorps anlange, so müsse man dafür sorgen, daß es nicht zur dauernden Einrichtung werde. Abg. Müller-Fulda meinte, es sei gerade bei der Besonderheit der Expedition die Gefahr vorhanden, daß sie verewigt werde. Es werde dort verwaltet, als ob die Geschichte ewig dauern sollte; man habe eine große Bauverwaltung, baue Lazarett usw. Durch Vereinigung der Verwaltung mit Kiautschou werde die Zurückziehung erleichtert, nicht erschwert. Die Verwaltung des Expeditionscorps sei das eigentlich teure bei der Unternehmung. Man solle deshalb doch für den nächsten Etat eine Reduktion der finanziellen Belastung durch Vereinfachung der Verwaltung ins Auge fassen. Der Staatssekretär blieb bei seiner Meinung, daß eine Scheidung der Verwaltung und des Kommandos unangänglich sei. Wollte man die Vereinigung der Verwaltung mit der von Kiautschou, dann müßten die Truppen aus der Marine-Infanterie genommen werden. Es müsse auch das ganze Ertragsystem geändert werden. —

Beim Titel: Seeförderung und Unterricht befragte der Referent Abg. Dr. Paasche, daß — kein katholischer Pfarrer angefordert worden sei.

Bei den einmaligen Ausgaben wurden 3/4 Millionen Mark für Hafenbau gefordert; bisher sind schon 15 1/2 Millionen Mark ausgegeben worden, die Gesamtkosten werden ca. 26 Millionen Mark ausmachen. Im Interesse einer Beschleunigung des Baues trat die Referent für Bewilligung der Kote ein; die Kommission beschloß es.

Beim Titel 7: Schwimmbad bemängelte der Abg. Richter die Form der Statuierung, die keinen Ueberblick über die Höhe der verwendeten und noch zu verwendenden Summen gestatte. Der Staatssekretär entschuldigte die bisherige Gepflogenheit mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die sich aus der weiten Entfernung der Bauplätze von der Zentralverwaltung ergeben haben; für die Zukunft sollen die Etats nach den Wünschen der Kommission eingerichtet werden. Für den Erwerb eines Elektrizitätswerkes werden im Etat 220 000 M. gefordert. Abg. Dr. Sadelum bemängelt das Fehlen jeglicher Erläuterungen, so daß gar nicht zu erkennen ist, aus welchem Fonds bereits eine Anzahlung auf das Werk geleistet worden ist. Abg. Dr. Hermes beantragt, daß die von der Verwaltung gegebenen Aufklärungen dem Protokoll beigegeben werden. Abg. Richter schloß sich den Entwendungen gegen die Art der Statuierung an. Der Staatssekretär versprach Abhilfe.

Etat für Ostafrika. Zur Fortführung der Eisenbahn Tanga—Muhesa—Morogwe bis Rombo werden 1 800 000 Mark gefordert. Dieser Bahnbau hat früher Anlaß zu vielen Ueberforderungen gegeben; jetzt hat die Kolonialverwaltung einen Bauvertrag mit der Baugesellschaft Venz u. Co. in Berlin abgeschlossen, die die Bahn in 20 Monaten vom 21. September 1904 ab ausführen soll. Das Kilometer kommt ungefähr auf 74 000 Mark mit rollendem Material zu stehen. Der Referent Abg. Prinz Arenberg trat für die Bewilligung ein. Auf eine Frage des Abg. Richter bemerkte der Kolonialdirektor, daß dem Vertrage mit Venz u. Co. der ursprüngliche Kostenschlag der Regierung zu Grunde gelegt worden sei. Die Forderung wurde bewilligt.

Bei einer Forderung von 79 500 M. für den Kauf einer Pflanzung Kurank bei Dar-es-Salam führte Abg. Dr. Sadelum aus: Die Thatsache, daß die Kolonialverwaltung eine Pflanzung in bevorzugter Lage und reichlichen Quellwasser vier Jahre nach dem Verkauf zu demselben Preise wieder zurückkaufen könne, sei die bitterste Kritik an dem vielgerühmten „wirtschaftlichen Aufschwung“ der Kolonie. Abg. Staudy fand es sehr auffällig, daß ein zum Bau einer Wasserleitung notwendiges Terrain überhaupt verkauft worden wäre. Kolonialdirektor Dr. Stäbel suchte die Maßnahmen des Gouverneurs zu verteidigen. Abg. Dr. Paasche fand ebenfalls die Abwesenheit jeder Wersteinigerung für angeßlich sehr gut gelegenes Terrain auffällig und wenig ermutigend. Nach einer ziemlich ausgedehnten Debatte über südafrikanische Pflanzungen wurde die Forderung bewilligt. Für Hafenausbau in Dar-es-Salam werden 206 000 M. ausgelegt; mit 45 000 M. sollen Anbauversuche für Baumwolle gefördert werden.

Wahlprüfungs-Kommission. Am 15. März prüfte die Kommission die Wahl Hoeffels in 11. eifassisch-lothringischen Wahlkreis, Zabern. Hoeffel erhielt bei der Hauptwahl 7709 Stimmen, sein Gegenkandidat Lewit 7368. Ueber 300 Stimmen wurden für ungültig erklärt. Gegen die Wahl ist ein Protest eingereicht worden, der im allgemeinen behauptet, es sei eine unerhörte amtliche Wahlbeeinflussung zu Gunsten Hoeffels in allen Orten des Wahlkreises betrieben worden und spezialisiert das an einer Reihe bestimmt beschriebener Fälle. Flugblätter und Stimmzettel für Hoeffel seien im amtlichen Auftrage der Bürgermeister kurz vor der Wahl in allen Orten entweder durch Amts- (Polizei-)diener mit und ohne Dienstabzeichen oder durch Verwandte der Bürgermeister ausgetragen worden. In Ottersweiler ließ der Bürgermeister durch seinen Sohn die Stimmzettel usw. für Hoeffel austragen, er selbst sagte aber den Leuten: „Wir dürfen den Lewit nicht wählen“. In Weilingen trug der Bürgermeister sogar selbst die Stimmzettel für Hoeffel aus. Ein anderer Bürgermeister berief die Polizeibeamten zusammen und beeinflusste sie für die Wahl Hoeffels. Wieder ein anderer nahm die Stimmzettel für Lewit weg und zerriß sie. In Schweinheim besuchte der Kandidat Hoeffel eines Nachmittags den Bürgermeister, den Lehrer und andre. Eine Stunde später berief der Bürgermeister den Gemeinderat zusammen; dort mußte der Lehrer eine Rede für die Wahl Hoeffels halten, danach sagte der Bürgermeister: „Ich für meine Person wähle den Hoeffel“. Der Bürgermeister in Dettweiler behielt als Wahlvorstand einzelne von Wählern abgegebene Wahlcouverts mit Stim-

zettel zurück, bis die betreffenden Wähler das Wahllokal verlassen hatten. (Verstoß gegen § 15 des Wahlreglements, nach dem der Wahlvorsteher, den ihm übergebenen Umschlag mit dem Stimmzettel „sofort uneröffnet in die Wahlurne legt“.) In Wischholz trieb der Wahlvorsteher die Kontrolle noch viel weiter. Als Wahlurne hatte er den Stimmkasten für die Kirchenvorstandswahlen aussersehen. Dieser hatte zwei Behälter und für jeden eine besondere Öffnung. Je nachdem nun der Wahlvorsteher annahm, daß die Wähler Hoeffel oder Lewit gewählt haben könnten, steckte er die Couverts für Hoeffel in den einen Behälter, die für Lewit in den andern und verlas dann auch die Zettel bei der Auszählung von den nach den Behältern getrennt gehaltenen Schichten. Endlich behauptet der Protest in Saarunion habe der Kreisdirektor die Bürgermeister zu einem Mittagessen geladen und dann die verammelten Bürgermeister aufgefordert, sie sollten dafür sorgen, daß Hoeffel gewählt werde. Auch nach Zabern berief er die Bürgermeister zusammen und sagte ihnen, sie sollten ihm, dem Kreisdirektor, dafür garantieren, daß Hoeffel gewählt werde. In all diesen sowie einer Anzahl weiteren Fälle beschloß die Kommission, Beweiserhebungen über diese amtliche Wahlbeeinflussung anstellen zu lassen und die Wahl zu beanstanden. Wenn nur der kleinste Teil der im Protest angeführten Behauptungen durch die Erhebungen als wahr erwiesen wird, muß die Wahl für ungültig erklärt werden.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Entschädigung für ungeschuldig erlittene Unterjuchungshaft. Die Kommission begann und beendete in der heutigen Sitzung die zweite Lesung des Entwurfs. Leider wurden die Beschlüsse der ersten Lesung, die dahin gingen, die Entschädigungspflicht auch auf die vorläufige Festnahme und Vorführung auszudehnen, nicht aufrecht erhalten.

Während von den Socialdemokraten beantragt wurde, den grundlegenden Absatz 1 des § 1 in folgender Weise abzuändern: „Personen, gegen welche Unterjuchungshaft verhängt war oder die sistiert, vorläufig festgenommen oder vorgeführt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind.“ beantragte Himburg in offenkundiger Uebereinstimmung mit der Regierung den § 1 der Regierungsvorlage wiederherzustellen, wonach ein Entschädigungsanspruch nur solchen Personen zusteht, die im Strafverfahren freigesprochen oder durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt sind, d. h. wenn das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargethan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt. Auch wird den Personen ein Entschädigungsanspruch zugestanden, denen gegenüber der Verhaftete kraft des Gesetzes unterhaltspflichtig war. Staatssekretär Kieberting begründete den konservativen Antrag damit, daß der Bundesrat jede weitere Ausdehnung der Entschädigungspflicht vorläufig ablehne, und wenn die Kommission auf den Beschluß der ersten Lesung beharre oder gar den vorliegenden socialdemokratischen Antrag annehme, so werde das Zustandekommen der Vorlage ernstlich gefährdet. Schon der vorliegende Entwurf habe das Erlaunen des Auslandes wackerufen, wie könne man da zur Zeit noch mehr verlangen. Wenn aber der Entwurf diesmal falle, so sei durchaus nicht darauf zu rechnen, daß ein besserer nach Ansicht der Kommission in dieser Legislaturperiode zu stande komme und „was die nächste Legislaturperiode bringe, das wissen die Götter.“ Demgegenüber war die Begründung dieses und der weiteren socialdemokratischen Anträge zur Verbesserung der Vorlage durch die Antragsteller vergeblich. Sowohl von Seiten des Centrums wie auch der Nationalliberalen begnügte man sich, dem Bedauern über die Haltung der Regierung zu den Kommissionsbeschlüssen Ausdruck zu verleihen. Nur daß der Abg. De Witt vom Centrum die Erklärung abgab, daß er und seine Freunde unter solchen Umständen nur unter Vorbehalt für den Entwurf stimmen würden, ohne sich damit festzulegen. Bei der Abstimmung über § 1 stimmten nur die beiden Freistimmigen mit den drei Socialdemokraten gegen den Antrag Himburg. Dem entsprechend wurden auch die andern von den Socialdemokraten aus rein principiellen Gründen bei der Beratung gestellten und hier nur wiederholten Anträge im gleichen Stimmverhältnis abgelehnt, und der ganze Entwurf mit unwesentlichen Änderungen nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung angenommen. Um jedoch den weitergehenden Anschauungen der Kommission einen abge schwächten Ausdruck zu verleihen, wurde vom Centrum folgende Resolution eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Bundesregierungen zu ersuchen, in ihren Staaten dafür Sorge zu tragen, daß aus bereitgestellten Mitteln den im Ermittlungsverfahren (§ 125 Absatz 2 Strafprozeß-Ordnung) ungeschuldig Verhafteten in Fällen, welche den in den §§ 1 und 2 dieses Gesetzes gedachten entsprechen, aus Billigkeitsrücksichten eine gleichwertige Entschädigung gewährt werden kann; sowie bei der bevorstehenden Reform der Strafprozeß-Ordnung darauf Bedacht zu nehmen, daß die Entschädigungspflicht des Staates auch auf die ungeschuldig im Ermittlungsverfahren Verhafteten gelegentlich ausgedehnt wird.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Aus Industrie und Handel.

Die Jahresabrechnung der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, Hamburg. Die Jahresberichte der beiden großen deutschen Schiffsahrtgesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, haben kaum geringeren Anspruch auf allgemeines Interesse, als die Geschäftsberichte der großen leitenden Bankinstitute, denn für den gesamten deutschen überseeischen Handel und damit auch für die Beschäftigung der deutschen Exportindustrie ist die Stellung beider Gesellschaften innerhalb der internationalen Reederei von höchster Bedeutung. Wenn in den letzten beiden Jahrzehnten die deutsche Ausfuhr nach Amerika, nach Süd- und Ostasien, nach den Ländern des Mittelmeeres und der Inselwelt des Stillen Ozeans so beträchtlich angewachsen ist, so verdankt der deutsche Handel dieses Resultat zum nicht geringsten Teil der Leistungsfähigkeit der oben genannten beiden Schiffsahrt-Compagnien, von denen jede eine Flotte unterhält, welche die gesamte Handelsmarine einer Reihe großer europäischer Staaten übertrifft. Die Gesamt-Tonnage der Hamburg-Amerika-Linie beträgt zum Beispiel nach dem neuen Bericht 727 948 Brutto-Registertonnen, wovon 679 954 Tonnage auf Dampfer mit über 2000 Tonnage Raumgehalt entfallen. Dagegen besitzen an Dampfern gleicher Größe nach den neuesten Feststellungen: Italien nur 528 247 Registertonnen, Spanien 461 495 Registertonnen, Oesterreich-Ungarn 459 602 Registertonnen, Rußland 260 044 Registertonnen, Japan 334 626 Registertonnen, Dänemark 187 635 Registertonnen, Norwegen 292 397 Registertonnen und Schweden 101 299 Registertonnen.

Die Abrechnung der Hamburg-Amerika-Linie ergibt für 1903 einen Betriebsergebnis von 22 009 274 M. Nach Abzug der Zinsen auf die Prioritäts-Anleihen (1 702 500 M.) bleiben 20 306 774 M. (im vorigen Jahre 16 156 241 M.). Hiervon sind verwendet zu Abschreibungen vom Werte der Schiffe usw., sowie zur Dotierung des Erneuerungs-Contos 13 832 524 M. (i. H. 11 379 783 M.). Von dem sich ergebenden Restbetrage von 6 474 250 M. verbleibt nach Uebertragung auf das Reserve-Conto, sowie nach Abzug der statutenmäßigen Lantime ein Saldo von 6 000 000 M., welcher die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (i. H. 4 1/2 Proz.) auf das Aktienkapital von 100 Millionen Mark gestattet.

Ueber die allgemeine Lage der Schiffsahrt heißt es in dem Geschäftsbericht: „Die Hoffnung auf eine nachhaltige Besserung der Lage des Frachtenmarktes hat sich nur teilweise erfüllt. Während nämlich in den übrigen Verkehrsrichtungen durchweg nicht unwesentlich günstigere Resultate als im Vorjahre erzielt werden konnten, ist auf dem für unsre Gesellschaft bekanntlich besonders wichtigen nordamerikanischen Frachtenmarkt die seit langer Zeit erwartete entscheidende Besserung zum Besseren bis jetzt ausgeblieben. Der Personenverkehr weist gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche

weitere Zunahme auf. Was speciell die Auswanderung betrifft, so läßt allerdings die gleichzeitige Zunahme der Rückwanderung erkennen, daß die Entwicklung dieses Verkehrs ihren Höhepunkt bereits überschritten hat und daß mit der Fortdauer der Auswanderung in ihrem gegenwärtigen Umfange oder gar einem ferneren Anwachsen derselben schwerlich gerechnet werden darf.“

Zur Lage der deutschen Textilindustrie. Ein Blick auf die hauptsächlichsten Bezirke des Textilgewerbes zeigt, daß die Frühjahrsbelegung im allgemeinen kräftig eingeleitet hat. Wenn auch manche Orte und Branchen eine deutliche Abschwächung gegenüber dem Vorjahre zeigen, so tritt diese doch in dem Gesamtbilde nicht störend hervor. Die sächsischen Plätze zeigen einen regelmäßigen, zum Teil flotten Geschäftsgang. Vor allem hat man in Grimmitzschau wieder viel zu thun. Obgleich während der Aussperrung eine Menge fremder Arbeitskräfte herangezogen wurden und auch nachher noch Auswärtige eingestellt worden sind, konnte doch die Mehrzahl der Aussperrten und fremden Arbeiter bisher voll beschäftigt werden. Noch nicht eingestellt sind zur Zeit etwa 600 Personen, für die wohl Arbeit vorhanden wäre, würden sie nicht außer schwarzen Liste der Arbeitgeber stehen. In Meerane ist das Betriebstempo ungleichmäßig, insofern auf der einen Seite Ueberstunden gemacht werden, auf der anderen dagegen wieder verfrist gearbeitet wird. Ueberstunden werden namentlich in den Färbereien und Appreturanstalten gemacht; ca. 700 Strichfärber und Appreteure kommen hier in Betracht. 150 Strangfärber und Drücker dagegen haben Feiertagslöhne. Auch ca. 200 Weber und Treiber haben keine volle Beschäftigung, da sie oft wegen Mangels an Bestellungen auf neue Arbeit warten müssen. Dauernde Entlassungen kommen indessen nicht vor. In Cottbus sind fast sämtliche in den Betrieben befindliche Arbeiter voll beschäftigt. Circa 250 machen Ueberstunden, doch halten sich andererseits am Orte 80 Arbeitslose auf, die momentan keine Beschäftigung finden können. Im niederheinischen Bezirk ist mit Ausnahme der Sammet- und Seidenbranche der Beschäftigungsgrad gut. In München-Gladbach herrscht rege Thätigkeit. Es werden viele Arbeiter von auswärts eingestellt, da das am Orte befindliche Angebot zur Zeit nicht ausreicht, um alle Maschinen laufen zu lassen. Die Arbeiter einer Fabrik, die den Betrieb gänzlich eingestellt hat, sind sofort in anderen Betrieben untergebracht worden. Auch Süd- und Südwestdeutschland zeigt eine lebendige Thätigkeit. In Augsburg ist bis auf die Kammgarnspinnerei, in der ca. 1100 Arbeiter seit November statt 11 nur 9 Stunden thätig sind, die Beschäftigung normal, ohne daß indessen die Lage auf dem Arbeitsmarkt befriedigend wäre. Der Zuzug ist sehr erheblich und drückt stark auf das Lohnniveau. Infolge des Zuzuges ist die Arbeitslosigkeit nicht unerheblich. Auch wird von Seiten der männlichen Arbeiter eine Steigerung der weiblichen Konkurrenz in den Spinnereien immer schärfer empfunden. In Mülhausen i. E. sind die Betriebe mit Aufträgen verlorget, so daß volle Beschäftigung vorhanden ist. Arbeitslose giebt es nicht, auch findet kein Zuzug statt. In den Färbereien und Bleichereien machen ca. 2500 Arbeiter Ueberstunden.

Eine neue Bankvereinigung. Die Bestrebungen der Berliner Großbanken, in den Industrieregionen Rheinlands und Westfalens ihren Geschäftskreis auszudehnen, und zu diesem Zweck sich die dortigen kleineren Bankinstitute anzugliedern, stößt naturgemäß bei einem Teil der rheinländischen Provinzialbanken auf energische Gegenmaßnahmen. Der Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co., der erst im vorigen Jahr durch Angliederung des Düsseldorf-Bankvereins seinen Geschäftskreis erheblich erweitert hat, schreitet bereits zu einer neuen ähnlichen Transaktion, indem er den Dortmunder Bankverein mit 10 001 100 M. Grundkapital übernimmt. Nach dem Beschluß erhalten die Aktionäre des Dortmunder Bankvereins gegen je 1200 M. ihrer Aktien 1200 M. Aktien des Barmer Bankvereins mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1905. Zur Durchführung des Umtausches wird der Barmer Bankverein sein Aktienkapital um 10 000 800 M. auf 46 140 800 M. erhöhen. Das Geschäft des Dortmunder Bankvereins wird von dessen bisherigen Vorstandsmitgliedern Gustav Wilscher und Carl G. Heimsoth unter der bisherigen Firma als Niederlassung des Barmer Bankvereins weitergeführt werden.

Die „Köln. Zig.“ urteilt über diese neue Vereinigung: „Der Barmer Bankverein, der vor etwas länger als Jahresfrist sich den Düsseldorf-Bankverein angegliedert hat, gewinnt mit diesem neuen Geschäft eine abermalige wesentliche Erweiterung der Grundlagen für seine künftige Entwicklung. Zugleich wächst damit seine Bedeutung für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk sehr erheblich. Bei Beurteilung des Angebotes, das der Barmer Bankverein den Aktionären des Dortmunder Bankvereins macht, ist zu berücksichtigen, daß er über 6,2 Mill. M. Rücklagen verfügt, und daß bei dem ganzen Zuge, der durch die Entwicklung unsres Bankwesens nun einmal hindurchgeht, die Ertragsaussichten einer mit größeren Kapitalien arbeitenden Bank im allgemeinen besser sind als diejenigen eines kleineren, allein auf sich angewiesenen Unternehmens.“

Konvertierung der 4prozentigen Reichsschatzscheine. Bekanntlich sollen die am 1. April und 1. Juli dieses Jahres fälligen 4prozentigen Reichsschatz-Anweisungen aus dem Jahre 1900 in 3/4 prozentige umgewandelt werden. Diese neuen Scheine sind ebenfalls wieder nach 4 Jahren fällig, können aber auf vorgängige dreimonatliche Kündigung schon früher zurückgezahlt werden, jedoch nicht vor Ablauf von zwei Jahren. Die Besitzer der jetzt zur Rückzahlung gelangenden Schatzanweisungen haben, wenn sie den Umtausch in neue Stücke wünschen, diese vom 21.—26. d. M. der Reichsbank einzureichen.

Gegen die Trusts. Aus New York kommt die Nachricht von einer Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, durch welche die Northern Securities Company für ungültig erklärt wird, ein Aktientrust, der bekanntlich nach längerem gegenseitigen Kampf von den beiden Eisenbahn-Konkurrenzgruppen Morgan-Hill und Harriman-Vebs-Stuh zu dem Zweck gegründet worden ist, die Anteile der konkurrierenden Northern-Pacific-Bahn und der Great-Northern-Bahn in eine Hand zu vereinigen, um für beide Linien günstigere Frachtbedingungen usw. festsetzen zu können. Diese Form der Vereinigung wurde deshalb gewählt, um das Gesetz gegen die Eisenbahn-Konventionen zu umgehen. Die Folge war, daß der Staat Minnesota gegen den Trust Klage erhob, aber abgewiesen wurde. Doch ließ sich Minnesota nicht entmutigen. Beim Bundes-Kreisgericht zu St. Paul zeigte es eine vom Generalanwalt der Union Knox unterzeichnete neue Klage ein, und dieses Gericht erklärte denn auch den Trust als ungesetzlich. Die Northern Securities Company appellierte an das höchste Gericht der Vereinigten Staaten, das jetzt im wesentlichen das Urteil des Gerichts zu St. Paul bestätigt hat.

„Laffans Bureau“ meldet darüber: „Der höchste Gerichtshof (Supreme Court) fällt am heutigen Montag seine endgültige Entscheidung in Sachen der Northern Securities Company und erteilt damit den Trusts den schwersten Schlag, den sie jemals von den Gerichten empfangen haben. Der Gerichtshof erklärte die Vereinigung der Great Northern und der Northern-Pacific-Bahn unter dem Namen Northern Securities Trust als unter das Anti-Trust-Gesetz fallend und deshalb ungesetzlich. Diese Entscheidung bedeutet einen großen Sieg des Präsidenten Roosevelt und des Generalanwalts Knox, der das Verfahren gegen die Northern Securities Company einleitete. Man glaubt, Generalanwalt Knox werde jetzt auch gegen andre Trusts in gleicher Weise vorgehen. In weiten Kreisen wird diese Entscheidung des höchsten Gerichtshofes als ein höchwichtiges Ereignis betrachtet, da es die Bildung ungesetzlicher Trusts auf immer verhindert und die Absichten der Vanderbilt und Gould durchkreuzt, die die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Sachen der Northern Securities Company abwarten wollten, um sich danach erst über die Durchführung der von ihnen geplanten Vereinigungen zu entscheiden.“

Das Telegramm erscheint reichlich optimistisch. Das Urteil trifft nur eine ganz besondere Form der Trustierung, von der von vornherein feststand, daß sie gegen das Gesetz verstieß. Andre Trustformen werden durch die Entscheidung nicht getroffen.

Gewerkchaftliches.

Die Ursachen der Diamantarbeiter-Aussperrung. Ein Beitrag zur Lehrlingsfrage.

Die Ursache des großen wirtschaftlichen Kampfes in Amsterdam und Antwerpen oder besser gesagt: der Vorwand, wostwegen die Arbeitgeber diesen Kampf herbortreiben, ist bekanntlich der im Jahre 1897 von den Diamantarbeitern gefasste und durchgeführte Beschluß, keine Lehrlinge in ihrem Gewerbe mehr zuzulassen. Es mag seltsam und rigoros erscheinen, daß in einem Gewerbe die Gewerkschaft die Ausbildung neuer Arbeitskräfte plötzlich zu verhindern trachtete. Das Vorgehen der Diamantarbeiter wird jedoch verständlich, wenn man die Verhältnisse in Betracht zieht, die das Lehrlingsverbot als das einzige Rettungsmittel gegen einen die Grenzen des Erträglichsten übersteigenden Notstand erscheinen ließen.

Die Diamantindustrie war lange Jahre hindurch eine Art „Familien“-Gewerbe, dessen Arbeiter sich aus bestimmten Familien herausrekrutierten. In den Jahren nach Entdeckung der südafrikanischen Diamantminen (1870) wurde dann die Lehrlingsausbildung in besonders großem Maßstab betrieben. Jeder suchte aus seinen Familienangehörigen so schnell wie möglich Diamantarbeiter zu machen, um von dem reichlichen Verdienst jener Tage so viel wie möglich einzuhelfen. Die Folge war, daß in einigen Jahren ein großer Ueberfluß von Arbeitskräften entstand und die Löhne gewaltig herabgedrückt wurden. Gleichwohl waren die Verhältnisse so günstig gewesen, daß eine Anzahl von Diamantarbeitern durch ersparte Gelder in den Stand gesetzt waren, sich als „Kaufmann“ oder „Juwelier“ selbständig zu machen.

Die ungeheure Konkurrenz unter der so vergrößerten Zahl von Unternehmern, verbunden mit der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit, drückten auf die Arbeitslöhne und führten einen Notstand herbei, der immer unerträglich wurde und demoralisierend auf die Masse der Diamantarbeiter einwirkte. Da entstand plötzlich im Jahre 1894 der Verband und er gewann in kurzer Zeit großen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse. Durch Festsetzung von Tarifen, Regelung der unbeschränkten Arbeitszeit usw. brachte er Ordnung in die chaotischen Arbeitsverhältnisse. Noch bevor eine Juweliersorganisation von irgend welcher Bedeutung bestand, fassten die Diamantarbeiter den Beschluß, der Ausbildung von neuen Lehrlingen einen Damm entgegenzusetzen, weil dem Glend, das durch die furchtbare, auf das Uebermaß von Arbeitskräften zurückzuführende Arbeitslosigkeit hervorgerufen war, auf andre Weise nicht zu steuern war. Zur Kontrolle über den Umfang der Arbeitslosigkeit wurde dann beschlossen, daß jedes Mitglied, das länger als eine Woche arbeitslos war, sich melden, und vom Verbandsbeitrag befreit sein sollte. Die so zu stande gekommene Statistik über die gemeldeten Arbeitslosenwochen zeigt, daß in den seit dem Lehrlingsverbot verfloßenen Jahren leinerelei Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist.

Es wurden an Arbeitslosenwochen ausgegeben:

im Jahre 1898:	21 977	=	364	pro Woche
" " 1899:	25 389	=	477	"
" " 1900:	91 785	=	1841	"
" " 1901:	83 195	=	1600	"
" " 1902:	40 205	=	778	"
" " 1903:	14 460	=	278	"

Es liegt vorläufig kein Beweis für die Annahme vor, daß die in den beiden letzten Jahren eingetretene Besserung der Arbeitsgelegenheit eine dauernde sein wird. Im übrigen muß immer wieder betont werden, daß die Diamantarbeiter zu Beginn dieses Kampfes die Aufhebung der Abänderung ihres Lehrlingsbeschlusses durchaus nicht abgelehnt haben, sondern nur nicht die von den Juwelieren gewünschte Zahl von 750 unbefestigten hinnehmen wollten und eine gemeinsame, gründliche Beratung der Angelegenheit verlangten, was die Juweliers ablehnten.

Der Kampf zeigt in seinem ganzen Verlaufe, wie notwendig es ist, die gegenwärtige Art der Lehrlingsausbildung in andre Bahnen zu lenken. Dem Privatunternehmer kommt es bei der Einstellung von Lehrlingen nie auf die Ausbildung der jungen Leute, sondern immer nur auf den daraus zu erhaltenden Profit an. Entweder zieht er denselben direkt von den Lehrlingen durch die verächtliche Lehrlings-Ausbeutung oder aber er spekuliert, wie die Unternehmer in der Diamantindustrie, auf eine durch größtmögliche Vermehrung der Arbeitskräfte und die daraus resultierende, in seine Zwecke passende Schmuckkonkurrenz der Arbeiter unter sich.

Die Arbeiter in der Diamantindustrie vermochten bei der Eigenart ihres Berufes durch ein radikales Mittel einen Riegel vorzuschleiben, indem sie die Ausbildung von Lehrlingen überhaupt ablehnten. In andern Gewerben ist das nicht durchführbar. Das Mittel kann sich sogar auch für die Arbeiterschaft insofern als zweischneidiges Schwert erweisen, als es die Kapitalisten veranlassen kann, ihre Industrie aus Gegenden, in denen

die Arbeiterschaft durch ihre Organisation mächtig geworden ist, fortzuziehen in solche, wo man mit Hilfe einiger unorganisirter neuen Stamm von Organisationsideen noch fremden Leuten anlernen kann. Auch die Verweigerung der Lehrlingsausbildung ist also immer nur ein Palliativmittel gegen den internationalen Kapitalismus.

Am letzten Ende wird sich die Arbeitslosigkeit erst durch die Ausschaltung des Privatkapitalismus aus dem Produktionsprozeß beseitigen lassen. Noch ehe dies aber geschieht, sollte man demselben die Ausbeutung des Lehrlingswesens auf gesetzlichem Wege entgegenstellen, indem man die Ausbildung von Lehrlingen in eigens dazu geschaffene Staatswerkstätten verlegt. Dort kann für eine gute Ausbildung der Lehrlinge Sorge getragen werden, und den Privatkapitalisten wird es unmöglich gemacht, aus Profitgier einmal den einen oder andern Beruf mit Arbeitskräften zu überschwemmen und die Arbeiter dann zu so rigorosen Abwehrmaßnahmen zu zwingen, wie sie die Diamantarbeiter ergreifen mußten, ohne daß sie dadurch das Gespenst der Arbeitslosigkeit dauernd von ihrem Gewerbe fernhalten können.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Berliner Bäckergehilfen steht für die nächste Zeit in Aussicht. In einer sehr stark besuchten Versammlung, die am Dienstag im Neuen Konzerthaus am Alexanderplatz tagte, führte Gehlhold, der Vorsitzende der Berliner Organisation der Bäcker, aus: Die Versprechungen, welche die Innungen bei früheren Verhandlungen den Gehilfen machten, sind von den Meistern nicht gehalten worden. Als es sich vor einigen Jahren um das Erlernen handelte, gleiche Löhne für gleiche Leistungen einzuführen, sagten die Meister: Streikt nur, wir werden Euch schon zeigen, wer Herr im Hause ist. Damals war die Organisation der Gehilfen schwach, sie konnte nicht an Streik denken. Inzwischen sind die Arbeitsverhältnisse der Bäcker schlechter geworden. Die Organisation aber ist heute achtmal so stark wie im Jahre 1898, und sie verfügt über reichliche Geldmittel. In verschiedenen Städten, so in München, befinden sich die Bäcker bereits mitten in der Lohnbewegung. Auch für Berlin ist jetzt die Zeit gekommen, wo die Bäcker mit Aussicht auf Erfolg in die Lohnbewegung eintreten können, und wo sie den Meistern zeigen werden, daß es mit der Geduld der Gehilfen zu Ende ist. Die Versammlung stimmte ohne Debatte und mit lebhaftem Beifall dem Vorschlage des Redners zu: am nächsten Dienstag in Kellers Saal in der Koppenstraße eine Versammlung abzuhalten, welche die Forderungen für die Lohnbewegung aufstellt und die weiteren Maßnahmen beschließt.

Achtung Kupferschmiede! Durch eine Depesche aus Kopenhagen ist uns die Mitteilung geworden, daß es unsern ausgesperrten Kollegen gelungen ist, von den acht Arbeitswilligen fünf zur Rückfahrt zu bewegen. Die Kopenhagener Kollegen eruchen uns dringend, Sorge zu tragen, daß die Firma Dehmann keinen Erlaß findet. Die Berliner Zentralverwaltung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

Deutsches Reich.

Zur Bewegung der Tapezierer. In Hannover ist es zum Streik gekommen. Die Innung will zwar die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, hat aber alle anderen Forderungen abgelehnt. Daraufhin erfolgte die Arbeitseinstellung. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 65 Gehilfen bei 35 Meistern. Die Arbeitsvermittlung geschieht nur durch die Lohnkommission, Schillerstraße 4. — In Eberfeld haben 40 Gehilfen die Arbeit eingestellt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 7 Geschäften 15 Gehilfen. — Auch von Dresden ist Jugung fernzuhalten. Dort forderben die Gehilfen außer den noch nicht ganz erfüllten Forderungen von 1899 einen Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde und Festlegung des Tarifs auf dem Gewerbegebiet. Die Zwangsinnung ging in verschiedenen Sitzungen und Versammlungen auf die Bewilligung des Mindestlohnes und Festlegung des Tarifs nicht ein. Sie lehnt alles Wesentliche rundweg ab. Daber beschloß die am Mittwoch, 9. März, von 300 Kollegen besuchte Versammlung der Gehilfen, die Verhandlungen abubrechen, und die in dem Tarif enthaltenen Positionen als Forderung Sonnabend, den 12. März, in allen Geschäften Dresdens einzutreiben. Am Montag kam es dann in der Folge zu einer Reihe von Arbeitseinstellungen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 70 Geschäften 250 Gehilfen.

Ein neues Grimmschiff in Sicht?

Die Textilarbeiter zu Reichenbach im sächsischen Vogtlande haben an die Unternehmer das Erluchen gerichtet, ihnen eine 1 1/2 stündige Mittagspause zu bewilligen. Die Berechtigung der Forderung bedarf keiner besonderen Begründung. Die beste Begründung ist die Thatsache, daß viele Unternehmer sie schon seit Jahren bewilligt haben. Ein Beamter der Gewerbe-Inspektion Plauen hat in einer privaten Unterhaltung mit einigen Webern gelegentlich einer Inspecierung die Notwendigkeit der 1 1/2 stündigen Mittagspause rückhaltlos anerkannt, und der Gewerbe-Inspektion Plauen ist wahrlich nicht nachzuzweifeln, daß sie je einseitig die Partei der Arbeiter ergriffen hätte. Dennoch werden die Herren Unternehmer

nicht ohne weiteres geneigt sein, auf die Forderung der Arbeiter einzugehen. Das Verlangen nach einer 1 1/2 stündigen Mittagspause hat in der Vorgeschichte der Grimmschauer Aussperrung bekanntlich ebenfalls eine Rolle gespielt. Seine Bewilligung hätte die millionenschweren Verluste der Grimmschauer Industrie überflüssig gemacht. Man darf daher auf das Verhalten der Reichenbacher Fabrikanten gespannt sein.

Der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter bei der Firma Bertschütz in Kunnersdorf ist nach der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ zu Gunsten der Arbeiter beendet. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, für Maschinenarbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 1/2 Pf., für Accordarbeiter um ca. 8—10 Proz. Ueberstunden werden mit 5 Pf., Sonntags mit 10 Pf. erhöht bezahlt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Zur Schlichtung etwaiger Differenzen wurde eine Kommission gewählt und anerkannt. Sämtliche 56 im Ausstand befindliche Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Nicht unerwähnt bleibe ein sächsisches Verhältniß illustrierender Vorgang. Am Donnerstag, nach Verhandlung mit dem Unternehmer, fand eine Besprechung der am Streik beteiligten Personen unter Weisem des Gewerkschafters des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, des Kollegen Gerlich, statt. Mitten in der Tarifberatung trat plötzlich der Ortsdarm mit dem Werkführer der Firma Bertschütz ein, stellte die Personalien des Gewerkschafters fest, löste die „Versammlung“ auf und führte die Räumung des Lokals herbei. — Durch solche Störungen wird doch zweifellos die Schlichtung der zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehenden Differenzen erschwert, und es wäre in Zukunft ratsam, daß die untergeordneten Polizei-Organen belehrt würden, daß Fabriks- oder Werkstattbesprechungen keine anmeldspflichtigen Versammlungen sind.

Ausland.

Entwicklung und Stand der Schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Zürich. (Fig. Per.) Nach seinem soeben veröffentlichten Tätigkeitsberichte für die Jahre 1902/03 zählt der Schweizerische Gewerkschaftsbund 25 975 Mitglieder, die sich auf 31 Berufsverbände, 48 einzelne Gewerkschaften und die Arbeitskammer des Kantons Tessin verteilen. Eine ganze Anzahl von Verbänden steht dem Gewerkschaftsbunde noch fern, jedoch steht der Anschluß mehrerer derselben in naher Aussicht. Bemerkenswert ist die Betonung der Notwendigkeit in dem Berichte, daß sich die Arbeiterschaft nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisieren muß, um durch zielbewußte Betätigung auf beiden Gebieten die angestrebten Fortschritte zu erreichen. Es werden daher die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes vom Bundeskomitee direkt angefordert, je nach ihrer Ueberzeugung sich auch politisch zu betätigen und zu organisieren. Die Sicherung des Vereinsrechts, die Schaffung von Tarifverträgen mit den Unternehmern, die gesetzliche Regelung der Hausindustrie, die Revision und der Ausbau des Fabrikgesetzes, die Schaffung kantonalen Arbeiterinnschutz-Gesetze, gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, des gewerblichen Unterrichts, des Submissionswesens, die Einführung der Arbeitslosen-, Alters-, Kranken- und Unfallversicherung u. werden als Zielpunkte der Arbeiterschaft bezeichnet.

In den beiden Berichtsjahren kamen insgesamt 145 — 1902 78, 1903 67 — Konflikte vor, wovon 104 Lohn- und 41 Streikbewegungen. 60 Fälle endeten mit vollem, 38 mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter, während 47 Fälle verloren gingen. An Unterstellungen von Streiks und Gemäßigungen wurden 27 077,78 Fr. aus der Kasse des Gewerkschaftsbundes geleistet.

Die Gesamteinnahmen desselben betragen in den beiden Jahren 63 041 Fr., der Vermögensbestand Ende 1903 bezifferte sich auf 20 096,01 Fr., wovon 5885,20 Fr. in der Streikkasse sind. Die „Arbeiterstimme“ hat eine Auflage von 3764 Exemplaren.

In einer weiteren Publikation, die demnächst erscheinen soll, werden die Ergebnisse der im verfloßenen Jahre aufgetretenen Gewerkschaftsstatistik veröffentlicht.

Eine neue Tarifgemeinschaft der Waler in Jütland ist dieser Tage zu stande gekommen. Der Centralverein der Walermeister Jütlands kündigte vor einiger Zeit die alte Tarifgemeinschaft, die für elf jütländische Städte galt. Die Verhandlungen mit dem Walerverbande führten jedoch, entgegen den Wünschen der Meister, dazu, daß in acht Städten die bisher geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechterhalten und in drei Städten Verbesserungen durchgeführt wurden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Berichterstattung der Delegierten des Kreises Zellow-Bredlow-Charlottenburg vom Heimarbeiterschuß-Kongress findet am Montag, den 21. d. M., in Rixdorf im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 150/51, statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet recht zahlreichen Besuch auch von Genossinnen und Genossen anderer Orte unseres Kreises. Die Kreisvertragsperiode: Frau Marie Thiel.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgegend hält Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahrendorf, Salzhofstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Schriftsteller Boege wird in derselben einen Vortrag halten. Herren sowie Damen, als Gäste, haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein imigelliebter Mann, unser guter Vater, der Schankwirt

Eduard Ende

im Alter von 46 Jahren am 14. März, früh 4 Uhr, plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gochstr. 28, aus nach dem Elisabeth-Kirchhofe, Brinzen-Allee, statt. Dies zeigen liebetrübt an

Frau Ende nebst Tochter.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unsern guten Mutter Elisabeth Schiller geb. Melang sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Karl Schiller nebst Kindern.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsern lieben Vaters sagen wir allen Verwandten und Freunden sowie den Kollegen vom Holzarbeiter-Verband und den Geschäftscollegen unsern herzlichsten Dank.

Witwe Albertine Zeiler nebst Kindern.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines imigelliebten Mannes, den teuren Vater meines Kindes Hermann Schröder sage ich auf diesem Wege allen Freunden u. Bekannten, namentlich den Kollegen des Holzarbeiter-Verbandes meinen innigsten Dank.

Selma Schröder, geb. Rielas, nebst Sohn Erich, Klopffodstraße 29.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise anfrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere dem Gelangverein „Dankfagung“, Friedrichsberg meinen besten Dank.

Witwe Zimmermann.

Wer billigt Tapeten

1 Rolle v. 10 Pf. an in jedem Genre, wie hochlegant, neuesten stilvoll kaufen will, verlange den Gratis-katalog von

Chr. Harimann, Tapeten-Versandhaus Gaudersheim.

Empfehle den Genossen meine

Kranz- und Blumenbinderei

Speziell Vereinskränze

E. Ebel, Adlerstr. 35.

Blumen- und Kranzbinderei

Richard Engelke, Reichenberger-Strasse 164, Ecke Mariannenstr.

Spezialität: Vereinskränze

Sobden ist wieder neu erschienen:

Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz

Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.

Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherer, denen es Vetter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherte sein Recht suchen muß.

Vorwärts-Buchhandlung, Berlin SW, Lindenstraße 69.

Kranz- u. Blumenbinderei

von H. Eckert, 98. Reichenberger Damm 98.

RESTE

zur Damen-Mantel-Konfektion, Mädchen- und Knaben-Garderobe. Damenu-tuche in schwarz und farbig. Kostümfabrik, Kammergarn, Choviot, Corkakrow, Plüsch, Sammete, Besatzartikel etc.

CONFEKTION.

Fertige Jackotts, Capes, Paletots, Kostümröcke etc. Größte Auswahl. Billige Preise.

C. Pelz, Kottbuser Strasse 4.

Prämiert auf der III. Kochkunst-Ausstellung Berlin 1904.

Nähr Malzkaffee

bestes und nahrungs- und Genussmittel

Ceylon Kaffeesatz

der Ceylon = Malzkaffee u. Kaffee Surrogatfabrik Röhradorf-Chemnitz. Vertretung und Engros-Lager bei E. Borgmann, Berlin. Fernsprecher IX 7064 Parisierstr. 2.

Gesundheit ist Reichtum! Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstrasse 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern

0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit) 4126L*

Kathreiners Malzkaffee,

ob als Zusatz zum Bohnenkaffee, oder als Ersatz, gleichviel! er ist in jedem Falle wertvoll. Wer einmal seine Vorzüge kennen gelernt hat, der läßt sich durch nichts wieder von ihm abbringen. Das lehrt die tägliche Erfahrung. — Edt nur in Paketen mit dem Bild des Prälaten Kneipp als Schutzmarke!

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung: 23.—26. März.

Hauptr.: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. usw.

Loose: 3,30

Porto und Liste 30 Pf.

J. Racher, Haupt-Kollektor, Mainz.

Elegant und einfache

Damenjackets

5,50, 6,50, 8,50—12,00 M.

Reste

zur 4126L* Damenmützel- u. Kinderkonfektion.

Knabenanzüge, Paletots, Mädchenkleider, Mädchenjacken, Riesenauswahl.

Rosenberg,

98 Kottbuserdamm 98.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Opernhaus. Lohengrin. Schauspielhaus. Götterweiber. Neues Königl. Opern-Theater. Götterweiber. Anfang 7 1/2 Uhr: Deutsches Hofe. Berlin. Berliner. Maria Theresa. Festung. Kapfenberg. Wehen. Der Bettelstudent. Neues. Candida. Residenz. Der keusche Casimir. Vorher: Die Empfehlung. Central. Das Schwalbennest. Belle Alliance. Götterweiber. Thalia. Der Hochtourist.

Schiller O. (Wallner-Theater.) König Lear. **Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Wildente. Kleines. Des Pastors Rieke. Ulfen. Urfel. Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb. Carl Weh. Zwei Frauen. Heraus: Kapfenberg. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Casino. Götterweiber. Wintergarten. Heide Guldert. Colombine Bernadot. Spezialitäten. Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten. Metropol. Ein tolles Jahr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Passage-Theater. Caicedo. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr. Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. **Candida.** Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Minna von Barnhelm. **Central-Theater.** Täglich 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest. Operette in 3 Akten u. 12. Ordnung. Freitagabend 7 1/2 Uhr: Wohltätigkeits-Vorstellung zu Gunsten des Unterstützungsvereins für Bühnenkünstler unter Mitwirkung hervorragender Künstler: Die Niedermaud.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.** Donnerstag 8. erstmalig: Egmont. Freitag: Die Kofensul'n von Berlin. Sonnabend: Philippine Weller. Sonntagabend: Romeo und Julia. — Abends: Egmont. Montag: Philippine Weller.

Residenz-Theater Direction G. Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: **Die Empfehlung.** Abends 8 Uhr: **Der keusche Casimir.** **Metropol-Theater** Zum 5. Male: **Ein tolles Jahr.** Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

1. Bild: Am Kindersee. 2. Bild: Was giebt's denn Neues. 3. Bild: Das Ordensfest. 4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie). 5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett). Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. **Kleines Theater.** Unter den Linden 44. **Des Pastors Rieke.** Anfang 8 Uhr. Morgen: **Elektra.** **Königstadt-Kasino** Holzmarktstr. 79. Ecke Alexanderstraße. Täglich: **Franz Sobanski.** Die März-Spezialitäten. Zum Schluss: **Kulisse auf Sommerwohnung.** Götter mit Gesang. Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Passage-Theater. Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr. Anfang 4. Abendvorstellung 8 Uhr. Sensationelles Engagement: **Caicedo** der berühmte Drahtseilkönig. Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren **Holländer u. Steinitz.** 14 neue erstklassige Nummern. **W. Noacks Theater.** Direction: Robert Dill. **Brunnenstrasse 16.** **Forberbaum und Bettelstab.** Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntagabend, den 19. März: Große Götter-Theater-Vorstellung: **Nischenbrödel.** **Sanssouci.** Rotbuiser Thor — Stat. der Hochbahn. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger.** Nach der Soltes: **Tanz.** Dienstag, den 22. März: **Theater-Abend.** Das demostische Haupt. Schauspiel in 4 Aufzügen von Koderich Benedt.

Steidl-Theater Linien-Oranienstrasse 132. Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. **Bestter Monat** der ihrer Gastspielreise nach Ausland — die vorzüglichsten **Fritz Steidl-Sänger.**

Fröbels Allerlei-Theater Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148. Donnerstag, den 17. März: Gastspiel der erfolgreichen **Orgonsänger.** Nach der Vorstellung: **Freitanz.** Anfang 8 1/2 Uhr.

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute Mittwoch, den 16. März 1904: **Benefiz-Extra-Vorstellung** für **Emmy Behrends-Carlson, Maria Magdalene.** Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Aufzügen von Friedrich Hebbel. Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.** **Palast-Theater** Burgstraße 22, früher Feon-Palast. **Benefiz** für den Kapellmeister Otto Antonius: **Zankentelchen** Operette v. Lindner. Musik v. Kofke. Die phänomenalen Spezialitäten. **Adia und Fatima,** das größte Wunder der Welt. Bergungsarten haben Gültigkeit. Donnerstag, den 17. März: Dasselbe Schauspiel. Auftreten des Dir. Richard Winkler. Freitag: Große Götter-Vorstellung: **Ulfen.** Lustspiel in 5 Akten von Gustav v. Moser.

Adhlung, Vereine! **F. Scholz's Festsäle** mit Garten u. gr. Theaterbühne **74 Gr. Frankfurterstr. 74** empfiehlt sich d. Vereinen zu Sommerfesten, Theater-Vorstell. u. and. Vergnügungen. Bes. Sonntagabend frei. Sonntag: **Gr. Ball.** Anfang 4 Uhr.

Stettiner Sänger Die Berliner bei den Hereros. Beste von Meisel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Jede Hausfrau verlasse **Yornbaum's Waschpulver „Eureka“,** das selbe verhilft das unfehlbare Abfärben und Einlaufen der Wäsche, erhält die wollenen Stoffe wunderbar weich, macht die weiche blauschneelblende weiß und bleibt derselben einen höchst angenehmen, frischen Geruch. **„Eureka“** wird von den bedeutendsten Hausfrauen, Zeitungen etc. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalt fehlen. **„Eureka“** kostet pro Liter 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben. Groß-Vertrieb durch die Firma: **Kiewitz & Noack, Berlin.**

Gegen Wanzen Kresomalle unfehlbar. Fast überall zu haben. [2011b] **Dr. Schünemann** Spezialarzt für Haut, Horn- und Kränkenheiten. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 4, 6-7, 8, 9-11

Kredit. Monatlich 10 Mark — liefert Anzüge Paletots nach Maß. Der Kasse auch billige Preise. Schneidmstr. **J. Tomporowski, Pringensfr. 56.**

Germania-Prachtsäle Quaistraße 103. Arnold Scholz. Jeden Mittwoch: **Dänburger Sängers** (Steidl, Wink)

Reichshallen Stettiner Sänger Die Berliner bei den Hereros. Beste von Meisel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Steidl-Theater Linien-Oranienstrasse 132. Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. **Bestter Monat** der ihrer Gastspielreise nach Ausland — die vorzüglichsten **Fritz Steidl-Sänger.**

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. **Zapfenstreich.** Parabolische kleine Hornfoupposse mit Gesang von Eva Paulein. Vorch: **Zwei Frauen.** Anfang 8 Uhr. Morgen dieselbe Vorst. Sonnabendnachm. 4 Uhr: Frau Holla. **Edl Stadler,** Alpen-Jodeler-Bändchen. Billet-Vorverkauf 11-2 Uhr.

Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Heute und folgende Tage: **Das Herrnfeldsche Sensationsstück** **Nur eine Nacht!** Zwei We aus einer Ehe. Vorch: **Vollständig neuer Künstlerteil:** Schröder u. Denter, Tanz-Ravilaturen. Erna Ernani, Vortragshoubrette. Martin Vallée, Humorist. Hilda Stadthagen, Niederländerin. **Bendix als Nonna Vanna.** **Edl Stadler,** Alpen-Jodeler-Bändchen. Billet-Vorverkauf 11-2 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwochabend 8 Uhr: **König Lear.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Wildente.** Freitagabend 8 Uhr: **Die Wildente.** **Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Mittwochabend 8 Uhr: **Die Wildente.** Schauspiel in 5 Aufz. v. Henrik Ibsen. Donnerstagabend 8 Uhr: **Lumpacivagabundus.** Freitagabend 8 Uhr: **Lumpacivagabundus.**

Thalia-Theater. Dreßdenerstr. 72/73. Amt IV 4440. Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr. Dreiteilige Vorst. zum 198. Male: **Der Hochtourist.** Guido Thielscher in der Heterokolle. Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr: **Charleys Tante.** **Belle-Alliance-Theater.** Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: **Götterweiber.** Uebstalt. Götter mit Gesang und Tanz. Sonntagnachm. 3 Uhr bei H. Wehen: **Die Waise aus Lowood.**

Der Hochtourist. Guido Thielscher in der Heterokolle. Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr: **Charleys Tante.** **Belle-Alliance-Theater.** Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: **Götterweiber.** Uebstalt. Götter mit Gesang und Tanz. Sonntagnachm. 3 Uhr bei H. Wehen: **Die Waise aus Lowood.**

Cirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 16. März 1904, abends 7 1/2 Uhr: **Zum erstenmal!** **Miss Wilmington in the flyington!** **Kein Looping! Kein Hooping! Keine Schleifenfahrt! Kein letztes Wort!** und doch die grösste Sensation der Gegenwart. Außerdem: **Frères Skremka,** die hervorragenden Künstler. **Serr Jul. Seelh mit seinen 25 Kaiser-Löwen.** **Babel.** Grösste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugsitze zum Watzmann. Um 4 Uhr (kleine Preise): Dr. P. Schwahn: „Werden und Vergehen im Weltensraum.“ Invalidenstr. 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Afrika in Berlin!!!** **Tunesen-Truppe.** Große Völkerschau. Die schönen Harem-Damen in Tunis.

Achtung! Genossinnen, Genossen! Volks-Versammlung.

Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Schönhauser Volksgarten, Schönhauser Allee 101/102: Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin **Alara Zeffin** über: „Der Krieg in Ostasien und die Interessen des Proletariats“. 2. Diskussion. Wir erlauben, recht regen für diese Versammlung zu agitieren. Die Vertrauenspersonen. ix. Berliner Saison.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterkappe der Welt. Die Weltkämpfe nehmen am 17. März ihren Anfang.

Cirkus Busch. Neu! Das letzte Wort! **Miss Jacksons** Schleife und Todessprung in einem Tempo. „Der Bär als Kunstreiter“ vorgeführt von **Mr. Batty.** Direktor Busch 16 Hengste. Eine Hirschjagd, ger. mit 20 Volt- und Halbblutpferden. Zum 84. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: **Der Automobilsturz.** Voranzeige: Große internationale Ringkampf-Kon

Taktische Erörterungen.

In der Parteipresse werden seit einiger Zeit wieder Erörterungen über Fragen der Parteitaktik angestellt. In der „Neuen Zeit“ antwortete Kautsky in mehreren Artikeln unter dem Titel „Allerhöchste Revolution“ auf eine Kritik des Genossen Ludnia an seinen beiden Broschüren über „Die soziale Revolution“.

„Unsere bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, daß wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht unsere Gegner immer mehr erbitterten, so daß wir schließlich Zuständen entgegenstrebten, wo es eine große Entscheidung gibt, bei der wir gezwungen sind, den Gegner niederzuzwingen und ihm die politische Macht abzunehmen.“

„Das war unsere bisherige Taktik. Es giebt aber eine Reihe von Genossen, denen vor solchen Zuständen graut, die solche Konflikte zu mildern und darum heranzukommen suchen.“

„Zeit entfernt also, den Konflikt zu wünschen, steht Kautsky nur dem nach seiner Meinung bei weitem rücksichtslosen Vorwärtsdrängen der Partei unüberwindlichen Konflikt ruhig ins Auge und stellt sich in Gegensatz zu andern, die zwar auch das Ziel wünschen, aber aus Angst vor dem Konflikt einer Taktik das Wort reden, von der sie hoffen, daß bei ihrer Anwendung die bürgerliche Gesellschaft sanft und ruhig gleichsam im Schlaf ihr Ende finden werde, ohne es selber zu merken.“

Der „Volksfreund“ entwickelt dann die Taktik der reinen „Reform“ in der bekannten Weise und widmet sehr viel Worte der Auseinandersetzung, daß gewiß preukische Scharfmacher dem Proletariat und seinen Rechten an den Krügen möchten, daß sie es aber nicht thun werden, weil sie nicht wähten wie.

Von dieser Macht erzählt im Märzheft der „Socialistischen Monatshefte“ Genosse David, daß sie gegen Staatsstreiche und Gewaltanwendung kein andres Mittel hat wie — stillhalten. Dieser Artikel ist der Schluß einer Serie von Artikeln, die unter ungewöhnlich großem Aufwand von Citaten dem Kautsky gewidmet sind, daß zwischen der bisherigen Taktik der Partei und der von Davids Gegnern verkündeten Theorie ein Widerspruch laßt und worin er außerdem nachgewiesen zu haben glaubt, daß die Gegner seiner Auffassung in unheilbarer Inkonsequenz zwischen Reform und Entwicklung heute und Revolution und Katastrophe morgen hin- und her schwanken.

Die Geschichte eines Buches.

Eine Unterredung mit dem Wilsch-Verleger von Alfred D. Fried. Wien, im März 1904.

Das berühmte geworden Buch des Lieutenant's Wilsch bedeutet den größten Bucherfolg, den der österreichische Buchhandel überhaupt zu verzeichnen hat. Während es sonst eine bekannte Tatsache ist, daß dem österreichischen Büchermarkt der Absatz in Deutschland so gut wie verfallen ist, ist hier eine ganz enorme Ausnahme von der Regel zu verzeichnen. Das Wilsch-Buch hat bis jetzt einen Absatz von 130 000 Exemplaren zu verzeichnen, womit es die übrigen Sensationen des Jahres, den Venerabilen Roman „Jena oder Sedan?“ und die „Briefe, die ihn nicht erreichten“ um ein Bedeutendes geschlagen hat.

In Dresden scheint eine besondere Unternehmungstation auf Wilsch-Konterbande bei dem dortigen kaiserlichen Postamt am „Abstellbahnhof“ eingerichtet zu sein. Alle aus Deutschland kommenden Wilsch-Verkäufte Sendungen werden dort dirigiert und angehalten. In einem von dort herrührenden, merklich über die mechanisch vervielfältigten, Schreiben wurde dem Wiener Verleger kürzlich die Mitteilung gemacht, daß die in einer Beilage näher angeführten Postsendungen (ungefähr 200 reformandirte Kreuzbandendungen nach den verschiedensten Städten des Reiches) auf Beschluß des Berliner Landgerichts I in Dresden angehalten und der Staatsanwaltschaft jenes Berliner Landgerichtes übermittleit wurden.

Aber auch über die Anwendung jenes Wilsch-Verbotes auf das Wilsch-Buch herrschen verschiedene Auffassungen. Bekanntlich hat jenes Verbot den Roman eines „Fritz von Arburg“, der in Braunau erschienen, verboten. Das jetzt zur Vererbung gelangende Buch ist von F. Wilsch und erscheint in Wien. Eigentümlich dürfte gegen dieses erst ein neues Verfahren eingeleitet werden, da man es, wenigstens dem Wortlaut nach, mit einem ganz andern

„Die socialdemokratische Partei treibt keine Politik der Erbitterung und der Zerkleinerung, sie drängt nicht Zuständen entgegen, wo es nur noch eine große Entscheidung“ im Sinne unserer Radikalen giebt. Das sind weiter nichts, als die Produkte einer revolutionären Litteratenphantasie, für welche die Partei jede Verantwortung ablehnt.“

Phantasieprodukte sind das allerdings, und die Partei kann um so ruhiger die Verantwortung für sie ablehnen, als die Phantasie ganz auf Seiten der Bekämpfer solcher selbst gemachten Kampfobjekte ist.

Aus Davids Artikel sei noch ein ganz besonderes charakteristisches Beispiel für diese Art des Kampfes gegen eingebildete Katastrophenschwärmer seiner Gegner und deren angebliches haltloses Hin- und Herzweifeln angeführt. Im Oktober 1903 hatte Singer in einem Artikel im „Vorwärts“ die Annäherungsversuche geschildert, die 1881 von den Christlichsocialen an uns gemacht wurden. Aus diesem Artikel zitiert David folgenden Satz:

„Ich, wenn mit Punkt 8 die Annahme ausgesprochen sein sollte, als wollten wir eine gewalttätige Revolution, dies eine ganz willkürliche Annahme sei. Wir hatten stets erklärt, daß planmäßige, gründliche und ganze Reformen der gewalttätigen socialen Revolution, die andererseits eine notwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten und wir nicht verantwortlich seien für Dinge, die nicht in unserem Willen und in unserer Macht liegen, sondern von dem Willen und der Macht unserer bisherigen Gegner abhängen.“

Diese Auffassung, daß es bei planmäßigen, gründlichen und ganzen Reformen auch ohne gewalttätige soziale Revolution abgehen könne, ist es, der heute von unsren Radikalen der Krieg erklärt wird. Sie halten die gewalttätige politische Katastrophe für unvermeidlich und wollen diese Vorstellung als dominierende Idee für unser taktisches Verhalten anerkannt wissen.

Dieser Satz redet vollständig daneben. Singer sagt: Wir wollen keine gewalttätige Revolution. Wenn aber nicht gründliche Reformen gemacht werden, die der ökonomischen Entwicklung Rechnung tragen, dann wird aus der Masse des Volkes eine Revolution kommen, die auch wir nicht aushalten können. Wir fordern Reformen, um diese Revolution zu vermeiden. Kein Mensch in der Partei hat dieser Auffassung bisher den Krieg erklärt. Wohl aber wird die Auffassung vertreten, daß an Stelle der gründlichen Reformen Gewaltthaten der herrschenden Klasse zu erwarten sind, welche Auffassung sich sehr wohl mit der von Singer in dem Citat entwickelten verträgt, aber keineswegs das Verlangen nach Gewaltthaten bedeutet.

David geht dann allerdings auch auf den Gedanken ein, was zu thun sei, wenn die herrschende Klasse trotz alledem zur Gewalt greife. Er schreibt:

„Aber wenn uns auf diesem Wege zur friedlichen Macht Männer der That entgegenstehen, wenn man versucht, uns mit Repressivmaßnahmen niederzudrücken, wenn uns ein Entscheidungskampf aufgedrängt wird: was sollen wir dann thun?“

Kun dann werden wir der Ungleichheit die Gerechtigkeit entgegenstellen, der Gewalt mit Friedlichkeit begegnen. Das ist der einzige Weg, die Gewalt schließlich zu brechen, das einzige Kampfmittel gegen Bajonette. Wir haben dafür zu sorgen, daß das ganze Gewicht der moralischen Verurteilung auf diejenigen fällt, die den Versuch machen, mit Gewaltanwendung den Fortgang der socialdemokratischen Kulturbewegung zu hindern.

Es heißt, den Scharfmachern willkommener Wasser auf ihre Mühle liefern, erörtern sie die Möglichkeit einer anderen Haltung unferreits. Auch haben wir nicht nötig, zu andern Mitteln, die sich unfehlbar gegen uns kehren mühten, zu greifen, so lange wir in der Gerechtigkeit, Sachrichtigkeit und Zweckmäßigkeit unserer Forderungen die Garantie haben, daß sie nicht von der Tagesordnung der Menschheit verdrängt werden können, bevor sie erfüllt sind. Darum erklären wir gegenüber denen, die eine politische Revolution als unvermeidliches Resultat der socialen Konflikte in greifbarer Nähe gerückt sehen:

Die Socialdemokratie wünscht nicht und noch weniger erstrebt sie eine Revolution im Sinne politischer Gewaltanwendung. Revolution ist für sie gleichbedeutend mit dem Begriff der Evolution, der organischen Umgestaltung unseres wirtschaftlichen Systems im Sinne der Durchsetzung eines andern, des socialistischen Produktionsprinzips. In Uebereinstimmung mit den Erklärungen der berufensten Vorkämpfer der Partei sind wir überzeugt, daß diese fundamentale Umgestaltung auf friedlichem Wege durch planmäßige, gründliche und ganze Reformen bewerkstelligt werden kann. Und darum verweisen wir die Herrschenden auf diesen Weg, in dem ehrlichen Bestreben, die Gewalt, die seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor ist, in aller künftigen Entwicklung auszuschalten.“

Produkte zu thun hat. In der That erfolgte bereits in Meiningen, unter Hinweis auf den Wortlaut des Weyer Urtheils, eine Freigabe des Wiener Buches, die aber unmittelbar darauf auf telegraphische Weisung aus Berlin wieder aufgehoben wurde. In Neuchâtel hingegen ist die Wiener Ausgabe des Wilsch-Buches von den Behörden freigegeben worden und darf zur Zeit unbehindert vertrieben werden. Der Beschluß des Geraer Gerichtes erfolgte nach eingeholter Erlundigung beim Weyer Kriegsgericht.

Trotz aller Anstrengungen gegen den Wilsch-Schmuggel sind im Ganzen 200 Exemplare von den deutschen Behörden aufgefangen worden, ein gewiß sehr geringes Zahlenverhältnis im Hinblick auf die 70 000 durchgelassenen Exemplare. Eine Zeit lang wurde das Buch auch unter falschen Titeln über die deutsche Grenze gebracht, so als „Schul-Rechenbuch“ und als ein „Roman von Walter Scott“. Doch kamen die Zollbehörden gerade dadurch auf den Schmuggel und der Wiener Buchhändler, der diese in Rußland übliche Form zur Einschmuggelung verdorbener Bücher für Deutschland anwenden wollte, gab diese immerhin etwas schwierige Manipulation bald wieder auf.

Der Absatz des Wilsch-Romans in den andern Ländern ist ein geradezu enormer zu nennen. Nach England und Rußland gingen bis jetzt je 10 000 Exemplare. Paris allein hat von der deutschen Ausgabe 20 000 Exemplare abgesetzt. Gewaltig entwickelt sich in der letzten Zeit der Absatz an den verschiedenen Orten der Riviera. Ein Buchhändler am Bahnhof in Monte-Carlo setzt täglich über 50 Stüd ab. Mit dem Beginn der Badezeit rechnet der Verleger mit einem großen Absatz in den außerhalb des Reiches befindlichen Badeorten, die viel von Reichsdeutschen besucht werden, wie Karlsbad, Ostende, Scheveningen, und die Touristenorte in der Schweiz und in Tirol. In Wien selbst wurden über 10 000 Exemplare verkauft. Im Verhältnis sehr groß war der Absatz in nicht-europäischen Ländern. Es gingen zahlreiche Exemplare nach Ägypten, nach dem Transvaal und sogar nach China und Japan. In Amerika haben drei Zeitungen das Buch gleichzeitig in ihrem Feuilleton veröffentlicht, ebenso erschien es in drei polnischen Zeitungen und in einer ungarischen.

Interessant ist, daß in Frankreich nicht weniger als drei Uebersetzungen des Buches erschienen sind, die sämtlich nicht autorisirt sind. Die französischen Buchhändler verjuchten die Bestimmungen des internationalen Urheberrechts auf geschickte Art zu umgehen. Sie veröffentlichten einfach den Prozeß Wilsch nach den gerichtlichen Verhandlungen. Da im Verlauf dieses Prozesses auch der komplette Roman zur Verlesung kam, so brachten sie den Roman im Rahmen des Prozeßberichtes. Ein Verfahren, gegen das man juristisch schwer wird ankämpfen können. Von den drei französischen Ausgaben sind bis jetzt schon weit über 100 000 Exemplare verkauft.

Wilsch selbst sitzt im Gefängnis zu Straßburg und vermag auf den Gang der Dinge keinen Einfluß zu nehmen. Er hat daher ein

Es ist auch hier nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß kein Mensch in der Partei eine Revolution im Sinne politischer Gewaltanwendung wünscht oder erstrebt, daß vielmehr jeder Parteigenosse von der Möglichkeit überzeugt ist, die fundamentalste Umgestaltung friedlich zu vollziehen, falls die nötigen gründlichen Reformen rechtzeitig vorgenommen werden. David macht sich überflüssige Mühe, wenn er meint, er habe es nötig, Parteigenossen zu solchen Ansichten erst zu belehren. Der Unterschied zwischen David und den von ihm sogenannten Revolutionslitteraten liegt nicht im Erstreben, Wünschen und Hoffen, sondern im Erlernen. Genosse David redet der Offenlichkeit fortwährend vor, es gäbe Leute in unserer Partei, die zu Gewaltthaten drängen; kein Wunder, wenn die Scharfmacherisch interessirte Clique dasselbe behauptet. Und während der badische „Volksfreund“ überzeugt ist, daß die Scharfmacher das mächtige Proletariat scheuen, ist Genosse David zugleich bemüht, der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die herrschende Klasse diesem mächtigen Proletariat selbst seine bisherigen Rechte nehmen dürfte, ohne daß es sich zu wehren wagen würde. Auf der andern Seite ist dagegen die Ansicht vorhanden, daß die herrschende Klasse trotz dem mächtigen Proletariat sich nicht scheuen wird, eines Tages zur Gewalt zu greifen und, unabhängig vom Wünschen und Erstreben, aber auch ebenso weit entfernt von Kengstlichkeit, erörtert man auf dieser Seite die Mittel, durch welche das Proletariat seine thatsächliche Macht zur Geltung bringen und den Schlag abwehren könnte.

Das ist der Inhalt der Kautsky'schen Ausführungen in den jüngsten Aufsätzen in der „Neuen Zeit“. Der polnische Genosse Ludnia hatte neben andern Einwendungen gegen Kautsky's Broschüren auch bemängelt, daß Kautsky bewaffnete Insurrektionen und Vorkämpferkämpfe für unmöglich erklärt, und er hatte daran die Frage geknüpft, ob es Kautsky also für ausgeschlossen halte, daß das Proletariat jemals Gewaltthaten der Gegner mit Gewalt abwehre, ob es über seine andrer politische Waffe als den Stimmzettel verfüge. Indem Kautsky darauf eingeht, stellt er an die Spitze seiner Ausführungen dieses:

„Das kämpfende Proletariat gedeiht unter einer Verfassung, wie sie das Deutsche Reich besitzt, politisch in der erfreulichsten Weise. Es hat nicht die mindeste Ursache, sie in ungeheurer Weise gewaltthätig ändern zu wollen. Aber eben deshalb muß es, je mehr seine politische Macht steigt, um so mehr darauf gefaßt sein, daß seine Gegner die bestehende Verfassung umstürzen, um an ihre Stelle ein Regime gewaltthätiger Niederhaltung des Proletariats und gewaltthätiger Zerkleinerung seiner Organisationen zu setzen, ein Regime der Gewalt, das zu energischer Abwehr herausfordert.“

Es ist ausgeschlossen, daß ein solches Regime dort, wo die Massen socialdemokratisch denken, zu einer bewaffneten Erhebung des Volkes führt. Wenn es schließlich einen gewaltthätigen Widerstand des Proletariats hervorrufen sollte, dann könnte dieser sich nur eines Gewaltmittels bedienen, das es heute schon in seinen ökonomischen Kämpfen so oft als letztes Mittel der Entscheidung anwendet, des Streiks.“

Kautsky erörtert darauf die Möglichkeit, die Voraussetzungen, die Methoden und die Wirkungsweise eines solchen Streiks, wobei er von vornherein die Voraussetzung macht, daß der politische Streik sich erheblich unterscheidet von dem ökonomischen Streik. Ueber die Vorbedingungen des politischen Streiks sagt er:

„Soll das Proletariat durch einen politischen Streik siegen können, so ist also vor allem erforderlich, daß es einen überwiegenden Teil der Bevölkerung bildet, intelligent und zu einem großen Teile so fest organisiert ist, daß es Disziplin und Zusammenhalt auch dann zu wahren versteht, wenn seine Organisationen formell aufgelöst sind; daß es aus seiner Mitte immer wieder neue Führer erzeuge, denen es willig folgt, wenn seine gewohnten Vorkämpfer verhaftet sind; daß es sich nicht durch Verordnungen oder Aufreizungen zu unklugen und vorrätigen Schritten, zu keinem Wutausbruch und keiner Panik fortziehen läßt und nicht über kleinen Reibungen seine großen Ziele verliert. Die Industrie muß sehr entwickelt sein, das Proletariat muß eine lange Schule politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe hinter sich haben, ehe es so weit kommt.“

Andrerseits aber muß die Regierung gewisse Kennzeichen aufweisen, soll der Streik sie erschüttern können. Dies ist von vornherein ausgeschlossen bei einer Regierung, die vom Volke gewählt ist und sich nicht auf äußere, durch einen Streik zu desorganisierende Machtmittel stützt, sondern auf die Machtmittel des Volkes selbst. In der Schweiz zum Beispiel wäre der Versuch, die politische Gewalt durch einen Massenstreik ins Wanken zu bringen und zu erobern, ebenso aussichtslos wie überflüssig. Da der politische Streik nur durch seine desorganisierenden Wirkungen auf die Regierung, nicht durch seinen ökonomischen Druck auf die Gesellschaft zu siegen vermag, kann er nur dort am Platze sein, wo die Regierungsgewalt zu einer gewissen Selbstständigkeit der Volks-

Frankfurter literarisches Bureau mit der Vertretung seiner Interessen betraut und dieses versucht es nun — wie es heißt mit Erfolg — das Verlagsrecht des Romans für alle andern europäischen Sprachen zu verlaufen.

Die Käufer, so weit diese vom Verleger aus zu kontrollieren sind, sehen sich aus allen Berufsständen zusammen. Auffallend dabei ist, daß Offiziere am wenigsten darunter sind. Sonst aber ist die Beamtenwelt sehr zahlreich vertreten und sogar einige Hofmarschälle figurieren auf den Bestellerlisten. Zahlreich sind die Juristen aus dem Publikum, die an den Verleger gelangten und die ein interessantes physiologisches Merkmal für den Eindruck abgeben, den das Buch hervorgerufen hat. Da sind in erster Linie die Verbesserer und Ergänzter. Es sind diese Leute, die in Jordan gedient, die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen gelernt haben und nun mit Vorschlägen an den Verleger herantreten, dieses oder jenes Moment in den nächsten Auflagen noch hinzuzufügen. Es hat also den Anschein, als ob Wilsch das Material nicht erschöpft hat. Viel interessanter sind aber die Verlagsangebote, die dem Verleger unter Bezugnahme auf das Wilsch-Buch zugegangen sind. Dabei soll von den Anerbieten ganz abgesehen werden, ähnliche Romane auch über andre Garnisonen zu veröffentlichen. Es meldeten sich vielmehr Leute aus den verschiedensten Berufsreisen, die sich bereit erklärten, aus ihrem Wirkungskreis Mitteilungen in Romanform zu veröffentlichen, die die größte Aufmerksamkeit erregen müßten. Einstimmig waren die Antragsteller der Ansicht, daß mit ihrem Wuche auch 100 000 M. zu verdienen seien. Da ist z. B. ein höherer elsah-lothringischer Verwaltungsbeamter, der „Haarträubendes“ zu berichten haben will, ein anderer will seine Erfahrungen über die Praxis deutscher Gerichte anplaudern. Am amüsantesten ist aber das Anerbieten eines Gymnasiallehrer, der einen Roman „aus einer kleinen Gymnasialstadt“ geschrieben hat und der die Welt mit Geständnissen über Gymnasialskandalen überreichen möchte.

Es ist kaum anzunehmen, daß nicht einige von diesen Absichten zur Ausführung gelangen werden. Wir haben sicherlich in nächster Zeit einige sensationelle Enthüllungskromane zu erwarten. Die Autoren, die durch den Erfolg Wilsch's aufgereizt wurden, werden nicht eher Ruhe geben, als bis sie einen Verleger gefunden haben werden, den der Erfolg des Wilsch-Verlegers nicht schlafen läßt. So kann denn Wilsch, so wenig wertvoll sein Roman in literarischer Beziehung auch ist, dahindringend für eine gewisse literarische Richtung werden. Der Veruß- und Enthüllungskroman wird Schule machen. Wenn er ernst durchgeführt ist, von einem begabten Autor, könnte hier dem Roman sogar noch ein großes Feld blühen und er könnte in dieser Form der alten freitragischen Forderung, wonach der Roman das deutsche Volk bei seiner Arbeit aufsuchen soll, am ehesten und im modernsten Sinne gerecht werden. —

masse gegenüber gelangt ist, wie das in allen modernen Großstaaten der Fall. Aber auch in solchen Staaten hat das streitende Proletariat nur dann Aussicht auf Erfolg, sobald es einerseits auch äußerlich starken, brutalen, so doch innerlich schwachen und kopflösen Regierung gegenüber steht, die sogar bei den Weisenden, ja selbst in der Bureaucratie und Armee kein Vertrauen mehr genießt. Eine starke, weißblühende Regierung, die allen Volksklassen imponiert, ist durch einen politischen Streit kaum zu besiegen.

Zum Glücke für das Proletariat zeigt die Entwicklung allenthalben die Tendenz, die Regierungen zu schwächen und alle Klassen mit ihnen unzufrieden zu machen. Das ist kein Zufall. So lange die Staatsgewalt große Ziele hat, die im Interesse der Masse der Nation liegen, erzeugen ihre Kämpfe leicht große Männer, hinter denen geschlossene, große Parteien stehen. Ganz anders dort, wo die Staatsgewalt und die hinter ihr stehenden Klassen im wesentlichen alles erreicht haben, was sie brauchen, wie das heute der Fall. Es giebt kein großes, gemeinsames Interesse mehr, das diese Klassen zusammenschweißen könnte, die kleinen lokalen und beruflichen Sonderinteressen kommen in den Vordergrund, die Parteien der bestehenden Klassen spalten sich immer mehr in kleine, kurzfristige Cliquen. Die Regierungen aber werden immer mehr zu Koalitionsregierungen, deren Aufgabe nicht mehr darin besteht, ein großes Programm durchzuführen, sondern darin, die auseinanderstrebenden Elemente unter einen Hut zu bringen, was nur möglich ist in der Weise, daß man jede zum Verzicht auf den Rest ihres traditionellen Programms veranlaßt, daß man also ihre gesetzgeberische Unfähigkeit steigert und ihre ganze Kraft auf irgend eine nabelenge Aufgabe konzentriert — etwa einen Posttarif oder die polizeiliche Ausbreitung von ein paar Pfaffen und Nonnen, worüber alles andre vernachlässigt wird.

In einer solchen Atmosphäre können energische und weitblickende Männer der That nicht gedeihen; sie begünstigt rüchtratslose Schmeichler, Meister in der Kunst des Verschleiens und Vertuschens, die bereit sind, den widersprechendsten Tendenzen anscheinend durch Versprechungen, zu dienen, und die in ihrem Handeln nur für den nächsten Tag sorgen, unbekümmert um seine ferneren Konsequenzen. Es sind glatte Diplomaten, oft nicht ohne Intelligenz, stets sehr lebenswürdig, gewandt in der Kunst, jeden zu gewinnen, mit dem sie zu thun haben, aber unfähig, irgend einen großen Gegensatz zu überwinden, irgend ein großes Interesse auf die Dauer zu betreiben; unfähig auch, den Untergebenen durch ihre Ueberlegenheit zu imponieren. Es sind ganz bequeme Steuermänner für die Zeit des Sonnenscheins und leiser Zephyre. Aber sie versagen im Sturm, und sie müssen ihre Autorität schon vor seinem Ausbruch völlig abgenutzt haben angesichts der Widersprüche, denen sie dienen, die sie nicht zu überwinden, sondern nur zu überlebensfähig machen.

Und weiter über die Wirkungsweise:

„Je unerwarteter der Streit, je spontaner, desto eher wird er diese Wirkung erzielen. Was von jedem Streit gilt, trifft am meisten für den politischen zu: der beste Zeit seiner Wirkung ist dahin, wenn man ihn vorher für einen bestimmten Termin anknüpft. Diese Anknüpfung hat nur dann einen Zweck, wenn man nicht die ernste Absicht hat, den Streit wirklich durchzuführen, wenn man ihn bloß als Drohung benutzen will. Aber solche Drohungen nützen sich nur zu rasch ab, und wenn ihnen nicht die entscheidende That folgt, müssen sie Entmutigung und Mißtrauen in den eigenen Reihen säen.“

Der politische Streit hat dann die meiste Aussicht auf Erfolg, wenn er spontan aus einer eigenen Situation herauswächst, welche die gesamte Volksmasse in die tiefste Erregung versetzt hat — etwa ein großes, ihr zugefügtes Unrecht, ein Staatsstreik oder etwas Ähnliches —, so daß sie bereit ist, alles zu wagen und ein Lösungswort, wie das der Arbeitseinstellung, gleich einem Lösungsfeuer durch sie läuft, alles mit sich fortziehend und durch die Möglichkeit, Allgemeinheit und Wucht der Eruption die Gegner einschüchternd, verwirrend, lähmend.

Nichts irriger als die Anschauung, die gesamte Arbeiterschaft müßte erst gewerkschaftlich organisiert sein, ehe man den politischen Massenstreik beginnen könnte. Diese Voraussetzung würde nie eintreffen, sie hätte aber auch nur einige Berechtigung für den Fall, daß man durch den ökonomischen Druck einer langwierigen Arbeitseinstellung den Gegner besiegen wollte. Gilt es, ihn durch einen moralischen Schock zu lähmen, dann ist dazu nicht allgemeine Organisation, wohl aber allgemeine Erregung der Proletariatsmassen in gleicher Richtung erforderlich — eine Erregung, die freilich erfolglos verläuft, wenn hinter ihr nicht eine Organisation oder doch eine durch die Schule der Organisation gegangene Arbeiterschaft stehe, die der Bewegung Gehör und Rückgrat verleiht.

Schließlich noch ein Citat aus diesem Kapitel: „Treffen alle die hier gemachten Beobachtungen zu, dann müssen wir zu dem Schlusse kommen, daß der politische Massenstreik eine Waffe ist, die unter Umständen vortreffliche Dienste leisten kann, für deren erfolgreiche Anwendung aber die Zeit noch nicht gekommen ist. Sie ist weder ein souveränes Mittel, den herrschenden Klassen einzelne Konzessionen abzurufen, noch eines, die Erhaltung der erlangenen politischen Freiheiten und Rechte auf alle Fälle fortan zu sichern.“

Aber der politische Massenstreik kann dort, wo dem Proletariat seine legalen politischen Machtmittel genommen sind, wo es politisch wenig zu verlieren und unendlich viel zu gewinnen hat, wenn er in einer günstigen Situation ausbricht, die eine schwache Regierung ungerüstet oder in einer Klemme vorfindet, das Mittel werden, in einem letzten Entscheidungskampf dem Proletariat die politische Macht zu erringen. Er ist ein wahrhaft revolutionäres Mittel und als solches nur in revolutionären Zeiten am Platze, beim Kampfe nicht um einzelne Wahrgelände, sei es das Wahlrecht, das Koalitionsrecht oder etwas Ähnliches, sondern beim Kampfe um die ganze politische Macht.

Ist aber der politische Streit unter den heute gegebenen Verhältnissen nicht am Platze, so ist es andererseits sehr die Frage, ob er ein Mittel ist, dessen Anwendung unter allen Umständen notwendig wird. Wir haben gesehen, daß wir die Formen der kommenden Kämpfe um die politische Macht nicht voraussehen können; Ereignisse im Ausland — wir haben als solche genannt eine Erhebung in Belgien, einen unglücklichen Krieg in Rußland, einen Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten — können auf Deutschland in einer Weise zurückwirken, daß sich hier die Eroberung der politischen Macht ohne jede Katastrophe auf friedlichem Wege vollzieht. Andererseits ist die Dauerhaftigkeit und Widerstandskraft der heute schon dem Proletariat zu Gebote stehenden politischen Machtmittel noch nicht auf die äußerste Probe gestellt worden, endlich vermag die Zukunft noch vieles Unerwartete zu bringen.

Nichts wäre daher voreiliger, als sich auf den politischen Massenstreik für bestimmte Gelegenheiten zu verpflichten. Aber wir haben auch nicht die geringste Ursache zum Gegenteile. Ich stimme Adler vollständig zu, wenn er sagt: „Ich bin nicht dafür, unsere Gegner zu beruhigen, daß sie vor dem Generalsstreik sicher sind. Wir würden in ihnen damit eine gefährliche Illusion nähren. Abschwören wollen wir den Generalsstreik nicht. Wann, wie, ob, das steht dahin.“

So natürlich über den politischen Streit. Von nervöser und hysterischer Schamacherei sind diese Ausführungen ebenso entfernt, wie vom ängstlichen Ausweichen vor den möglichen Konsequenzen der gegenwärtigen politischen Zustände. Nichts ist falscher wie der Glaube, die herrschende Klasse scheute vor Rechtsbrüchen zurück; wir würden nur zeigen, daß wir unsrer Aufgabe nicht gewachsen sind und das Vertrauen des Proletariats nicht verdienen, wenn wir uns solchen Illusionen hingäben und uns von den Gegnern überzumpeln ließen.

Die sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, Katastrophen zu wünschen und zu erstreben, aber sie würde nicht nur politische Unfähigkeit erweisen durch den unerklärlichen Glauben an eine endlos friedliche Entwicklung unsrer politischen Verhältnisse, sie würde sich auch selbst aufgeben, wenn sie allen Möglichkeiten gegenüber

nichts weiter zu thun wüßte, als sich von vornherein für wehrlos zu erklären. Die gegenwärtige politische Situation ist wahrhaftig nicht dazu angethan, uns in Illusionen zu wiegen über die Klugheit der herrschenden Klasse. Was sie auch thun möge, wir sehen der Gefahr ruhig und kühl ins Auge; wir haben keinen Anlaß, sie zu provozieren, aber auch keinen Anlaß, ihr ängstlich aus dem Wege zu gehen, ja nicht einmal die Möglichkeit dazu, es wäre denn, wir wollten uns selbst aufgeben. Sich selbst aufgeben bedeutete es aber auch, wenn die Dreimillionenpartei allen Gewalttaten der herrschenden Klasse gegenüber kein andres Sprüchlein wüßte, als das vom absoluten Stillhalten. Auch das „mächtige“ Proletariat besteht aus Menschen und auch von ihm gilt am Ende, was vom einzelnen Menschen gilt: ohne Selbstvertrauen, ohne Vertrauen in seine Kraft ist auch ein Riese ein hilfloses Kind. Das Proletariat ist erst dann eine Macht, wenn es eine sein will. Die Schaumacherei ist nicht minder schädlich wie die Schamacherei.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Organisationsverhältnisse in der oberen Rheinprovinz sagt das Agitationskomitee in seinem Geschäftsbericht:

Die Organisation hat sich in einer Anzahl von Wahlkreisen unter dem Einflusse der Wahlbewegung erheblich verbessert. In acht Kreisen bestehen Parteivereine. In einer Anzahl anderer Kreise besteht eine lose Organisation mit einem Vertrauensmann an der Spitze. Die acht Vereine haben zusammen etwa 2000 Mitglieder. Vieles regelmäßig zahlende Genossen in den Kreisen mit Vertrauensmännern vorhanden sind, konnte wegen mangelhafter Beantwortung etlicher Fragebogen nicht festgestellt werden. In einer Anzahl weiterer Kreise (der Bezirk umfaßt 23 Reichstags-Wahlkreise) ist überhaupt keine Spur einer Organisation vorhanden. Davon überzeugt übrigens schon ein Blick auf die Stimmzählungen in vielen Kreisen. Das Agitationskomitee hält es für erwünschlich, wenn sich die einzelnen Wahlkreise eine centralistische Organisation schaffen, und zwar ist vor allem die Bildung eines Kreisvereins ins Auge zu fassen. Nur wo das nicht angängig ist, darf das Vertrauensmännersystem weiterbestehen. Diese Kreisvereine würden, sofern ihnen nur an einem Orte Lokale zur Verfügung ständen, monatlich einmal, und zwar Sonntags, gut vorbereitete Versammlungen abhalten. Der Vorstand dieses Vereins hat sämtliche Parteigeschäfte zu leiten und die Verbindungen mit den Vertrauensleuten der einzelnen Orte, die Unterlassener des Vereins sein müssen, aufrecht zu erhalten. Das Agitationskomitee hofft zudem, daß es trotz der ablehnenden Haltung des Parteivorstandes in nicht allzu ferner Zeit möglich sein wird, einen besoldeten Parteisekretär anstellen zu können. Auf dem diesjährigen Parteitag (des Bezirks) wird auch voraussichtlich einer gemeinsamen Organisation der Kreise Köln-Stadt und Köln-Land das Wort geredet werden.

Die 23 Kreise des Bezirks brachten bei der Wahl des Jahres 1903 einen Zuwachs von 23 874 Stimmen gegen das Jahr 1898.

Im Gau Nordbayern betragen die Reichstagswahlkosten für die zwanzig zur Organisation gehörenden Wahlkreise 33 118 Mark. Davon wurden 14 200 Mark aus der Hauptkasse geleistet. Die zwanzig Kreise brachten gegen 1898 einen Zuwachs von 28 302 Stimmen.

Der Gauossleiter berichtet in seiner Abrechnung für 1903 Beiträge aus 94 Vereinen gegen 66 im Jahre 1902.

Von der Kolportage ausgeschlossen ist der „Wahre Jakob“ im Bezirke der Amtshauptmannschaft Amberg in Sachsen. Einem Kolporteur in der Stadt Verdau, der sein Verzeichnis einreichte, wurde dies vom dortigen Stadtrat eröffnet. Die Amtshauptmannschaft nimmt also an, daß der „Wahre Jakob“ „in sittlicher und religiöser Beziehung Aergernis zu geben geeignet ist“.

Die Säemann.

In der in Amsterdam erscheinenden „Deutschen Wochenzeitung in den Niederlanden“ lesen wir:

„Die Führer der Sozialdemokraten hier zu Lande befehligen sich einer sehr erfolgreichen Taktik, um Anhänger ihrer Lehre zu gewinnen. In regelmäßigen Zeiträumen findet man in der Tagespresse die lakonische, von keinem Kommentar begleitete Mitteilung: der sozialdemokratische Abgeordnete X oder Y hat sich in dem oder dem Städtchen niedergelassen. Namentlich der Chef des sozialdemokratischen Generalsekretes, Dr. jur. Troelstra, ist von einem frischen Wandergestirnt besetzt. Augenblicklich hat er seine häuslichkeit nach Scheveningen verlegt und belehrt die dortigen Fischer über die Herrlichkeiten des Zukunftsstaates. Anfänglich hatte der „laileiko soociaal“ mit großen Antipathien zu kämpfen, denn die Scheveninger Fischer sind bibel-feste Männer, aber je größer der Widerstand, desto höher bei Troelstra der Reiz, diesen Widerstand zu brechen.“

Gegenwärtig ist der gewöhnliche Versammlungssaal zu klein, um die typisch gelleideten, robusten Fischer zu fassen, die, die Mühe im Genick, den Pfeifenstummel zwischen den Zähnen und die schwierigen Hände in die Holentischen versenkt, den Ausführungen des Volkstribuns mit zufriedenerem Sämunjeln folgen. Und man muß offen bekennen: Troelstra leidet das Fischervolk durch und durch.

Was er ihnen einleibt, ist leicht verdauliche Kost, gewürzt mit bitterem Humor. Die Bibel rührt er in seinen Vorträgen nie an. Nur hier und da schließt er, wie er sich ausdrückt, das auf den Markt gebrachte Christusbild zur Seite, um seinen Zuhörern zu zeigen, wie schlecht die sich dahinter verbergende egoistische Gesellschaft den Willen Christi, der Selbstaufopferung predigte, befolgt. Vergangenen Freitag wurde ihm solcher Weisfall zu teil, daß man glaubte, die Saalkur würde durchbrechen.

Werbwürdigerweise sendet die antirevolutionäre Partei, zu welcher sich die meisten Fischfamilien bekennen, niemals tüchtige Debattier ins Treffen, sondern nur schwache Redner, welche mit Gemeinplätzen um sich werfen und von Troelstra kurzerhand abgeföhrt werden.

Wahrscheinlich hält man diese Profektinmacherei der Sozialdemokraten in gegnerischen Kreisen für ungefährlich, aber die Wahlergebnisse im kommenden Jahre dürften ihnen — zu spät — deutlich machen, daß sie gewaltig geirrt haben.“

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

10. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, 15. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/2 Uhr.

Die Versammlung ist zu Beginn nur sehr schwach besetzt. Die Specialberatung des Stadthaushalts-Etats für 1904 wird fortgesetzt.

Der Special-Etat für die Straßenbeleuchtung ist im Ausschusse unverändert geblieben; dagegen sind im Etat für die Straßenreinigung und Vesprenzung einige Ausgabe-Ansätze ermäßigt worden, nachdem bei der Ausschreibung neuer Sprengwagen und Rehrmaschinen sowie der Vespennung und Bedienung derselben Winderpreise gegen den Etatsantrag erzielt worden sind.

Beide Etats werden nach dem Entwurf festgesetzt.

Zum Etat der Civilstandsämter schlägt der Etatsaus-schuh folgende Resolution vor:

Der Magistrat wird ersucht, die Standesbeamten im Wege einer Instruktion aufzufordern, dem Publikum nicht nur höflich entgegenzutreten, sondern auch den Traualt in möglichst feierlicher Form vorzunehmen und den Ehepaaren nach beendeter Trauung die Glückwünsche auszusprechen.

Oberbürgermeister Riefker bittet, die letzten Worte der Resolution fortzulassen, da es nicht angehe, den Standesbeamten eine solche in den Befehlen nicht begründete Anweisung zu geben. Im übrigen sei der Wunsch, den Akt mit einer größeren Feierlichkeit zu

umgeben und die ehelichenden Paare von dem Standesbeamten höflich behandelt zu sehen, begründet. Die Resolution sage auch nichts Neues, denn schon wiederholt seien entsprechende Verfügungen vom Oberpräsidenten usw. ergangen.

Vorsitzer Dr. Langerhans: Als Vertreter der Bürgerchaft haben wir uns für verpflichtet gehalten, der weitverbreiteten Unzufriedenheit über die schablonenhafte Behandlung der standesamtlichen Eheschließungen öffentlichen Ausdruck zu geben. Mit dem Wegfall des letzten Satzes können wir einverstanden sein.

Die Resolution wird darauf ohne die Gratulationsaufsätze angenommen und der Etat genehmigt.

Zum Etat der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch sind verschiedene Schaugebührenerhöhungen vom Magistrat vorgeschlagen und vom Ausschuh gutgeheißen worden, sodass sich der Gebührentarif vom 1. April cr. ab wie folgt gestalten würde:

Für 1 Schwein inkl. Trichinenschau-Gebühr, bisher 1.— M.	1,15 M.
1 „ ohne	0,40 „ 0,50 „
1 Rinderviertel	0,40 „ 0,50 „
1 Kalb	0,25 „ 0,30 „
1 Schaf	0,20 „

Der Tarif und der Etat werden ohne Debatte genehmigt.

An den Special-Etats „Grundstücke in der Stadt“, „Ländliche Grundstücke in und außerhalb der Stadt, Mietsgrundstücke außerhalb und Kalksteinbruch zu Rüdersdorf“, und „Berechtigungen“ ist nichts geändert; ebensowenig an den Etats für die Jrenen- und Jdiotenanstalt in Dall-dorf, für die Jrenenanstalt Herzberge in Lichtenberg, für die Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“ bei Bieddorf und für die Bade-Anstalten.

Beim Etat für Dalldorf bittet

Stadtv. Deutsch (soc.-fortschr.) den Referenten Wallach, aus-schuhlicher zu referieren, da er und seine engeren Freunde im Etats-ausschuh nicht vertreten seien.

Stadtv. Wallach: Die Ausschuhstimmungen sind jedem Stadt-berordneten zugänglich.

Stadtv. Deutsch: Für diese Belehrung danke ich dem Referenten nicht. Wir sind nicht gewillt, als Stadtverordnete zweiter Klasse in den Ausschuh zu gehen. (Lebhafte Oho! und Zustimmung.) Wir sind der Meinung, daß uns ein Platz im Ausschusse eingeräumt werden muß. Wir gehen nicht in den Ausschuh, ohne in denselben gewählt zu sein. (Vereinzelte Zustimmung.)

Ohne Debatte werden die vereinzelt den Etat genehmigt, aber eine Petition um Weiterherabsetzung der Waderpreise wird zur Tages-ordnung übergegangen.

Zum Etat der Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße liegt der im Ausschuh mit 12 gegen 3 Stimmen abgelehnte Antrag der Sozialdemokraten dem Plenum wieder vor:

„Die Versammlung beschließt, daß vom Jahre 1905 ab die Wohnungs-Desinfektion unentgeltlich erfolgt, und ersucht den Magistrat, diesem Beschlusse zuzustimmen.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragen Stadtv. Dr. Friedemann und Genossen, von 1905 ab die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten für Personen mit 3000 M. Einkommen und darunter unentgeltlich erfolgen zu lassen.

Stadtv. Dr. Wehl (soc.): In einem bestimmten Falle sollen an die Arbeiter übertriebene Ansprüche gestellt werden sein, und es ist im Anschuh daran im Ausschuh von der Notwendigkeit einer Änderung die Rede gewesen. Nun hat in der Urzeitmel die Bazillenfurcht, auf der doch das Reglement basiert, entschieden abgenommen. Die Desinfektionen erfüllen durchaus nicht vollständig den gewollten Zweck, da sie doch meistens erst am Ende der Krankheit erfolgen. So lange das Reglement nicht geändert werden kann, da die Meinungen der Gelehrten noch geteilt sind, hätten Sie doch gerade das größte Interesse an der Annahme unsres Antrages, der die Pflicht der ganzen Manipulation erst in größerem Umfange ver-wirklicht. Die Zahl der Desinfektionen nimmt von Jahr zu Jahr ab und zwar wesentlich mehr bei den Bewohnern der Hinterhäuser als bei denen der Vorderhäuser. 1900 betrug die Zahl der Inter-essenten in den Vorderhäusern 674 Proz. und diese Zahl wächst mit jedem Jahr. Die Wohlhabenden machen von der Desinfektion aus-gieblich Gebrauch, die armen Leute nur bei polizeilichem Einschreiten; es sind die Kosten, welche die letzteren abschrecken, während doch gerade aus ihren Quartieren die ansteckenden Krankheiten sich verbreiten. Wenn nahezu 60 Proz. der Kosten niedergeschlagen werden, so be-weist das nichts gegen unsren Antrag. Somit wirft man uns vor, wir wollten durch unsre Anträge die Armen begünstigen; hier stellen wir einen Antrag angeblich zu Gunsten der Wohlhabenden! Wir wollen eben der Gesamtheit etwas zuzunehmen lassen. Die social-fortschrittliche Partei sollte hier doch einen ganzen und nicht einen halben Schritt thun. Wenn die Unentgeltlichkeit die Ausgaben steigert, so spricht das doch gerade für unsren Antrag, den ich Sie im hygienischen Interesse der Stadt anzunehmen bitte. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Friedemann (soc.-fortschr.): Nur für den Fall der Ablehnung des Antrages Antrid haben wir unsren Antrag gestellt, um wenigstens etwas zu erreichen. Die Erfahrungen auch aus andern Städten beweisen, daß die ärmeren Leute aus Scheu vor den Kosten die Infektionskrankheiten möglichst vermeiden. Daß die Wohl-habenden mit der unentgeltlichen Desinfektion Luxus treiben würden, ist, wie schon Dr. Wehl zutreffend bemerkt hat, sehr unwahrscheinlich, weil zum Vergnügen sich niemand seine Wohnung und seine Möbel mit Formalin usw. parfümieren lassen wird.

Stadtv. Dr. Friedemann: Die Verwaltung kommt schon seit 1890 den Bedürfnissen der ärmeren Bevölkerung in reichem Maße ent-gegen. Es bedarf nur der Beiseinigung des Bezirksvorstehers, nicht des Armenvorstehers, und die Kosten werden niedergeschlagen. Der Charakter einer Armenunterstützung ist bei dieser Rückerschlagung absolut ausgeschlossen. Daß die Desinfektionen zunehmen würden bei Unentgeltlichkeit, ist ein Irrtum, ebenso wie die Meinung, daß hierbei die Polizei in Wirksamkeit tritt. Ein besonderes Kuratorium für die Anstalt würde nur eine Verzögerung der Arbeiten herbei-führen. (Widerspruch des Stadtv. Borgmann.) In den meisten preussischen Großstädten ist die Gebührenfrage wie bei uns geordnet.

Stadtv. Dr. Nathan (soc.-fortschr.): Es ist zuzugeben, daß die Stadt bei der Einziehung der Gebühren human verfährt, aber es kann nicht gelugnet werden, daß die eigentliche Arbeiterbevölkerung nur eine geringe Zahl der Desinfektionen veranlaßt. 1798 Fällen dieser Art stehen nicht weniger als 3738 der Wohlhabenden, 744 des Mittelstandes gegenüber. Die armen Leute üben auf die Kertze einen Druck aus, anstehende Krankheiten überhaupt nicht zur Anzeige zu bringen. Das Gefühl des modernen Menschen fränkt sich überhaupt gegen Wohlthaten (Unruhe), er will Rechte haben; und diesem Ge-danken sollten wir als Liberale unsre volle Unterstützung angedeihen lassen. Es handelt sich hier nur um eine lumpige Summe.

Stadtv. Dr. Wehl: Trox alles Entgegenkommens ist die Zahl der Desinfektionen in den Hinterhäusern ständig herabgegangen. Wenn die Bewohner von Wohnungen unter 300 M. Mietswert nichts zu leisten brauchen, so sind so billige Wohnungen in Berlin nur noch äußerst selten. (Widerspruch.) Die Kertze können im Gegensa-tz zu der Auffassung des Stadtrats nur bestärken, daß in der armen Bevölkerung eine starke Antipathie gegen die Anzeige ansteckender Krankheiten herrscht. Das Reglement ist wirklich nur dazu da, um übertreten zu werden, denn es legt dem Desinfektor Enthaltensamkeit von Speise und Trank bei seiner schweren Arbeit in einem unent-räglichen Umfange auf.

Stadtv. Dr. Nathan: Die Kompetenz der Brandenburger Kertze-lammer und des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist doch wohl noch etwas größer als die des Kollegen Sachs, und beide er-lären die Unentgeltlichkeit für notwendig.

Beide Anträge werden abgelehnt, der Etat genehmigt.

Stadtv. Sachs (A. L.): Wenn Kinder armer Familien an Diphtherie usw. erkranken, werden sie sofort, und zwar ohne Arzt, ins Krankenhaus gebracht, während die wohlhabenden Familien ihre erkrankten Kinder im Hause behalten und dann die Wohnung des-infizieren lassen. Es ist keine Schande, Wohlthaten zu empfangen.

Stadtv. Nathan: Die Kompetenz der Brandenburger Kertze-lammer und des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist doch wohl noch etwas größer als die des Kollegen Sachs, und beide er-lären die Unentgeltlichkeit für notwendig.

Beide Anträge werden abgelehnt, der Etat genehmigt.

Stadtv. Sachs (A. L.): Wenn Kinder armer Familien an Diphtherie usw. erkranken, werden sie sofort, und zwar ohne Arzt, ins Krankenhaus gebracht, während die wohlhabenden Familien ihre erkrankten Kinder im Hause behalten und dann die Wohnung des-infizieren lassen. Es ist keine Schande, Wohlthaten zu empfangen.

Stadtv. Nathan: Die Kompetenz der Brandenburger Kertze-lammer und des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist doch wohl noch etwas größer als die des Kollegen Sachs, und beide er-lären die Unentgeltlichkeit für notwendig.

Beide Anträge werden abgelehnt, der Etat genehmigt.

Stadtv. Sachs (A. L.): Wenn Kinder armer Familien an Diphtherie usw. erkranken, werden sie sofort, und zwar ohne Arzt, ins Krankenhaus gebracht, während die wohlhabenden Familien ihre erkrankten Kinder im Hause behalten und dann die Wohnung des-infizieren lassen. Es ist keine Schande, Wohlthaten zu empfangen.

Stadtv. Nathan: Die Kompetenz der Brandenburger Kertze-lammer und des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist doch wohl noch etwas größer als die des Kollegen Sachs, und beide er-lären die Unentgeltlichkeit für notwendig.

Beide Anträge werden abgelehnt, der Etat genehmigt.

Zum Etat der Heimstätten für Genesende bemerkt Stadtv. Dr. Wehl: Bei der Generaldebatte hat der Oberbürgermeister gegenüber meinem Freunde Singer bezüglich der Ueberfüllung der Heimstätten Äußerungen gethan, die teils unrichtig waren, teils einen recht bedauerlichen Mangel sozialen Verständnisses erkennen lassen. (Große Unruhe; Vorleser Langerhans: Solche Ausdrücke kann ich absolut nicht durchgehen lassen in einer Versammlung der Vertreter der Bürgerchaft!) Ich habe keineswegs die Absicht gehabt, den Oberbürgermeister zu beleidigen. (Gelächter.) Der Oberbürgermeister meinte, die Heimstätten seien ein Akt reinen Wohlwollens der Kommune und gingen über ihre Verpflichtung hinaus. Herr Cassel meinte, in 10 Jahren wären die Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen beinahe verdoppelt, wir hätten es herrlich weit gebracht. Herr Sachs hat sogar von dem hygienischen und sozialen Launen der Zeit gesprochen. Alle diese Ausprüche sind auf einem Boden erwachsen, von dem aus man alle diese Einrichtungen nur aus dem Wohlwollen entspringen als Almosen, und die ganze Verwaltung bloß mit dem Auge des Armenpflegers ansieht. Die Heimstätten sind überfüllt. Bei der Ueberfüllung der Krankenhäuser können die Kräfte beim Gesundheitswesen gar nicht mehr genau vorzugehen. Es ist für eine Stadt einfach eine unerlässliche soziale Pflicht, diejenigen, die die Krankheit überstanden haben, in Genesungsanstalten unterzubringen; wenn es nach uns ginge, müßte jedes Krankenhaus ein Retowalesgenheim haben. Nach den amtlichen Zahlen betragen die Vormerkungen zu den einzelnen Anstalten bis zu 121 und die Wartezeit bis zu 42 Tagen, und das ist jetzt, noch ehe der Frühling ins Land gegangen ist. Was soll erst im Sommer werden? Nicht durch die Ausprüche solcher Lauscher wird die Arbeitslosigkeit der Verwaltung gelähmt, wie Herr Kirchner meinte, sondern dadurch, daß keine Abhilfe erfolgt. Im Sommer wird der Andrang entsprechend der Verlängerung der Minimalfranken-Unterstützung auf 26 Wochen anwachsen. Beim Heimarbeitertag war der Magistrat eingeladen worden, sich vertreten zu lassen. Das Schreiben ist ohne Antwort geblieben; es giebt kein Heimatbeiterland in Berlin, wozu soll sich also der Magistrat beteiligen? Schon 1897 sollte eine zweite Heimstätte für Brustkranke errichtet werden; man hat sie auch in Buch projektiert, aber noch heute ist sie nicht fertig. Auch die Heimstätten müssen vermehrt werden. Redner weist schließlich nach, daß auch die Bauverwaltung in Buch an der Verzögerung mit schuldig ist. (Lebhafter Beifall b. d. Soc.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich bin zwar dem Vorleser sehr dankbar für seinen Schutz, aber ich bedarf dieses Schutzes nicht, denn solche Reden lassen mich sehr kalt, wenigstens in der Öffentlichkeit, auf die ich Gewicht lege. (Lebhafter Beifall.) Verpflichtungen, die auf rechtlichen Fundamenten beruhen, die müssen wir einhalten; daneben giebt es andre, die wir aus Wohlwollen gegen die ärmere Bevölkerung erfüllen, da sind wir nicht verpflichtet, bis zu einer bestimmten Grenze zu gehen, und das halte ich vollständig aufrecht. Wer diese beiden Gebiete vermischt und das zweite Gebiet so behandelt wie das erste, entbehrt der Logik und erhebt unbegründete Ansprüche. Berlin ist in Deutschland die erste Stadt gewesen, die Heimstätten eingerichtet hat; keine zweite Stadt ist soweit wie Berlin darin gegangen. Und der Dank? Den haben wir eben gehört. (Stürmisches: Sehr richtig!) Wir sind ja im Begriff, in Buch eine neue Heimstätte zu errichten; der Vorredner könnte auch wissen, aus welchen Gründen die Verzögerung gekommen ist. Seine bauscheinlichen Ausführungen überlasse ich Ihrem Urteil. (Heiterkeit.) Ich leugne gar nicht, daß wir in einem gewissen Rückstand gekommen sind durch den langsamen Bau in Buch; aber Sie wissen doch, wie dort das Bauprogramm immer größer geworden ist. Die Welt weiß besser, was es mit den hygienischen Zuständen Berlins auf sich hat; die Welt weiß solche Reden zu würdigen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Anfrage des Stadtv. Dr. Friedemann bestätigt Stadtrat Straßmann, daß die Heimstätten zunächst diejenigen aufnehmen, die schon zwei Jahre in Berlin wohnen d. h. den Unterstützungs-Behuf erworbene haben, und die andern Bewerber event. zurückweisen.

Stadtv. Friedemann hält diesen Standpunkt für falsch. Ortsangehörigkeit und Unterstützungs-Behuf sei nicht identisch. Wenn Lungenheilstätten existieren, habe die Gemeinde auch die Pflicht, sie den Unbemittelten zugänglich zu machen. (Der Vortrag des Redners wird teilweise durch die wachsende Unruhe und die immer lauter werdende Privatunterhaltung in der Versammlung unnehmbar gemacht.) Man scheint durch die Maßregel verhindern zu wollen, daß die Betroffenen den Unterstützungsbehuf erwerben.

Stadtv. Dr. Wehl: Gegen den Vorwurf der mangelnden Logik bedarf ich keines Schutzes, denn ich vertrete eine gute und gerechte Sache. Der Oberbürgermeister kann mir mit Sophisterei und Haarshalterei nicht beikommen. Gewiß bestehen gesetzliche Verpflichtungen. Aber daneben besteht doch ein moralisches, ein soziales Verantwortlichkeitsgefühl, wo bleibt das bei ihm? Von diesem Gefühl lassen wir uns leiten. Wenn Herr Cassel für das „Notwendige“ die Mittel bewilligen will, so meint er damit doch auch das hygienisch Erforderliche. Heute sind unsere Heimstätten zum Teil gar nicht Heimstätten für Genesende; es werden zahlreiche Kranke von den Krankenhäusern nach den Heimstätten abgeschoben, nicht weil sie schon genesen sind, sondern weil die Krankenhäuser überfüllt sind und weil eine Hausbehandlung weiter notwendig ist, wie die Assistenten ausdrücklich attestiert haben. Der Aufenthalt in den Heimstätten ist also als Fortsetzung der Krankenhauspflege zu betrachten. Es kamen schwerkranke Personen hinaus, insofern ist also jener Unterschied ganz unberechtigt.

Stadtv. Sachs bestreitet, daß die letztere Behauptung zutrifft. Können Schwerkranke hinaus, so sei das lediglich auf eine Jahrfristigkeit zurückzuführen. Nur der letzte Gemeldete habe etwa vierzig Tage zu warten. In Gütergoy würden auch solche aufgenommen, die nur acht Tage in Berlin waren.

Stadtv. Friedemann: Dann hat mich das Bureau der Heimstätte falsch berichtet, indem es auf die Bedingung des zweijährigen Aufenthalts hinwies.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt Stadtv. Dr. Wehl, daß die Wartezeit gegenwärtig am 12. März 42 Tage betrage; im Sommer werde sie bis auf drei Monate steigen.

Stadtv. Sachs: Aber doch nur für den letzten, nicht für alle, sind es 40 Tage.

Der Etat wird genehmigt.

Stadtv. Giese referiert über die Etats für die höheren Lehranstalten und die Gemeindeschulen.

Stadtv. Preuß (soc. fortschr.) macht auf den Lehrermangel aufmerksam, der sich an den höheren Schulen zu zeigen beginnt und hauptsächlich auf die jetzige Besoldungsordnung zurückzuführen sei.

Stadtv. Jylitz (K. L.) hebt den großen Prozentsatz auswärtiger Schüler an den Berliner höheren Lehranstalten hervor. Die Stadt gebe diesen Auswärtigen 389 000 M.; der Magistrat solle in Zukunft derartige Schüler nur zu den Selbstkosten der Stadt aufnehmen.

Oberbürgermeister Kirchner kann das nicht in Aussicht stellen; erwoogen soll die Frage werden. Das Verhalten der Vororte könne allerdings nicht außer Betracht bleiben.

Stadtv. Cassel (K. L.) tritt dem Verlangen seines Fraktionskollegen entgegen. In den Vororten seien viele neue Schulen in jüngster Zeit entstanden, die auch von Berlinern besucht werden. Die Auswärtigen, die nicht durchweg zu den Reichern gehörten, zahlten schon heute ein höheres Schulgeld.

Stadtv. Professor Dr. Wastel (K. L.) bringt auf Beschleunigung des Baues des Friedrich-Realgymnasiums, da schon jetzt Anmeldungen wegen der Unzulänglichkeit der interimistischen Räume in der Wartensburgerstraße zurückgewiesen werden müßten.

Stadtv. Singer (soc.): Die Anregung des Kollegen Jylitz können wir in keiner Weise unterstützen. Völe Beispiele verderben gute Sitten; was nützt für die Krankenhäuser recht war, soll heute schon den Schulen billig sein? Was heißt Selbstkosten? Das werden auch diejenigen selbst nicht wissen, die diesen Modus

vorschlagen. Wir können doch Berlin nicht ins Mittelalter zurück-schrauben und wieder mit der alten Panneisse operieren. Das wäre aber schließlich die Konsequenz. Mit förmlichem Fanatismus geht man ja jetzt gegen die Nicht-Ortsangehörigen vor. Die Vororte bilden mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit. Wir können uns dagegen sträuben und das beklagen, aber wir dürfen doch darüber nicht auf einen Standpunkt gelangen, bei dem man nicht mehr weiß, ist man in Berlin oder in Reichswinkel oder in Vortehude? In Herrn Jylitz und Herrn Wallach verkörpern sich alle Anträge, welche darauf hinauslaufen, daß jeder jede Leistung der Stadt wieder dadurch abtragen soll, daß er in Berlin wohnt. Diese Konsequenz ziehen Sie doch aber selbst nicht. Wir können nur wünschen, daß unsere Lehranstalten möglichst gut besucht sind. Bei der jetzigen Entwicklung der Dinge kommen wir schließlich wirklich dahin, daß unsere Lehranstalten sich in dem Maße entwickeln, wie der Auszug nach den westlichen Vororten wächst und wir können nur dankbar anerkennen, wenn einigermaßen Ertrag aus den Vororten nach Berlin kommt.

Stadtv. Cassel: Ich unterschreibe diese Ausführungen von A bis Z und muß von den Anschauungen des Kollegen Jylitz weit abrücken.

Stadtv. Wallach: Ich nehme Herrn Singers Ausdruck als ein Lob an. In mir verkörpern sich die Anträge zum Wohl und zu einer soliden Wirtschaft der Stadt, während Herr Singer und seine Freunde nur Anträge bringen, die unsere Ausgaben ins Ungemessene steigern. (Auf: Ru aber raus! Große Heiterkeit.)

Stadtv. Jylitz verwahrt sich dagegen, daß er 300 000 Mark aus den Auswärtigen herauszuziehen wolle, wie ihm Herr Cassel unterstellt habe.

Stadtv. Cassel weist nach, daß er diesen Ausdruck gar nicht gebraucht hat.

Die Etats der Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real Schulen, Realschulen, höheren Mädchen-schulen, Turnhallen, Spielplätze und verschiedene Einrichtungen für die höheren Lehranstalten und Mädchenschulen werden darauf genehmigt.

Die Beratung des Etats der Gemeindeschulen beantragt Stadtv. Wallach auszusetzen, da es schon gegen 9 Uhr sei und dieser Etat umfangreiche Debatten hervorgerufen werde.

Stadtv. Singer widerspricht. Der Antrag Wallach wird abgelehnt.

Zu diesem Etat liegt u. a. der Antrag Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß die für Gemeindeschulen notwendigen Lehrmittel auf Kosten der Stadt beschafft und den Schülern vom 1. April 1905 unentgeltlich verabfolgt werden.

Ueber die Petition des Berliner Lehrervereins um Erhöhung des Grundgehalts und der Mietensfähigkeits ist der Ansuchen zur Tagesordnung übergegangen, wie er auch den vorstehenden Antrag Antrag abgelehnt hat.

Von den Stadtverordneten Preuß und Goldschmidt werden Anträge eingebracht, die sich auf die erwähnte Petition und auf andre Abchnitte dieses Etats beziehen.

Stadtv. Cassel beantragt jetzt die Vertagung der Sitzung, da es keinen Zweck habe, die Diskussion über so wichtige Materien so spät und vor so leerem Hause zu beginnen. Fertig werde man doch nicht und am Donnerstag würde die Stunde, die man heute vielleicht noch diskutiere, nicht gefahrt.

Der Antrag Cassel wird abgelehnt. Der Fortsetzung der Beratung setzt aber unmittelbar darauf die Mitteilung des Vor-sichters, daß die Versammlung beschlußunfähig geworden sei, ein Ende.

Schluß 1/10 Uhr.

Soziales.

Merzte und Krankenkassen.

Dieser Tage waren die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Mechaniker zu Berlin in den Arminhallen versammelt zur Aufstellung von Kandidaten für die Generalversammlung. Nach Aufstellung der Kandidaten wurde über die Ärztebewegung verhandelt. Die Verhandlung endete mit Annahme einer Resolution des Inhalts:

Die heute in den Arminhallen versammelten Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Mechaniker weisen den Vorwurf, welchen Herr Dr. Mugdan im Reichstag gegen die Kassenverwaltungen erhoben hat, daß diese im Gegenatz zu den Mitgliedern in der Frage der Arztversorgung einen andern Standpunkt einnehmen, mit Entschiedenheit zurück.

Das Auftreten des Herrn Dr. Mugdan war nur geeignet, etwaige Anhänger der freien Arztwahl von diesem Standpunkte abzubringen.

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Maßnahmen des Vorstandes und des Gewerks-Krankenerieins zur zweckmäßigen Festlegung der bestehenden Arztversorgung durch langfristige Verträge einverstanden.

Die Versammlung protestiert energisch gegen die den Thatsachen nicht entsprechende Behauptung des Dr. Mugdan, daß die Kassen für sozialhygienische Verbesserungen nur Worte besäßen und kennzeichnet die Ausführungen des genannten Herrn in der Kassenfrage als unerwünschte Unterstellungen, die geeignet sind, das Selbstverwaltungsrecht der Kassen zu schädigen.

Ein Rezeptschreiber. Der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ ging aus Dietharz folgende Anfrage zu:

„Welche Stellung hat eine Krankenkasse zu nehmen, wenn ein Arzt für einen Kranken 90 Flaschen Portwein innerhalb 90 Tagen auf Rezeptur verordnet hat, ohne die Verwaltung der Kasse zu fragen und der Kasse eine Rechnung (a. H. 2,50 M., i. S. 225 M.) zugemutet wird, zu bezahlen? Die Verwaltung hatte es verweigert, dem Apotheker diese Rechnung zu bezahlen; dieser drohte aber mit Klage und wohl mit Recht; denn der Apotheker hatte Rezepte, daß der Wein als Medizin verordnet war, und, um Kosten zu sparen, hat die Verwaltung die Rechnung bezahlt. Wir erlauben uns aber die gefällige Anfrage: „Ist nichts gegen den behandelnden Arzt zu thun? Ist dieser nicht auf Rückerstattung solcher Kosten zu verklagen? Der Arzt behauptet zwar, der Erkrankte sei Alkoholiker gewesen, und er hätte die Herzthätigkeit damit erhalten müssen. Nach meiner Ueberzeugung hätte es aber auch andre Mittel gegeben, um Herzthätigkeit anzuregen. Der Patient hat an einer Blutvergiftung gelitten, und es sollen 30 Liter Eiter dem Erkrankten abgegangen sein.“

Die Konsumhah in Magdeburg.

Wie uns ein Privattelegramm aus Magdeburg meldet, ist jetzt durch Ministerialerlaß auch den dortigen Postbeamten der Eintritt aus dem Konsumverein aufgegeben worden. — Eine Gehaltszulage — an die Krämmer — aus den Taschen der Beamten.

Die preussischen Bergarbeiter im Jahre 1903.

Nach den im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Nachweisungen war die Zahl der im Jahre 1903 in den Haupt-Bergbaubezirken Preußens beschäftigten Bergarbeiter um etwa 15 000 höher als im Jahre 1902. Die Zunahme wird getragen von den Steinkohlen-revierern, während die übrigen, mit Ausnahme des Halleischen Salz-bergbaues, eine geringe Abnahme zeigen. Auch die Zahl der von einem Arbeiter verfahrenen Arbeitsschichten ist im Steinkohlenbau gestiegen. Die größte Schichtzahl mit 313 wurde im südlichen Dortmunder Revier verfahren, wäh-rend im nördlichen Revier 310 Schichten verfahren wurden. Es wurden also durchschnittlich pro Mann in diesen Revieren mit-telfens 6 bis 9 Ueberschichten verfahren. Die reinen Schichtlöhne pro Mann stiegen von 1902 zu 1903 um 1 Pf. in Oberschlesien, um 2 Pf. in Niederschlesien, um 5 Pf. im nördlichen und um 7 Pf. im

südlichen Dortmunder Revier, in den Saarbrücker Staatswerken um 3 Pf. und im Wäcker Revier um 8 Pf. Auch in den übrigen Bergbaubezirken ist eine 12 Pf. nicht übersteigende Erhöhung der reinen Schichtlöhne eingetreten. Der höchste Schichtlohn mit 3,94 M. wird im nördlichen Dortmunder Revier verzeichnet, der niedrigste wie gewöhnlich im Oberharzer Erzbergbau mit 2,28 M. und 8 Pf. Wert der Brotkorn-Zulage.

Auch bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern bewegt sich die Steigerung des Schichtlohnes in denselben Grenzen wie bei allen Arbeitern zusammen. Der höchste Schichtlohn trifft hier gleichfalls auf das nördliche Dortmunder Revier; er beträgt 4,74 M., der niedrigste ebenfalls auf den Oberharz mit 2,60 M. und 8 Pf. Wert der Brotkorn-Zulage. Die sonstigen unterirdisch beschäftigten Arbeiter hatten Schichtlöhne bis zu 3,30 M. im nördlichen Dortmunder Revier. Ueber Lage erreichten die erwachsenen männlichen Arbeiter im selben Revier 3,32 M., die jugendlichen 1,20 M. Weibliche Arbeiter werden noch beschäftigt in Oberschlesien mit 1,10 M. Schichtlohn, Niederschlesien mit 1,45 M., Wachen mit 1,89 M., Halle Braunloschen mit 1,67 M. und im rheinischen Erzbergbau mit 1,30 M. bis 1,39 M.

Lungentuberkulose und Beruf.

In den württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landes-funde veröffentlicht der Sanitätsrat Dr. Eiben eine ausführliche Studie über die Sterblichkeit an Lungentuberkulose nach Alter und Beruf in Württemberg in den Jahren 1899 bis 1901. Wir geben aus dieser Arbeit einige Zahlen über die Sterblichkeit nach sozialer Stellung und Beruf.

Unter je 100 in den Jahren 1899—1901 in den einzelnen Be-rufen Gestorbenen starben an Tuberkulose der Lunge

	Selbständige		Angestellte		Arbeiter	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Landwirtschaft	12,2	12,8	—	—	15,8	12,5
Bergbau und Industrie	16,5	15,8	35,3	22,0	34,9	27,4
Handel und Verkehr	17,6	13,3	33,3	25,3	24,0	25,7
Häusliche Dienste	—	—	—	—	21,3	21,8
Freie Berufe, Staats-, Gemeinde-beamte	14,7	12,7	21,7	28,6	14,1	20,0
Rechner und Verurloste	6,0	5,0	—	—	—	—
überhaupt	12,8	11,2	30,0	26,1	27,0	21,0

*) Die Zahlen sind für die prozentische Berechnung zu Klein.

Es geht aus diesen Zahlen deutlich die Wirkung der wirtschaftlichen Lage und der Beschäftigungsart auf die Sterblichkeit an Lungentuberkulose hervor. Die Wirkung der Berufsarbeit zeigen die folgenden Zahlen der ungünstigsten Berufe.

Von je 100 Todesfällen fielen in den nachgenannten Berufen auf Lungentuberkulose:

Buchbinder	54,4	Staubenmaler	44,1
Schneider	53,6	Fischer	43,8
Näherinnen	52,7	Klempner	43,1
Buchdrucker	52,2	Uhrmacher	41,9
Strickerinnen	52,0	Stulleute	41,1
Bäder	50,0	Fleischer	40,7
Steinhauer	49,5	Böttcher	40,3
Goldschmiede	47,1	Spinner, männliche	39,2
Schuhmacher	46,4	Schlosser	37,6
Sattler	45,7	Spinner, weibliche	37,1
Brauer	44,4		

Maßnahmen gegen die Vergiftung durch Kohlpetroleum. Gegen die Vergiftung durch Kohlpetroleum richtet sich eine Verfügung des Handelsministers an den Polizeipräsidenten und an die Regierungs-präsidenten. In den zur Gewinnung und Verarbeitung von Kohlpetroleum bestimmten Anlagen Nordamerikas werden viele Arbeiter von spezifischen Krankheiten befallen, die zum Teil auf die in dem Kohlpetroleum enthaltenen niedrig siedenden, bei gewöhnlicher Temperatur flüchtigen Kohlenwasserstoffe, zum Teil auf die ihm beigemengten hoch siedenden, paraffinähnlichen Verbindungen zurückgeführt werden. Die leicht flüchtigen Kohlenwasserstoffe erzeugen, wenn sie unverbündet eingeatmet werden, in leichteren Fällen rauchartige Benommenheit und übermäßige Lustigkeit, in schwereren Fällen Bewußtlosigkeit, blaue Verfärbung des Gesichts, starren Blick mit verengten Pupillen und Schaumbildung vor dem Munde. Die hoch siedenden Oele des Kohlpetroleum über nachteilige Wirkungen auf die Haut aus. Häufige Venenungen damit können zu einer langwierigen Entzündung der Talgdrüsen der Haut führen. Es ist zu befürchten, daß sie auch in Deutschland vorkommen oder bei weiterer Entwicklung der Erdölindustrie vorkommen werden. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten werden deshalb veranlaßt, festzustellen, wo die Gewinnung oder Verarbeitung von Kohlpetroleum stattfindet, von welcher Zusammensetzung es ist, wie groß die Zahl der damit in Berührung kommenden Arbeiter ist, die Art der Gewinnung, die Erkrankungen und etwaige Schutzmaßnahmen. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß ähnliche Berufskrankheiten auch in den Anstalten zur fraktionierten Destillation von Rohnaphta (Benzin-destillationen), in Petroleumanlagen und in den Schmierölfabriken vorkommen, so sollen diese Anlagen auch in Betracht gezogen werden.

Einen erfreulichen Sieg erfochten am Sonntag die freien Gewerkschaften bei den Gewerbegerichtswahlen in Offenb. u. g. Sie siegten mit durchschnittlich 350 Stimmen über den Vorschlag des katholischen Arbeitervereins, auf den nur 150 Stimmen abgegeben wurden. Für das Centrum bedeutet dieses Ergebnis eine bedenkliche Schlappe. Für die Unternehmervertreter war den Gewerkschaften überhaupt keine Gegenliste gegenübergestellt.

Verfammlungen.

Reinickendorf. In der Gemeindevähler-Versammlung vom 10. d. Mts. wurden nach dem Vortrage des Genossen Schilling als socialdemokratische Kandidaten für die dritte Abteilung für West-Rechner Paul Schilling, für Ost: Kommissionär J. Prange proklamiert.

Rein-Schönebeck-Zichtenau. Anlässlich der Gemeindevahl fand am Sonntag in Zichtenau eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Sonnenburg hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Aufgaben der Socialdemokratie in der Gemeindevertretung“. An der Diskussion beteiligten sich Wiedemann, Kuhl, Gentsch, Kinsky und Vork. Sämtliche Redner kritisierten das Verhalten der sich fortschrittlich nennenden Gemeindevertreter, welche namentlich in der Schulfrage auf dem Standpunkt stehen, daß Arbeiterkinder überhaupt keinen Schulunterricht benötigen. Ganz traurig ist es in dieser Beziehung in Zichtenau, da sind in einem kleinen niederen Raum 85 Kinder von 6—14 Jahren untergebracht; ein Lehrer ist für diese Anzahl Kinder angestellt, welcher bei aller Thätigkeit seiner Aufgabe als Kinder-erzieher nicht genügen kann. Infolgedessen sind das, wie sie unglücklich genannt werden müssen für einen Ort, welcher an der Reichs-bild-grenze von Berlin liegt. Ferner wurde bekannt gegeben, daß an den Gemeindevorsteher das Ersuchen gerichtet war, die Wahl für die dritte Abteilung von 6—8 Uhr anzusetzen. Die Antwort war, daß die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und zwar am Sonnabend, den 19. März, festgesetzt wurde. Der Kandidat der dritten Abteilung ist Genosse Ludwig Kurze, Zimmerer, Zichtenau.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mittelschiff Berlin). Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Mittelschiff-Versammlung in Wendts Clubhaus, Königgraben 14a. Tagesordnung: „Die Kaufmannsgerichte und die Bureau-Angestellten“. Referent: Kollege G. Lehmann.

Ziehung 14., 15. und 16. April
Marienburg
 Lose à 3 M. Porto u. Liste extra
 200 000 Lose. 2540 Goldgewinne,
 zahlbar ohne Abzug mit Mark

355,000
 Hauptgewinn ohne Abzug Mark

60,000
50,000
40,000
30,000
20,000
10,000

4 à 2500 - 10 000
 10 à 1000 - 10 000
 20 à 500 - 10 000
 100 à 100 - 10 000
 200 à 50 - 10 000
 1000 à 20 - 20 000
 7500 à 10 - 75 000

Ferner empf. die beliebten 1188
 Stettin-Lose 1. A. (10 A.)

Lud. Müller & Co.
 in Berlin, Breitestr. 5,
 Hamburg, gr. Johannisstr. 21.
 Telegr.-Adr. G344410.

Frühjahrskostüme

Elegante Neuheiten — grösste Auswahl

Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15, 20 Mk.
 Fussfreie amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk.
 Trauerkleider in eleganter Ausführung 18, 20, 25 Mk.
 Elegant garnierte Kleider in Volle, Satintuch und in den
 neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Einsegnungskleider 15, 18, 20 Mk.
 Einsegnungs-Jackets 8, 10, 12 Mk.
 Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 4, 5, 9 Mk.
 Seidenblusen elegante Façons 5.50, 7.50, 10 Mk.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt,
 in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen
 vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten
 und Fantasiestoffen 3.75, 5, 7, 10, 15 Mk.
 in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fussfreie Strassenröcke Jetzt 5.75, 9, 10 Mk.
 Elegante Frühjahrs-Paletots, Jackets, Saccos u. Blusenform
 in Tuch Rips und Fantasiestoffen 10, 12, 15, 20, 25 Mk.
 Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
 Morgenröcke, Matinées und Jupons.

Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
 Massanfertigung.

Extra-Angebot
 für
Knaben- und Jünglingsbekleidung.

Ein grosser Posten
Matrosen-Anzüge
 hochgeschlossene Bluse,
 reizend garniert, Mk. 5, 25

Ein grosser Posten
Blusen - Anzüge
 a. dunkelgrauem Diag.-Kamm-
 garn, hochgeschlossen, mit
 gest. Seidenband-
 Garnierung, Stck. Mk. 5, 50

Ein grosser Posten
blaue Cheviot-Pelerinen mit Kapuze für Knaben
 rot besetzt Stück Mk. 3, 50

Knaben-Waschblusen Stück 50 Pf.
Einzelne Knabenhosen
 von Besten, prima
 Stoffe Stück Mk. 1, 10

Zurückgesetzte Knaben-Anzüge
 von vergangener Saison oder mit
 kleinen Fehlern Mk. 2, 75 und 3, 75
 (früherer Preis Mk. 7, 00 und 12, 00).
 Diese Preise halten wir aufrecht, so lange der Vorrat reicht.

Heitinger & Co. Deutsche Compagnie,
 Berlin, Oranienstr. 40/41.

Steppdecken

Gelegenheitskauf.

Wollatlas, alle Farben 4, 65
 Similliseide, alle Farben 6, 00
 Normal-Schlafdecken 2, 00, 3, 00 m.

Special-Haus **Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Oranienstrasse 158.

Marienburg
Geld-Lotterie

Ziehung schon
 14., 15. u. 16. April.
 2540 Goldgewinne bar ohne jeden
 Abzug zahlbar, im Betrag von Mark

355 000
 Hauptgewinn:
60 000 M.
 Lose à 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 O. m. b. H., Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrichstr. 181.
 Filialen:
 NW, Wilhelmstr. 63,
 O, Androssstr. 48 a.
 SO, Oranienstr. 177.

100 Mark Belohnung.

Hier Brillantringe, ein Rubin, ein
 Smaragd, ein Saphir, ein großer
 Brillantring, jeder mit acht kleineren
 Brillanten eingefaßt, in einer Streich-
 holzschachtel aufbewahrt, sind aus der
 Wohnung, Große Renntstr. 39, 1 rechts,
 abhandelt gekommen. Für Wieder-
 erlangung obige Belohnung. 20455

Verband des unvergleichl. hochfl. wachsfrei.
Special-Honig

v. woltbek. erst. deutsch. Honigwerk hat. wir übernommen.
 Wir lief. direkt an Private in orig. Eimern 1 1/2 Pfd. Emaille El. 2/3,
 3/4, 1 beater 4 M. geg. Nachn. Enorm billig,
 gesund u. nahrhaft ist er im einfachst. wie feinst. Hausbrot lägl.
 Bedarfs! Unentbehrl. für Kinder, Schwache u. Kranke!
 Kräftigungsmittel erst. Ranges. Jährl. Verbrauch: Viele Millionen
 Pfund! Swinemünder Konservfabrik, Rübentierg. 34 O.

laufen Sie billigt bei der altrenommierten
 Firma **Bukowski,** Reichenberger-
 Ecke Marienaustrasse,
 gegründet 1888.

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für (76/16)*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Möbel
 Kränze u. Blumen
 empfiehlt
F. Jacobitz, Koppenstr. 44.

Verlobte!

Complete Küchen-Einrichtungen:

130 Teile für Mk. 35,—
 200 " " " Mk. 75,—
 300 " " " Mk. 150,—

— Aufstellung auf Wunsch gratis und franco. —
 Alle Artikel auch einzeln sehr billig.

L. Katz & Co.
 Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt,
 u. Ecke König- u. Spandauerstrasse.
 3456L*

Mehrere hundert Parzellen,
 bis 10 Hektar, mit
 und ohne Wald, neue
 Bienenkolonien, 2/3, Weide
 vom Centrum Berlins,
 H. Boden, verl. Schulz,
 Reizdorf, Verkaufstr. 12.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Seifengeschäft zu verkaufen.
 Näheres Mars, Kastanien-Allee 96. *

Nichtig Quabratzen 1000 Mark,
 halb eingekauft, verkauft Ostwirt
 (Stk., Reudersdorf). 20275

Wardeneubaus Große Frankfurter-
 Straße 9, parterre. 737*

**Vorjährige Herrenanzüge, Winter-
 paletots, Bekleidungs- und sonstigen
 Modestücken** Spotbillig täglich, Sonntags-
 tagsverkauf. Deutsches Verbandshaus,
 Jägerstraße 63, I. 20832*

**Knabenanzüge, Mädchenkleider,
 Paletots, Jackets** verkauft billigt Hoff-
 mann, Veteranenstraße 14. 2181K*

**Damenkleider 1,00, Herrenklei-
 der, Bekleidungs- 1,25, auch Anzüge,
 Nachjaden 1,25.** Nur eigenes Fabrikat.
 Bildes Wäschefabrik, Weidenweg 33,
 gegründet 1888. 25768*

Teppiche! (lesterhafte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Braun, Sackstr.
 Markt 4, Bahnhofstr. 24/22. 2422*

**Teppichlager, Möbel, Spiegel,
 Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken,
 Gardinen, Vorhänge, Regulatoren,
 Remontoiruhren, Uhrketten** Spotbillig
 Verbandshaus Reanderstraße 6. 80/2*

Teppiche, Vorleger, Wanddecken
 Spotbillig Verbandshaus Reanderstraße 6.

**Regulatoren, Remontoiruhren,
 Uhrketten, Spotbillig** Verbandshaus Reander-
 Straße 6.

Spiegel, Bilder, Vasen, Möbel
 Spotbillig Verbandshaus Reanderstraße 6.

**Betten, Steppdecken, Aufbetten,
 Wälder, Kleiderstücke** Spotbillig
 Verbandshaus Reanderstraße 6. 80/2*

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
 züge, Pelze, Kleider, Betten, Teppiche,
 Sesseln Spotbillig. Lude, Oranien-
 Straße 131. 25996*

**Wasserkloset, Oerngläser, Koffer,
 Revolver, Teppichs, Nähzeuge,
 Hüten, Harmonikas, Weisen** Spot-
 billig. Lude, Oranienstraße 131. *

**Hüten, Ketten, Ringe, Brillanten,
 Goldschmuck, Regulatoren, Spotbillig.**
 Lude, Oranienstraße 131. 25996*

Jacketanzüge, Winterpaletots
 herabgesetzt, Spotbillig. Verbands-
 haus Weidenweg 19. 147*

**Betten, Bekleidungs- und Aufbet-
 tungsstücke, Spotbillig.** Verbandshaus
 Weidenweg 19. 147*

Schreibstisch verkauft Dreidener-
 Straße 53 III. 25135

**Restoration, Berechnungsm.,
 Pianino, Compagnon, Billard, sofort**
 zu verkaufen. Voitan, Neue Hoch-
 Straße 13. 26206

**Sanatoriums- und Weibchen,
 vielach präpariert mit Oberbismut
 und Chinin, vielen Redaktionen,
 aus Anhalt. Krebs, Köpenicker-
 Straße 134a. 144**

Gardinen, Stores, Vorhänge
 Spotbillig Verbandshaus Reanderstraße 6.

**Gardinen, Steppdecken, Auf-
 betten, Spotbillig.** Verbandshaus Weiden-
 weg 19. 147*

**Teppiche, Damenkleider, Anlette,
 Spotbillig.** Verbandshaus Weiden-
 weg 19. 147*

**Remontoiruhren, Regulatoren,
 Freiwinger, Verbandshaus Weiden-
 weg 19. 147***

**Herrenkleider, Damenkleider, Fran-
 zosen, Spiegel, Küchenutensilien, Spot-
 billig.** Verbandshaus Weidenweg 19,
 geöffnet bis 9 Uhr abends. 747*

Möbelfabrik Oranienstraße 173,
 am Oranienplatz, liefert geschmackvolle
 Einrichtungen von 200,00, 428,00, eleg-
 ant von 850 bis 3000. Englische
 Schlafzimmer 288,50, Taschenlampen 60,00,
 Kleiderständer, Vertiko 45,00, Schreib-
 tisch 50,00, Büfettis, Bureau 40,00,
 Tischleuchte mit Lampe 45,00,
 Spiegel 15,00, Spiegelständer 24,00;
 Stuhlzimmer in allen Farben. Auch
 Leihzahlung. 21758*

Möbelverkauf. An meiner Möbel-
 fabrik, Oranienstraße 15, am
 Hallischen Thor, stehen viele Be-
 währte-Einrichtungen, versehen ge-
 wesen und neue Aufstellungen zum
 sehr billigen Verkauf. Leihzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Ich
 liefere gebogene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-
 elegante von 500 bis 10000 Mark.
 Ganz besonders empfehlenswert ist der
 große Vorrat verbleibender gemeyner
 und zierlicher Möbel, die noch fast neu
 und im Preise bedeutend herabgesetzt
 sind. Meiderstraße 24, Kommode 18,
 Sofa mit Kissen 30, Bettstelle mit
 Matratze 20, Kleiderständer, Vertiko
 36, Salongarnitur, Tischgarnituren
 105, Kleiderständer mit Matratze
 40, geschmückte Büfettis, Wäscherstän-
 de, Paletots mit Sattelstühlen 85,
 Schreibstisch 40, Englische Schlaf-
 zimmer, Speisezimmer, Salons,
 auch Reperbill. 21778*

Gelegenheitskauf! Büfettis, Schen-
 kelsofa 58, Kaminsofa 58, Kleiderbetten 32,
 Kleiderständer, Vertiko 37, verschiedene
 Schönhauser Allee 55, parterre. 26206*

Sofas, größte Auswahl, von
 21 Mark an, direkt in der Fabrik
 Blumenstraße 35 b. 21748*

**Fahrräder, Leihzahlungen, handver-
 fäglich** Nach, Anwaltsstraße 148
 (Eingang Bergstraße), Stahlher-
 Straße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Maschinen Kuppel-Systeme
 ohne Anzahlung. Wäsche 1,00, Post-
 larte genügt. Frankfurter Allee 10,
 am Ringbahnhof. 1443*

Lambourier - Maschinen, Hede-
 meyer, a. einig. Fabrikant C. Bes-
 mann, Götzenstraße 29, nahe der
 Landsbergerstraße. 20889*

Abfüllerpumpen 8,00, Sauger,
 Kofre, Kartenspielen, Gartenhäuze,
 gebrauchte, neue, billig. Pumpenfabrik
 Schöber, Poststraße 43. 20225

**Violonem, Tapeten, Wachs-
 steine, Linoleum-Linier, Linoleum-Teppiche,
 Kette, Holzmarkstraße 19. 23065***

Teppiche mit farbigen Bildern, Fabrik-
 niederlage Große Frankfurterstraße 9,
 parterre. 737*

Abfüllerpumpen von 8,— an,
 Erdbohrer leihweise, Holz, Pumpen-
 fabrik, Adlerstraße 118. 22996

**Banden-Matrimonialien, Gebrauchte
 und neue Kantöcher, Bretter, Latzen,
 Leisten, Hüden, Fenster, Dachpappe**
 in größter Auswahl billig. Kottbuser
 Damm 22. 1061b*

Nische (geliebte) für Gastschän-
 kende, Reizdorf, Berthelstraße 10/11,
 Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

Vorjährige hochlegante Herren-
 anzüge und Paletots aus feinsten
 Modestücken, 25 bis 40 Mark. Jurad-
 geleitete Anzüge, Paletots, Bekleidungs-
 stücke, Gummimäntel, Kappen
 werden für die Hälfte der bisherigen
 Preise verkauft. Verbandshaus Ger-
 mania, Unter den Linden 21. 21668*

Steppdecken billigt Fabrik Große
 Frankfurterstraße 9, parterre. 737*

Garzer Kanarienvogel, In-
 schweiß, junge und sprechende Pa-
 pagen, auch Lauch; jeden Donnerstag
 Vogelst. Grundmann, Gastwirt,
 Kommandantenstraße 52. 176*

Jedermann kann, wie billig ver-
 kauft werden: Letz. Journalisierte Büchel-
 schränke 38,00, Büfettis 37,00,
 Kleiderstisch, Salonstisch 15,00, Tu-
 meau, geschliffen 32,00, Mohr-
 schenke 4,25, Steppdecken, Stores,
 Gardinen, Tischleuchten 4,75, Berle-
 teppich 4,75, Kissenmöbel. Besichtig-
 ung empfohlen. Köpenickerstraße
 Nr. 126 a, I. 2652b

Heberischer, Herrenanzüge, wenig
 genutzten Monatsgarbe von 6
 Mark an, große Auswahl, für
 jede Figur passend, auch neue, zier-
 geleitete, samt man im billigen direkt
 nur beim Schneidermeister Hirtzfeld,
 Rosenhägerstraße 15 III. 10620*

Maschinen ohne Anzahlung
 aller Systeme, bis 10,00 Vergütung.
 Poststr. 39, Dreiholz, Köpenicker-
 Straße 39. 26425*

Ringschiffchen 20,00, Langschiffchen
 12,00, tadellos, Grünweg 48, IV
 rechts. 26465

Schantgeschäft, täglich Beveine,
 frankfurter sehr billig veräußert,
 Schwedterstraße 32. 26556

Restoration ist billig zu verkaufen
 wegen Familienverhältnisse. Döber-
 burgerstraße 17. 26556

Kranenmesser verkauft Kerkel,
 Schreinerstraße 64. 26533

**Bronzeglocken, dreifach,
 5,00, Doren 1,35, Doppelarme, Band-
 arme, Verlampeln, Speisealktronen,
 Gasocher, gebrauchte, neue. Scharf,
 Poststraße 43. 2621b**

Fortzugshalter verkauft billig
 mei Kleider, Hüden und Wäsche-
 glenden, Holzleuchte. Schönrod,
 Friedrichstraße 250, Hof rechts IV.

**Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
 näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
 gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61,
 Brenzlerstraße 89/90 und Große
 Frankfurterstraße 43. 738***

Gewinngeschäft wegen ander
 Unternehmung billig veräußert
 Grünweg 120. 26975

**Restoration, Destillation, gut-
 gehend, Billard- und Vereinszimmer,
 Zahlstisch, Ronalisch 50—60 Halbe
 Bagel, 12 Halbe Weibler, verkauft
 Hier, Alte Jakobstraße 119. 21888***

Restoration in umhän-
 der für 3000 Mark sofort ver-
 käuflich. Preise 1800 Mark (jezt Erl-
 tend). Zu erfragen in Leitungs-
 Expedien. am Sämler, Martin
 Lutherstraße 51 in Schöneberg. 7118*

**Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
 näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
 sofortige Lieferung, Poststr. 48,
 Grünweg 120. 118/18**

**Motorweidrad, Herrenfahrad,
 Damenfahrad 35,00, Fahrradrad,
 Reparaturen, Bemalung, Emaille-
 rung, prompt und billig. Loefer,
 Brunnenstraße 80. 7108**

Gewinngeschäft wegen Baugeschäft
 zu verkaufen, gutgehend. Zu erfragen
 Bergstraße 62, Hagenfeld. 7114

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleine Wohnungen Müllerstraße 129,
 Zwei Stuben, Küche, sofort Lager-
 bedstraße 2 zu vermieten. 811*

Wohnung, 33 Mark, 1. April
 Potsdamerstraße 54, Erfragen Gold-
 Reinstraße 12, Spreckelmeier. 26565

Zimmer.

**Möbliertes Zimmer, einfach,
 Stahlstraße 46b, IV. Sonto. 723**

Schlafstellen.

Einzelne Person kann einziehen
 Reichenbergerstraße 32, III rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiser Fischh., Grobglasstraße 7.

Stellenangebote.

Detachement gesucht. Dauernde
 Ectellung. Gebrüder Wittenberg
 Rüderei, Neu-Weißensee, Langhaus-
 Straße 4. 7133*

Wärmeschleifer, der seit ver-
 langt Herr, Schönleinstr. 24.

Mietensattler sucht Ernst Schulz,
 Ludowikstraße 11. 21808*

Schulmädchen verlangt Klemm,
 Goldsteinstraße 20, IV. 723

Schulmädchen gesucht für Kind.
 Eyemod, Gumbdammstraße 25. 7113

Staubmännchen Arbeiterinnen ver-
 langt Dresdenfelder, Karlsruher-
 Straße 17, II. 118/15

Zwei Köchler verlangt Bieren-
 Straße 18, Radlererei. 785

Küchlerinnen, gelüste, verlangt
 Schott, Langestraße 78. 812

Kartonsabrik sucht, Elisabeth-
 Allee 6, verlangt Arbeiterinnen und
 Lehrmädchen. 26435

Gebühr Restaurantbesitzerin verlangt
 Alte Jakobstraße 88. 26406*

Wamisch auf Jacketts anjem
 Daul. Hugo, Schwedterstraße 36. *

Mädchen (eingesegnet) oder allein-
 lebende Frau, welches zu Hause
 schläft, zu leichter Arbeit lüdt, Schan-
 mit, Poststraße 19. 723*

**Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 8 Uhr angenommen.**

**Im Arbeitsmarkt durch
 Beforderer Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

Tüchtige Schuhmacher
 auf gemessene Hochschuhe verlangt
 * Emil Pinner Nachf., Dredenstr. 41.

Henderinnen
 für meine Abteilung: Damen-
 konfektion sofort gesucht. Bedingungen
 mittags von 1—2 oder abends
 8—9 Uhr.

A. Jandorf & Co.
 Bellealliancestr. 1—2.

**Auf englische Hummer ein
 Kummelmacher**
 für dauernd gesucht. 80/20
 G. Ehrdter, Sattelmachfabrik,
 Wilmers, Reichenbachstr. 24.

Achtung, Holzarbeiter!
 Zuzug ist streng fern
 zu halten von
 Bautischlern und Einsehern
 nach der Weststr. 79/1
 Keif, Deumierstraße und
 Straßunderstraße.
 Scharwies, Guelienstr. 41.
 Küster, Greifswalderstr. 80.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
 Zuzug ist streng fernzuhalten
 von Bautischlern nach den West-
 straten 79
 E. Reichmut, Straßburg-
 Straße 2 und König-Charsee 74.
 Schipke, Friedrichstr. 40.
 H. Parz, Rölitzer. 18.
 Neu-Weißensee.
 79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
 Zuzug ist streng fernzuhalten
 von Bautischlern nach den West-
 straten 79
 E. Reichmut, Straßburg-
 Straße 2 und König-Charsee 74.
 Schipke, Friedrichstr. 40.
 H. Parz, Rölitzer. 18.
 Neu-Weißensee.
 79/15 Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter!
 In der Billardqueue-Fabrik von
 Faulk, Neu-Weißensee, König-
 Charsee 40, haben sämtliche Arbeiter
 wegen Nichterhaltung des Taxus
 die Arbeit eingestellt. 80/17*
 Zuzug ist fernzuhalten!
 Die Ortsverwaltung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Der Wahlverein hält Donnerstagabend 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“... Genosse Reichstags-Abgeordneter Förster spricht über die Bedeutung der Zoll- und Handelspolitik.

Spandau. Morgen Donnerstagabend 8 Uhr findet im Kammerischen Saale, Schönwalderstr. 80, eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Herzfeld spricht über das Thema: „Socialistenhege und blaue Wahlen!“

Grünau. Die Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung findet am Montag, den 21. März, abends von 6-7 1/2 Uhr, im Lokal von Frau Buchholz, Friedrichstraße, statt.

Reinickendorf. Am Mittwoch, den 16. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Frankeschen Saale, Eichhornstr. 18, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Gen. Antrich spricht über Socialpolitik in der Gemeinde.

Wilmerdorf. Ueber die socialpolitischen Aufgaben der Gemeinde spricht Reichstags-Abgeordneter Zubeil in der heute abend 8 1/2 Uhr bei Witte, Berlinerstr. 40, stattfindenden Volksversammlung.

Pankow. Heute von 11-17 Uhr: Wahl der Gemeindevertreter für den 1. Bezirk bei Ebersbach, Berlinerstr. 102, für den 2. Bezirk bei Kocogel, Kreuzstr. 8/4.

Kaulsdorf. Allen Genossen und Arbeitern nochmals zur Nachricht, daß heute Mittwoch von 1-3 Uhr im Gasthof Göhe die Wahl zur Gemeindevertretung stattfindet.

Schmargendorf. Heute abend 8 Uhr findet im „Wirtshaus Schmargendorf“, Bornemünderstr. 8, eine Gemeindevertreterversammlung statt, in der Genosse W. Brille über „Die kommunalpolitische Amtspartei“ referiert.

Tempelhof. Zu den heutigen Gemeindevahlen empfehlen wir den Parteigenossen Stimmeneinhaltung, da zwei Angehörige gewählt werden müssen und solche uns nicht zur Verfügung stehen.

Spandau. Donnerstagabend 8 Uhr findet im Restaurant „Vorwärts“, Schönwalderstr. 80, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Treptow-Schmargendorf. Heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Kärnermannschen Restaurant Wahlvereins-Versammlung. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: „Die Regelung der Bibliotheksbücher-Ausgabe und der Zahlabende.“

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zu der außerordentlichen Sitzung, die für gestern anberaumt worden war, ist die Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1904 nur um ein mäßiges Stück vorwärts gebracht worden.

Ohne Debatte wurden zunächst die Etats der Straßenbeleuchtung sowie der Straßenreinigung und -bepflanzung angenommen. Beim Etat der Standesämter unterhielt man sich eine Weile über die nichterne Geschäftsmäßigkeit, mit der die Standesbeamten die Trauungen vollziehen, und man sagte darüber, daß manche von ihnen den Reueverhältnissen gegenüber nicht einmal die Rolle des ersten Gratulanten übernehmen wollen.

Beim Etat der Desinfektionsanstalt brachte unser Genosse Dr. Weyl die für die Desinfektion bestehende inhumane Dienstinstruktion und die rücksichtslose Abwendung etwaiger Uebertretungen zur Sprache und forderte eine Veränderung. Außerdem lag hier von der socialdemokratischen Fraktion der Antrag vor, die Desinfektion allgemein unentgeltlich zu gewähren. Dieser Wunsch wurde ja, wie bekannt, nicht zum erstenmal vorgebracht, und er wird, nachdem er jetzt wiederum abgelehnt worden ist, auch nicht zum letztenmal vorgebracht werden sein.

Der Heimstätten-Etat gab Anlaß, auf die Ueberfüllung der Heimstätten hinzuweisen. Genosse Weyl warf dabei dem Oberbürgermeister Kirchner wegen einer früheren Äußerung, die Herr Kirchner über dieses Thema gethan hatte, Mangel an sozialem Verständnis vor.

Äußerung zu deuten, aber kein Deutungsversuch zeigte nur, daß Weyl das Richtige getroffen hatte. Herrn Kirchner fehlt thätlich das Verständnis dafür, daß eine moderne Kommune die Pflicht hat, über das hinauszufragen, was gesetzlich vorgeschrieben ist.

Beim Etat der höheren Lehranstalten kam es zu einer kurzen, aber interessanten Debatte über das Verhältnis Berlins zu den Vororten. Stadtv. Jhlicz (A. L.) empfiehlt, den auswärtigen Schülern die vollen Selbstkosten als Schulgeld zu berechnen, während Caffel, der Führer der „Alten Linken“, diesem Vorschlag scharf entgegentrat.

Der Versuch, noch eine Erledigung des Gemeinde-Schul-Etats durchzuführen, scheiterte an der Fülle der Anträge, die dazu vorlagen, und der Redner, die zum Wort gemeldet waren, Donnerstag geht die Beratung weiter.

Sachfengänger-Züge.

In den letzten Tagen herrschte auf den Hauptbahnhöfen Berlins ein besonders lebhaftes Treiben. Das Verkehrsbild trug einen erheblich veränderten Charakter gegenüber dem täglichen großstädtischen Einzel. Es war, als sei Berlin plötzlich der Sammelplatz für einige Tausend Auswanderer geworden, die in größeren oder kleineren Trüppchen von einem Bahnhof zum andern zogen.

Sehen wir sie uns an. Da drängen sich Männer und Frauen aller Altersklassen, von jüngst konfirmierten Knaben und Mädchen bis zum behärrten Ehepaar bunt durcheinander. Die Männer noch häufig in dem „eigengewebten“ grauen Anzug mit dem charakteristischen Vordrill, auf dem Kopfe eine Stolladenmütze oder den winterlichen „Gubel“; die Frauen mit weiten formlosen Jäten und biden Kopfschirmen angethan, nicht selten hohe Wamsstiefel an den Füßen.

Zu diesen Sachfengänger-Zügen verkörpert sich ein Stild der von agrarischer Seite so viel bejammerten „Landflucht“ der ostpreussischen Proletariat. Weshalb fliehen Sie? Weshalb lehren sie der Heimat den Rücken? Sicher nicht aus Hang zur Veränderung oder zu ihrem Privatvergnügen, auch nicht aus angeborenem Wandertrieb. Ah nein, es sind sehr reale Faktoren, die sie aus der Heimat treiben.

In diesen Sachfengänger-Zügen verkörpert sich ein Stild der von agrarischer Seite so viel bejammerten „Landflucht“ der ostpreussischen Proletariat. Weshalb fliehen Sie? Weshalb lehren sie der Heimat den Rücken? Sicher nicht aus Hang zur Veränderung oder zu ihrem Privatvergnügen, auch nicht aus angeborenem Wandertrieb. Ah nein, es sind sehr reale Faktoren, die sie aus der Heimat treiben.

Und an ihren neuen Arbeitsplätzen? Nun, auch hier heißt es für sie: Schaffen und immer wieder schaffen. Auch die westdeutschen Jückerbarone und Landwirte wissen sehr gut, daß die Importierten in Bezug auf Behandlung und Entlohnung sich viel mehr von ihnen bieten lassen wie die einheimischen Arbeiter.

lassen, wodurch dann die Regierung zu Maßnahmen veranlaßt wird, von denen auch die Beflagarten profitieren. Immerhin zwingen die ganzen westlichen Verhältnisse zu einer besseren Entlohnung, als wie sie in Ostelbien üblich ist, und daher ist es unsern ländlichen Arbeitsbrüdern aus den Ostprovinzen auch nicht zu verargen, wenn sie durch Abwanderung ihre Lagen zu verbessern suchen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Die in der außerordentlichen Sitzung am 15. März d. J. etwa unerledigt gebliebenen Etats. — Bericht-erstattung über die Vorlage betr. den Vorentwurf zum Neubau einer Anstalt für Hospitalisten in Buch. — Bericht-erstattung über den Protest gegen die Wahl des Hotelbesizers Leis zum Stadtverordneten. — Vorlagen betr. die Uebernahme der Grundstücks-Be- und Entwässerungspolizei durch die Stadtgemeinde. — Die Vermietung des städtischen Grundstücks am Süd-Ufer 14/15 an die Berliner Electricitätswerke. — Den Empfang des Internationalen Frauenkongresses. — den Nachtrag zur Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb von Grundstücken im Bezirk der Stadt Berlin. — die Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Verkehrsdeputation. — die Wahl des Stadtv. Neile in das Plenum der Amtendirektion zur Vertretung der Abteilung für die Verwaltung des Arbeitshauses. — die Nachzahlung von Krankenkassenbeiträgen für die an den städtischen Schulen Beschäftigten. — die Uebernahme der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner mit einer Petition der Stadt Teltow, die die in der Minister der öffentlichen Arbeiten wegen des Baues einer Volkbahn zu richten gedenkt. Diese Eisenbahn soll dem neuen Teltow-Kanal entlang gehen, d. h. Groch-Lichterfelde mit Teltow, Klein-Machnow und Neu-Wabelsberg verbinden. Zur Zeit werden die erdennannten Orte durch eine Dampfschiffbahn miteinander verbunden. Die Bahn würde eine neue Verbindung zwischen der Anhalter-, Potsdamer- und Wehlarer-Eisenbahn schaffen, liegt also nicht nur im Interesse der beteiligten Orte, sondern auch im Interesse des Verkehrs und des Eisenbahnwesens sowie des Teltow-Kanals.

Die Theresen-Heimatschutz-Stiftung hat den Zweck, in Berlin ortsangehörigen hilflosen Witwen und unverschuldeten Personen weiblichen Geschlechts, welche keinen Ernährer haben und einen tadelfreien, sittlichen Lebenswandel führen, Unterstützungen zu gewähren. Die Verteilung der für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 1. Juli 1905 zur Verfügung stehenden Unterstützungen findet am 10. Juli d. J. statt. Die einzelnen Unterstützungen betragen 180 M. und werden vierteljährlich pränumerando mit 45 M. gezahlt.

Zu der Angelegenheit des Leo-Hospiz sendet uns der Deconom Herr Scherach eine Zuschrift, der wir im Anschluß an die berichtigende Mitteilung, daß das Lokal der Arbeiterhilfe zur Verfügung steht, folgendes entnehmen: Als ich, so schreibt Herr Scherach, am 1. Oktober 1901 das Leo-Hospiz übernahm, wurde mir nahe gelegt, socialdemokratische Versammlungen und Vergnügungen nicht in dem Lokal tagen zu lassen und in der Advents- und Fastenzeit überhaupt nicht tanzen zu lassen.

Der Kauf des Sportpark-Terrains? Die magistratssoffiziöse Korrespondenz bringt die Meldung, daß der bekannte Sportpark am Bahnhof Wilmerdorf in Kürze verschwinde, da das Terrain verkauft sei und der Bebauung erschlossen werden solle. Die Nachricht klingt kaum glaubhaft, da das Grundstück meines Wissens von der Stadt Berlin seiner Zeit zur Anlage einer städtischen Gasanstalt erworben ist und ihr unseres Wissens heute noch gehört.

Zu dem Selbstmord der Oberin Wanda P'Ceillot de Mars, über den am Sonntag berichtet wurde, erhalten wir von Frau Gertrud Hirschberg, der die Oberin als Reisebegleiterin nach Baden-Baden beigegeben war, ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt: „Seit einigen Jahren auf Reisen lebend, hatte ich mich nach einer ziemlich anstrengenden Marientherie Kur im Juli 1902 während neun Tagen in dem Sanatorium des Herrn Dr. L., mit dessen Familie ich seit lange befreundet war, in Lichterfelde aufgehalten. Dieser Kurmestler konzentrierte mich jedoch infolge verschiedener Umstände nicht, und da Dr. L. mein Verweilen in einem Sanatorium“ für durchaus überflüssig erachtete, so entschied ich mich, nach Baden-Baden zu fahren, um von dort aus mit einer intimen Freundin nach der Schweiz weiter zu reisen. Der mir völlig ungewohnte Gebrauch von Schlafmitteln, derer ich mich in Lichterfelde bediente, hatte — im Zusammenhang mit der vorerwähnten Kur — bei mir einen etwas erschöpfenden körperlichen Zustand hervorgerufen. Zu Mitternacht darauf kam ich mit Dr. L. überein, mir für wenige Tage eine Reisebegleiterin“ mitzunehmen. Zweck dieses Wanderns war es, an Fräulein de Mars.“ — Die Einsenderin beschuldigt dann mehrere Ärzte, ihre Ueberführung in das Redaregemündener Jansenhaus ohne vorherige Untersuchung lediglich auf Grund einer selbstthätigen Anzeige durch Fräulein de Mars verfügt zu haben. — Offenlich gelingt der Staatsanwaltschaft binnen kurzem die Klärung der Angelegenheit.

